

Protokoll

Nr. 47

über die Verhandlungen des Grossen Gemeinderates von Zug

Dienstag, 14. Dezember 2010

14.00 - 20.20 Uhr

im Kantonsratssaal, Regierungsgebäude

Vorsitz: Ratspräsidentin Isabelle Reinhart

Protokoll: Ruth Schorno

Verhandlungsgegenstände

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
3. Postulat der FDP-Fraktion vom 23. November 2010 betreffend mehr Qualität und Tariftransparenz im Taxiwesen
Überweisung
4. Postulat von Susanne Giger und Patrick Steinle, beide Fraktion Alternative-CSP, vom 23. November 2010 betreffend Freizeitbetreuung bei Schulausfall
Überweisung
5. Finanzplan 2011 bis 2014
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2125 vom 2. November 2010
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2125.1 vom 22. November 2010
6. Budget 2011
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2120 vom 26. Oktober 2010
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2120.1 vom 22. November 2010
7. Chollerhalle: Betriebsbeitrag 2011 bis 2013; Festsetzung
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2122 vom 26. Oktober 2010
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2122.1 vom 22. November 2010

8. Verein RadioIndustrie: Jährlich wiederkehrender Beitrag 2011 - 2013;
Kreditbegehren
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2115 vom 21. September 2010
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2115.1 vom 2. November 2010
9. Motion der Fraktionen SVP, CVP und FDP vom 4. Februar 2010 betreffend Einführung einer ständigen parlamentarischen Bildungskommission
Bericht und Antrag des Büros des Grossen Gemeinderats Nr. 2126 vom 5. November 2010
10. Sammelvorlage: Abschreibung von Vorstössen
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2127 vom 5. November 2010
11. Mitteilungen

Eröffnung

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart eröffnet die letzte Sitzung dieses Jahres und der laufenden Legislaturperiode und begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Gemeinderates und des Stadtrates auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelte Gäste.

Entschuldigungen sind für die heutige Sitzung keine eingegangen; alle 40 Mitglieder des Grossen Gemeinderates sind anwesend.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Ton- und Bildaufnahmen während der Ratssitzung bedürfen der Zustimmung des Rates. Zug TV möchte während der heutigen Sitzung wiederum Aufnahmen machen, welche anschliessend ins Internet gestellt werden.

Das Wort wird hiezu nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird. Der Rat erklärt sich somit damit einverstanden, dass während der Sitzung Bild- und Tonaufnahmen gemacht werden.

1. Genehmigung der Traktandenliste

Zur Traktandenliste:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Da heute die letzte Sitzung der laufenden Legislatur stattfindet, werden verschiedene Verabschiedungen vorgenommen. Diese finden unter dem Traktandum 11, Mitteilungen, statt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen, weshalb diese Traktandenliste als stillschweigend genehmigt erscheint.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Protokolle liegen heute keine zur Genehmigung vor. Das Protokoll Nr. 46 der Sitzung vom 23. November 2010 lag zum Zeitpunkt der Traktandierung noch nicht vor. Gemäss § 35, Abs. 3, GSO, wird dieses Protokoll wie auch dasjenige der heutigen Sitzung durch das Büro des heute abtretenden Grossen Gemeinderates genehmigt werden.

2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

Antrag der Fraktion Alternative-CSP zum Bebauungsplan Lauried

Mit Datum vom 9. Dezember 2010 hat die Fraktion Alternative-CSP folgenden Antrag zum Bebauungsplan Lauried zwischen Gubelstrasse - Baarerstrasse - Guthirtstrasse und Lauriedstrasse, 2. Lesung, eingereicht:

„Der Bebauungsplan ist wie folgt abzuändern:

- Das Teilgebiet B ist nördlich unter Einbezug der Parzelle Nr. 519 und 520 bis zur Bleichstrasse zu erweitern.
- Der Stadtrat wird beauftragt, zusammen mit dem Amt für Denkmalpflege eine weitergehende Unterschutzstellung der ganzen Blockrandbebauung aus dem Jahre 1924 unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Massnahmen (Erhaltungsziel B) des ISOS Inventars (schützenswerte Ortsbilder) zu prüfen und in die Wege zu leiten. Nach Vorliegen einer gemeinsamen Stellungnahme wird der GGR umgehend über das Resultat orientiert.“

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Dieser Antrag wird im Rahmen der 2. Lesung dieses Bebauungsplanes behandelt werden.

3. Postulat der FDP-Fraktion vom 23. November 2010 betreffend mehr Qualität und Tariftransparenz im Taxiwesen; Überweisung

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Eine Diskussion wird nur geführt, wenn ein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt wird.

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass kein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt wird, weshalb das Postulat an den Stadtrat überwiesen ist. Der Stadtrat hat dem GGR spätestens 12 Monate nach der Überweisung Bericht und Antrag zu unterbreiten.

4. Postulat von Susanne Giger und Patrick Steinle, beide Fraktion Alternative-CSP, vom 23. November 2010 betreffend Freizeitbetreuung bei Schulausfall; Überweisung

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Eine Diskussion wird nur geführt, wenn ein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt wird.

Martina Arnold: Über Jahre hinweg hat sich das Parlament für familien- und schulergänzende Dienstleistungen eingesetzt. Dank verschiedener Vorstösse hat die Stadt nun ein attraktives, zeitgemässes und sehr gut ausgebautes ausserschulisches Betreuungsangebot für Kindergarten- und Primarschulkinder. Die sogenannte „Offene Tagesschule“ mit ihren einheitlichen umfassenden Blockzeiten, mit ihrem Mittagstisch und ihrer Nachmittags- und Freizeitbetreuung in jedem Schulkreis ist, wie die beiden Postulanten schreiben, ein Erfolgsmodell. Mit der definitiven Einführung des sogenannten „Ferienzugs“ im letzten Sommer wurde die letzte Lücke der familien- und schulergänzenden Dienstleistungen in der Stadt Zug geschlossen. Dafür wurde gekämpft. Darauf ist man stolz. Die Stadt Zug hat in Sachen schulergänzender Betreuungsangebote die Nase vorn. Nun liegt ein weiteres Postulat bezüglich Freizeitbetreuung auf dem Tisch. Dieses Begehren geht aus Sicht der CVP-Fraktion zu weit und ist unverhältnismässig. Laut kantonalen Richtlinien § 10, Abs.3 des Schulgesetzes darf jede Schulgemeinde jährlich acht Halbtage für gemeindliche Feiertage und Weiterbildung der Lehrpersonen einsetzen. In der Stadt Zug sind dies der Michaelstag, Fastnachtmontag- und Dienstag und der Freitag nach Fronleichnam. Diese Daten werden den Eltern lange im Voraus, am Anfang des neuen Schuljahres, bekannt gegeben. So können sich die Eltern gut organisieren. Auch für Familien, deren beide Elternteile voll erwerbstätig sind, sollte es so möglich sein, für ihren Sprössling während dieser kurzen schulfreien Zeit ein geeignetes Plätzchen zu finden, sei dies bei Grosseltern, anderen Verwandten, Freunden, Nachbarn oder bei der Familie eines „Schulgspänlis“. Martina Arnold bittet deshalb, dieses Postulat nicht zu überweisen. Es ist zu hoffen, dass die Freizeitbetreuung und der Mittagstisch von der Abteilung Kind Jugend Familie der Verantwortung der Schule übergeben wird. In den anderen Kantonen ist dies auch so. Dadurch käme Betreuung und Schule aus einem Guss. Vorhandene Ressourcen könnten so optimal genutzt und Kosten gespart werden. Hoffentlich wird diese Thematik in der neuen Legislatur aufgenommen.

Patrick Steinle: Es geht jetzt nicht darum, inhaltlich zu entscheiden, ob eine Freizeitbetreuung bei Schulausfall gewährleistet soll oder nicht, sondern es geht darum, ob ein entsprechendes Postulat dem Stadtrat überwiesen werden soll, damit er den Sinn dieses Begehrens prüfen kann. Nach Meinung von Patrick Steinle macht eine Prüfung durchaus Sinn. Zusätzlich zu den von Martina Arnold zu Recht erwähnten Feiertagen wie der Freitag zwischen Fronleichnam und Wochenende, zum absehbaren freien Tag an der Fastnacht und den lokalen Feiertagen wie St. Michael, die auch hochgehalten werden sollen, gibt es auch diese Lehrerfortbildungen. Sie werden teilweise relativ kurzfristig bekannt gegeben, fallen auf Arbeitstage und machen erwerbstätigen Eltern teilweise

grosse Schwierigkeiten, eine entsprechende Betreuung zu finden. Wenn nun in einem Schulkreis abwechslungsweise jedes Schulhaus zwei solche Lehrerfortbildungen durchführt, bedeutet das, dass die Freizeitbetreuung ohnehin geöffnet ist, um die Kinder aus den andern Schulhäusern zu betreuen. Mittagstisch und Freizeitbetreuung werden da gewährleistet, es fallen einfach für ein Schulhaus die entsprechenden Kinder aus. Am Nachmittag können sie da hingegen. Es ginge darum, für diese entsprechenden Kinder bereits am Vormittag zu öffnen. Der Aufwand wäre wahrscheinlich bescheiden, dafür wäre für die betroffenen Eltern die Betreuung gewährleistet, ohne dass sie Umstände machen müssen. Die Postulanten erachten dieses Anliegen durchaus als prüfenswert und ersuchen daher um Überweisung.

Manuel Brandenberg: Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag von Martina Arnold und ist der Meinung, dass die Ferienbetreuung in der Stadt Zug schon gut genug ausgebaut ist. Für die SVP-Fraktion ist sie sogar zu gut ausgebaut. Es wäre daher zuviel, wenn dieser Antrag der Alternativen-CSP auch nur geprüft würde. Es ergibt sich nach summarischer Überlegung, dass nicht überwiesen werden muss. Es kann Zeit und Geld gespart werden, wenn die Verwaltung damit nicht beschäftigt wird. Es sollte ein gewisses Mass gehalten werden auch bei dieser ausserfamiliären Betreuung.

Abstimmung

über den Antrag der Postulanten auf Überweisung dieses Postulates gegenüber dem Antrag von Martina Arnold namens der CVP-Fraktion für Nichtüberweisung:
Für Überweisung stimmen 26 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 10 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 26:10 Stimmen das Postulat von Susanne Giger und Patrick Steinle betr. Freizeitbetreuung bei Schulausfall an den Stadtrat überwiesen hat. Dieser hat 12 Monate Zeit, dem GGR Bericht und Antrag zu unterbreiten.

5. Finanzplan 2011 bis 2014

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2125

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2125.1.

Detailberatung

Stadtrat Hans Christen: Der Stadtrat unterbreitet gemäss § 21 des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden vom 31. August 2006, den Finanzplan 2011 bis 2014 mit der Vorlage Nr. 2125. Der Inhalt des Finanzplans ist mit der Entwicklung der Laufenden Rechnung, zukünftigen Investitionen, Entwicklung der personellen Ressourcen, Aussagen zum Finanzbedarf und zur Vermögenslage sowie zu den Finanzierungsmöglichkeiten definiert. Der vorliegende Finanzplan zeigt die finanziellen Auswirkungen aufgrund aller bei der Erstellung verfügbaren Informationen. Worin bestehen die wesentlichen Abweichungen gegenüber früherer Jahre? Die schrittweise Umsetzung der Änderungen des kantonalen Steuergesetzes, Revisionspakete 2 bis 3, ergibt ab 2011 eine beachtliche Einbusse der Steuereinnahmen von CHF 15 Mio.. Bei den natürlichen Personen werden sich die Anpassungen jährlich mit rund CHF 10 Mio. negativ auswirken und bei den juristischen Personen erwartet der Stadtrat eine Einbusse in der Höhe von CHF 5 Mio.. Das nächste Revisionspaket des kantonalen Steuergesetzes ist bereits in der Pipeline. Mit Beschluss vom 29. Juni 2010 hat der Regierungsrat die Finanzdirektion des Kantons Zug beauftragt, ein Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Steuergesetzes (4. Revisionspaket) durchzuführen. Das 4. Revisionspaket ergibt für die Stadt Zug nach der Einführung am 1. Januar 2012 zusätzliche jährliche Steuerausfälle von CHF 9 Mio.. Die Steuergesetzrevisionen führen faktisch zu einem vergleichbaren Steuerfuss von etwa 50 %. Das berücksichtigte vorsichtig realistisch kalkulierte Wachstum des Steuersubstrats beinhaltet höhere Einkommen und Vermögen, steigende Unternehmensgewinne sowie Neuzugänge und Bevölkerungswachstum. Die Beiträge an die ZFA (Zuger Finanz- und Aufgabenreform) und an die NFA (Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen) betragen aktuell erhebliche CHF 74 Mio.. Diese hohen Zahlungen an ZFA und NFA, die Steuerausfälle infolge der Revisionen des Steuergesetzes, höhere gebundene Ausgaben sowie die steigenden Kosten, die durch das Bevölkerungswachstum und die steigende Zahl der Erwerbstätigen anfallen, begründen hauptsächlich die in den nächsten Jahren zu erwartenden negativen Rechnungsergebnisse. Basierend auf der Finanzstrategie plant die Stadt Zug weiterhin mit einem unveränderten Steuerfuss von 60 %. Die gesunde Bilanz der Stadt Zug lässt dies zu. Die Rechnungsergebnisse können durch die Entnahme aus der dafür gebildeten Steuerausgleichsreserve ausgeglichen oder mit dem freien Eigenkapital verrechnet werden. Das anstehende Investitionsprogramm bewegt sich mit rund CHF 250 Mio. auf einem hohen Stand, es beinhaltet jedoch einige Grossprojekte wie:

- Alterszentrum Frauensteinmatt
- Renovation Altersheim Waldheim

- Einkauf von Betten im Pflegezentrum Baar
- Vorflutleitung Zugersee
- Kauf von Parkplätzen im neuen Parkhaus Post
- Wohnungsbau Roost sowie
- Umbau Neustadt II zu Alterswohnungen

Der Stadtrat ist davon überzeugt, dass im vorliegenden Finanzplan 2011 bis 2014 die Entwicklung der Laufenden Rechnung, die zukünftigen Investitionen und personellen Ressourcen sowie Aussagen zum Finanzbedarf und zur Vermögenslage, auf dem aktuellen Wissensstand, transparent dargestellt werden. Stadtrat Hans Christen ersucht den Grossen Gemeinderat daher im Auftrag des Stadtrats, vom Finanzplan 2011 bis 2014 Kenntnis zu nehmen.

Urs B. Wyss, Präsident GPK: Dem schriftlichen Bericht der GPK ist wenig beizufügen. Nur eine Vorbemerkung: Ein Finanzplan muss von Annahmen ausgehen, etwa die Entwicklung der Weltwirtschaft und der schweizerischen Binnenwirtschaft. Verwerfungen infolge von grösseren Währungsschwankungen, kriegerischen Verwicklungen, Staatsbankrotten und anderen ähnlichen Einflussfaktoren müssen ausgeblendet bleiben. Es wird also mit „Ceterus paribus“ Verhältnissen gerechnet. Das ist nicht überall möglich. So machen sich die in immer rascherer Folge beschlossenen Änderungen beim kantonalen Steuergesetz langsam aber sicher schmerzlich bemerkbar. Die zu erwartenden Ausfälle sind derart markant, dass die GPK die entsprechenden Zahlen als Beilage zu ihrem Bericht aufgenommen hat. Die Fortschreibung des zu erwartenden Aufwands in der Laufenden Rechnung ist – mindestens so weit es sich nicht um gebundene Ausgaben handelt – zu hinterfragen. Also dort, wo eigenes Handeln für die Entwicklung des künftigen Finanzhaushalts wichtig und sogar massgebend ist. Ein solcher Einflussfaktor ist die Personalpolitik. Urs B. Wyss will möglichst wenig Personal, will das bestmögliche Personal, und will ein solider und guter Arbeitgeber sein. Das wäre sein Leitbild zur städtischen Personalpolitik. Wenn bereits für das Budgetjahr 2011 das Personalstellenwachstum die Vorgabe des Finanzplans übersteigt, dann müssen die Alarmglocken läuten. Es gibt da schon eine Anzahl von Massnahmen, die vorausschauend ergriffen werden müssten. Etwa den Ersatz von Mitarbeitern, die in den nächsten drei Jahren in ihre wohlverdiente Pension gehen. Jeder voraussehbare Personalabgang muss zum Anlass genommen werden, durch organisatorische Änderungen, durch Anpassung der Pflichtenhefte und Stellenbeschreibungen nach besserem Einsatz des vorhandenen Personals zu suchen. Da und dort wird man sogar auf eine Möglichkeit stossen, die im öffentlichen Bereich kaum je wahrgenommen wird, nämlich die ersatzlose Streichung einer Stelle. As muss schon wieder Einzug halten in einer von Blähungen langsam satt werdenden städtischen Personalpolitik. Der Stadtrat der nächsten Legislaturperiode wird gut daran tun, mit Hilfe des hervorragenden Personalchefs nach Einsparungsmöglichkeiten der beschriebenen Art zu suchen. Denn eines ist klar: Die Personalausgaben machen den grössten Teil der gesamten Ausgaben aus und bedürfen daher der vermehrten Beobachtung, Kontrolle und echten Einflussnahme der Exekutive. Es könnte – wenn diese Aufgabe nicht tatkräftig angepackt wird – so weit kommen, dass die Legislative mit einem Personalplafonierungsbeschluss auf der strategischen Ebene ihren Einfluss

geltend macht und die Exekutive solcherart zum Handeln zwingt. Das einige Bemerkungen zum Finanzplan. Eine einzige Bemerkung zum Investitionsvorhaben beim Casino, 2. Etappe: Hier wird sich die Gelegenheit bieten, dem GGR zwei Vorlagen so zu unterbreiten, dass zwischen Luxus und absolut Notwendigem entschieden werden kann. Dem GGR sollte hier mit einer Vorlage mit zwei Varianten eine echte Entscheidungsmöglichkeit serviert werden, sonst zieht sich das ganze Geschäft vermutlich endlos in die Länge. Die GPK empfiehlt dem GGR, die Finanzplanung 2011 – 2014 zur Kenntnis zu nehmen.

Martin Eisenring: Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den gut ausgearbeiteten Finanzplan sowie den zuständigen Chefbeamten für die seriöse und sorgfältige Arbeit. Es ist sehr begrüßenswert, dass der Stadtrat in seiner Vorlage auf die Beiträge an den kantonalen Zuger Finanzausgleich, auf die Entwicklungen im Steuerrecht etc. eingeht und damit aufzeigen kann, welche starken Belastungen die Stadt Zug in der voraussehbaren Zukunft unterworfen ist. Zwei Entwicklungen, die im Finanzplan aufgezeigt werden, gefallen der CVP-Fraktion allerdings überhaupt nicht. Einerseits ist dies die ständige Zunahme der Personalkosten beziehungsweise der Personalstellen, andererseits auch die geplante Entwicklung bei der Steuerausgleichsreserve. Bezüglich des Personalbestandes möchte die CVP-Fraktion den Stadtrat mit Nachdruck dazu auffordern, diesen möglichst überhaupt nicht weiter auszubauen. Aufgrund von Produktivitätsgewinnung im Zusammenhang mit dem Einsatz von Computern und moderner Kommunikation sollte es auch der Stadtverwaltung möglich sein, mit gleich vielen Mitarbeitern eine größere Arbeit zu bewältigen. Die Privatwirtschaft kann der Stadtverwaltung in diesem Zusammenhang als Vorbild und vor allem als Massstab dienen. Nicht einverstanden ist die CVP-Fraktion auch mit der geplanten Entwicklung bei der Steuerausgleichsreserve. Die CVP-Fraktion ist klar der Meinung, dass derzeit die wirtschaftlichen Zeichen nicht auf Sturm stehen. Die Stadt Zug befindet sich an ihrem Standort nach wie vor in einer Zeit der Hochkonjunktur, wenn auch etwas abgeschwächt. Die CVP-Fraktion ist dezidiert der Meinung, dass die Steuerausgleichsreserve derzeit nicht angetastet werden darf, jedenfalls nicht planmässig, sondern höchstens im Notfall. Die CVP-Fraktion möchte dem Stadtrat in neuer Zusammensetzung mitgeben, dass sie, vermutlich aber auch die andern bürgerlichen Parteien, sich mit Nachdruck dafür einsetzen werden, dass zur Erreichung eines ausgeglichener Haushalts vor allem ausgabenseitige Anstrengungen unternommen werden müssen. Die CVP-Fraktion unterstützt den Antrag von Stadtrat und GPK und nimmt den Finanzplan 2010 zur Kenntnis.

Barbara Stäheli: Der Finanzplan wurde in den vergangenen Jahren immer ausführlicher und ist auch für nicht Finanzexperten eine durchaus spannende Lektüre. Der Finanzplan ist, wie es das Wort sagt, ein Plan, der nicht auf Fakten, sondern auf Prognosen basiert. Ob alles eintreffen wird, steht in den Sternen. Grundsätzlich Neues erfährt man im Finanzplan nicht, aber die zahlreichen Grafiken verdeutlichen interessante Informationen, die direkte, oder indirekte Auswirkungen auf die Finanzen haben werden. Einiges regt zum Nachdenken an. Die Stadtzuger Bevölkerung soll bis ins Jahr 2014 um 1850 Menschen wachsen, die Arbeitsplätze sollen um 1700 Plätze erweitert werden.

Diese aus Sicht der SP massive Zunahme wird den Verwaltungsaufwand in allen Departementen ebenfalls erhöhen, und somit wird sich auch der Personalbestand erhöhen müssen. Wer A sagt, muss auch B sagen! Die Forderung des GPK-Präsidenten nach einer restriktiven strategischen Personalpolitik, die eigentlich heisst, keine zusätzlichen Stellen mehr, kann die SP absolut nicht nachvollziehen. Aktuell wohnen in der Stadt Zug 25'750 Einwohnerinnen und aktuell gibt es in der Stadt 32'500 Arbeitsplätze. Also 6'500 Arbeitsplätze mehr als Einwohnerinnen und Einwohner. Dieses Verhältnis wird sich auch in Zukunft nicht ändern. Zug will eine Stadt bleiben, in der es mehr Arbeitsplätze gibt als Einwohner. Die Folge davon: Es werden weitere Arbeitsplatzghettos mit allen negativen Begleiterscheinungen entstehen, wenn nicht mit allen Mitteln auf eine gute Durchmischung geachtet wird. Die SP bleibt wachsam. Auf Seite 4 wird anschaulich dargestellt, dass in den kommenden vier Jahren mit einem negativen Rechnungsergebnis gerechnet werden muss. Die teils massiven Defizite können durch die Steuerausgleichsreserve aufgefangen werden, und es werden immer noch rund CHF 62 Mio. bleiben. Das Ziel mit der Reserve den Steuerfuss stabil zu halten, scheint aufzugehen. Dass nun der eigens dafür gebildete Topf nicht geöffnet und Geld daraus genommen werden soll, ist nicht verständlich. Die Fraktion der SP nimmt den Finanzplan 2011 – 2014 zustimmend zur Kenntnis.

Monika Mathers: Finanzpläne sind wie Orakel. Sie analysieren den Ist-Zustand, versuchen den Blick in die Zukunft und schliessen daraus, wie sich die Stadt Zug entwickeln könnte. Bevor sich Monika Mathers den Ergebnissen dieser Analyse widmet, möchte sie der Verwaltung, vor allem aber dem Finanzdepartement für das Erarbeiten der vielfältigen Informationen danken. In Sisyphusarbeit haben sie die Mosaiksteine zusammengestellt, die das Bild in die Zukunft erhellen sollten. Und dieses Bild scheint für einmal ziemlich düster: Rückgang der Steuereinnahmen, Rechnungsdefizite soweit das Auge reicht. Beginnen die mageren sieben Jahre? Bevor sich nun der Rat in Sack und Asche stürzt, möchte Monika Mathers als Orakel Finanzplan 2011-2014 richtig würdigen und in Kontext zu den früheren Finanzplänen stellen. Sie hat darum die sechs Finanzpläne von 2006 bis 2011 bezüglich der Entwicklung des Steuerertrages grafisch aufeinander gelegt. Wie ist diese Grafik zu lesen? Jede Farbe entspricht einem Jahr eines Finanzplanes. Der erste Punkt ist die abgeschlossene Rechnung zwei Jahre früher, also der einzige Punkt, welcher eine reelle Zahl darstellt. Die nachfolgenden Punkte jeder Kurve sind Budget und Finanzplan, also angenommene Zahlen. Das zeigt, dass die Planung des Steuerertrages eine richtige Achterbahn ist. Mit anderen Worten: Steuern sind kaum zu planen. Die Finanzpläne 2008 (grüne Kurve) und 2009 (violette Kurve) zeigten riesige Ausschläge nach unten, haben sich aber nicht bewahrheitet. Mehrheitlich wurden in den letzten 6 Jahren Defizite geplant, und dann kam alles anders als erwartet. So wurde für 2006 noch ein Defizit von fast CHF 10 Mio. budgetiert. Abgeschlossen wurde mit einem Überschuss von CHF 55 Mio. Laut Finanzplan 2007 schliessen, ausser einer, alle zukünftigen Rechnungen bis 2011 mit einem Defizit ab. Heute weiss man, dass 2007, 2008 und 2009 ein Überschuss erwirtschaftet wurde. Also alles halb so schlimm und zurück zum "courant normal"? Nein, denn diese so schwer planbare Zukunft zeigt, wie abhängig Zug ist, abhängig von der Weltwirtschaftslage, abhängig von der politischen

Grosswetterlage, abhängig von politischen Entscheiden. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass Zug nur für NFA, ZFA und kantonale Steuerreduktionen mit einem Minderertrag von CHF 90 Mio., ab 2012 sogar von CHF 99 Mio. gerechnet werden muss, dann wird der Spielraum schon um einiges kleiner. Im Moment scheint es nicht möglich zu sein, die Steuerausfälle mit Neuzuzügen zu kompensieren. Irgendwann ist auch diese Zitrone ausgepresst, vor allem, da potente Steuerzahler, die die Mehrheit in diesem Saal anlocken wollen, besondere Standards erwarten und sich nicht mit 0815 zufriedenstellen lassen. Die Personalkosten sind horrend. Könnte man da etwas mehr sparen? Dazu waren in der GPK interessante Unterlagen erhältlich. Die Bevölkerung der Stadt Zug ist in den letzten zehn Jahren um 16,6% gestiegen, also um einen Sechstel. Die Zunahme der Erwerbstätigen betrug im selben Zeitraum 34%, also mehr als ein Drittel. Dazu muss die Stadt die Infrastruktur bereitstellen. Es braucht Strassen und Plätze, Wohnungen, Büros, Institutionen wie Schulen oder Altersreime und es braucht Personen, die mit der Bürokratie, die 1/6 mehr Einwohner und 1/3 mehr Arbeitende verursachen, fertig werden. Gerade heute, sollte es weiter schneien, müssen 500'000 m² Strassen in der Stadt vom Schnee geräumt werden. Da sind die Plätze und Trottoirs noch nicht einbegriffen. In derselben Zeit, in der die Stadt so enorm gewachsen ist, ist der Personalaufwand teuerungsbereinigt nur um 15,3% gewachsen. Chapeau! An dieser Stelle möchte Monika Mathers allen Personen, die in der Stadt für alle arbeiten, im Namen der Fraktion Alternative-CSP für ihren Einsatz herzlich danken. Seit einem Jahr ist man auch endlich dran, den Investitionsstau abzubauen. Die jährlichen Kosten sind gross. Vielleicht hat die Stadt Zug unbewusst der richtige Zeitpunkt erwischt und verhält sich antizyklisch. Das ist gut für das lokale Gewerbe, denn wie gesagt, die Zukunftsaussichten scheinen im jetzigen Zeitpunkt nicht rosig. Darum haben auch in der GPK alle Parteien mitgeholfen, das Budget etwas zu straffen und versucht, dort zu kürzen, wo es vertretbar war. Ausserdem war man sich ziemlich einig, dass beim Rechnungsabschluss ein eventueller Aufwandüberschuss aus der Steuerausgleichsreserve berappen würde. Um dieses Kässeli, wenn auch von der Fraktion Alternative-CSP zugegebenermassen nicht sehr geliebt, wird man, sofern das Orakel stimmt, in nächster Zeit froh sein. Die bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen haben immer argumentiert, dass ein Ertragsüberschuss den Steuerzahlern gehöre und der Steuerausgleichsfond damit geäufnet werden müsse. Und vielleicht haben sie sogar recht gehabt. Die Steuerzahler haben jetzt ein Recht auf ihr Geld zurück. Es wäre genau so falsch, die Millionen für nächste Generationen zu horten wie es falsch ist, auf Kosten zukünftiger Generationen Schulden zu machen. Darum bittet Monika Mathers, im Namen der Fraktion Alternative-CSP, den Finanzplan 2011-2014 zur Kenntnis zu nehmen und das Budget 2011 mit den Korrekturen der GPK gutzuheissen.

Barbara Hotz möchte zu Beginn ihres Votums vorerst auf die von Monika Mathers erwähnten Zahlen zu sprechen kommen: Diese Zahlen liegen nicht allen Mitgliedern des GGR vor, weshalb es relativ schwierig ist, zu diesen konkrete Aussagen zu tätigen, insbesondere deshalb, weil gewisse Zahlen als Budgetzahlen erwähnt sind und es sich noch nicht um konkrete Zahlen handelt, andererseits auch deshalb, weil innerhalb der Departemente verschiedene Verschiebungen erwähnt sind. Teilweise wurde auch Per-

sonal ausgegliedert, an den Kanton weiter gegeben. Wenn nun mit rechnerischen Beispielen operiert wird, befindet sich der Rat damit auf ganz dünnem Eis. Unter diesem Aspekt weist Barbara Hotz darauf hin, dass diese Zahlen und Aussagen von Monika Mathers mit Vorsicht zu geniessen sind. Der vorliegende Finanzplan der Jahre 2011 bis 2014 basiert auf den derzeit bekannten Informationen für die nächsten Jahre. Der grosse Einfluss der verschiedenen Revisionen des kantonalen Steuergesetzes zeigt seine Auswirkungen und mit der Einführung des 4. Revisionspaketes ist mit weiteren Steuerausfällen zu rechnen. Da auch die hohen Zahlungen an ZFA und NFA in den nächsten Jahren weiterhin geleistet werden müssen, ist die FDP-Fraktion der festen Überzeugung, dass der Entwicklung des städtischen Budgets ein besonderes Augenmerk zu schenken ist. Ein bescheidenes Negativbudget des Jahres 2011 kann von der FDP-Fraktion hingenommen werden, dies insbesondere deshalb, weil in diesem Jahre vor allem wirtschaftliche Faktoren zu diesem Ergebnis geführt haben. Unter diesem Gesichtspunkt ist es für die FDP-Fraktion vertretbar, teilweise auf die Steuerausgleichsreserven zurückzugreifen, um ein allfälliges Defizit zu decken. Bei Betrachtung der jedoch die stark ansteigenden Defizite der Jahre 2012 bis 2014 stellt sich hier eine andere Frage. Hier sind es nicht mehr die wirtschaftlichen Faktoren, sondern es sind ganz klar strukturelle Probleme anzugehen. Hier werden die Fragen zu klären sein, welche Ausgaben man sich inskünftig leisten kann und will. Somit stellt sich die Frage, welches die Kernaufgaben der Stadt sind. Dabei muss noch klarer zwischen wünschbar und machbar unterschieden werden. Es kann nicht sein, dass Zug sich grosszügig an den Steuerausgleichsreserven bedienen und diese aufbrauchen, ohne die strukturellen Probleme anzugehen. Strukturelle Probleme nicht bald anzugehen bedeutet nur einen Zeitaufschub zu erhalten – die Probleme sind damit aber nicht gelöst. Und falls es nicht gelingt, die Kosten zu senken, sind dannzumal die Steuerausgleichsreserven aufgebraucht. Spätestens dann muss gespart werden. Politische Diskussionen, wie gebundene Ausgaben zu ungebundenen gemacht werden können, werden vermehrt zu führen sein. Insbesondere jene Ausgaben, die hier im Rat beschlossen werden, müssen hinterfragt werden, da nur diese direkt beeinflusst werden können. So bescheiden wie es auch aussehen mag, wenn die ZFA und NFA-Zahlungen kurzfristig nicht verändert werden können – und das scheint derzeit Fakt zu sein – so muss man sich auch nicht damit aufhalten, diesem Geld nachzutruern. Die Reduktion dieser Zahlungen muss zwar das langfristige Ziel sein, hilft aber nicht, im Rahmen des hier vorliegenden Finanzplanes die Defizite der Jahre 2012 bis 2014 zu reduzieren. Ausgaben, die vom Kanton vorgegeben werden, können nur durch die städtischen Kantonsräte angegangen werden, auch auf diese Aufgaben hat dieser Rat keinen Einfluss. Deshalb muss es das Ziel des Rates sein, inskünftig immer vor Augen zu haben, welche Auswirkungen er mit Beitragserhöhungen, der Übernahme neuer oder zusätzlicher Aufgaben, oder aber nur schon der Verlängerung oder Weiterführung von bisherigen Aufgaben, erzielt. Diese politischen Diskussionen sind nach Meinung der FDP-Fraktion Erfolg versprechender als willkürliche Budgetkürzungen, die im Rat vorgenommen werden. Das Bekenntnis, dass bisher gebundene Ausgaben auch wieder entbunden oder reduziert werden können, darf der neue Stadtrat gerne heute schon hören. Die FDP-Fraktion glaubt nicht, dass in der reichsten Stadt des Kantons, im reichsten Kanton der Schweiz, im reichsten Land

der Welt die Zitrone schon ausgepresst sein soll und kein Sparpotential mehr vorhanden ist. Das muss für alle ärmeren Ort, Kantone und Länder zynisch tönen. Unter diesen Gesichtspunkten nimmt die FDP-Fraktion diesen Finanzplan zu Kenntnis.

Philip C. Brunner: Die Bemerkungen von Martin Eisenring und Barbara Hotz kann die SVP-Fraktion grösstenteils unterstützen, jedoch mit ein paar Ergänzungen oder Abweichungen. Auch die SVP-Fraktion bedankt sich für die gute Arbeit, die hier geleistet wurde. Der Finanzplan fällt auf mit gut gestalteten Grafiken, welche die eigentliche Tendenz aufzeigen. Der Finanzplan ist eine Defizitplanung in die Zukunft, was der Grund ist, weshalb die SVP-Fraktion den Finanzplan ablehnt. Die Ablehnung erfolgt nicht, weil er nicht gut genug erarbeitet ist oder weil Angaben fehlen, sondern weil das Ganze ganz klar in die falsche Richtung geht. Ein Thema ist die Personalpolitik. Seite 9 von 16 ist ersichtlich, dass alleine in den nächsten 5 Jahren eine Erhöhung von 506,6 auf 554 Stellen, d.h. um 47 Stellen, erfolgt. Das kann von der SVP-Fraktion nicht mitgetragen werden und zwar sowohl bezüglich Verwaltung wie auch Schule. Natürlich gibt es Probleme mit dem NFA und ZFA. Es ist geradezu skandalös, was hier geschieht. Unterägeri beispielsweise mit 8'200 Einwohnern weist ein Eigenaufkommen von rund CHF 16 Mio. bei den Natürlichen und Juristischen Personen auf, bezieht aber aus dem ZFA CHF 15 Mio. Dabei zeigt sich, wie viele Mittel andere Gemeinden zur Verfügung haben. Es wird eine Ägerihalle gebaut, ein Hallenbad ist geplant. In den nächsten fünf Jahren sind Schulden von über CHF 20 Mio. zu erwarten. Ebenso Cham, wo aus dem ZFA CHF 18 Mio. erhältlich sind. Dies entspricht einem Viertel sämtlicher Ausgaben der Gemeinde, welche einen besseren Verkehrsanschluss als die Stadt Zug hat, die zwei Autobahnausfahrten hat, die mit Bahnverkehr und öffentlichem Verkehr ebenso bedient wird. Cham produziert einen ZFA-Aufwand von CHF 18 Mio. Das ist schlimm. In diesem Saal befinden sich 9 Personen, die miteinander beim Kanton für diese Stadt kämpfen können und müssen. Dieser Vorwurf kann der Verwaltung nicht gemacht werden, das sind höhere Gewalten. Die Stadt Zug selber kann mit einer Zentralisierung der Stadtverwaltung effizienter werden und Kosten sparen. Auch die SVP-Fraktion sieht es nicht als gegeben, sich an der Steuerausgleichsreserve zu bedienen, so wie das in der Tabelle 5.2 vorgesehen ist. Die Auffassung der CVP-Fraktion, wonach diese „heilige Kuh“ nicht geschlachtet werden soll, wird auch von der SVP-Fraktion unterstützt. Dieses Geld ist für den Katastrophenfall vorgesehen, der hoffentlich nie eintritt. Der vorliegende Finanzplan wird vom „alten“ Stadtrat vorgelegt. Ein neues Parlament würde damit auf eine ganz falsche Spur geführt. Man muss lernen zu sparen. In diesem Sinn beantragt Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion, den Finanzplan ablehnend zur Kenntnis nehmen.

Martina Arnold bezieht sich auf das Investitionsprogramm gemäss Beilage 5, *Konto 50300, Objekt 861, Sanierung Bauernhaus Bröchli*: Immer wieder wird versprochen, dass das der Stadt gehörende Bauernhaus endlich saniert werde. Es passiert aber nichts. Nun sind wieder CHF 575'000.-- budgetiert, im Finanzplan ist im Jahre 2012 nochmals ein gleicher Betrag aufgeführt.

Stadträtin Andrea Sidler zu *Konto 50300, Objekt 861, Sanierung Bauernhaus Bröchli*: Die Machbarkeitsstudie ist erstellt. Es wird dem GGR dazu eine Vorlage unterbreitet werden. Ein Neubau wird mehr als CHF 1 Mio. kosten.

Abstimmung

über den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion für ablehnende Kenntnisnahme:

Für den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion stimmen 4 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 32 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 32:4 Stimmen den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion abgelehnt und somit den Finanzplan zur Kenntnis genommen hat.

6. Budget 2011

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2120

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2120.1

Grundsatzvoten

Stadtrat Hans Christen: Mit der GGR Vorlage Nummer 2120 unterbreitet der Stadtrat gemäss § 22 des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltgesetz) vom 31. August 2006 das Budget 2011. Die wichtigsten Informationen zum vorliegenden Budget:

- Das Budget 2011 weist einen Aufwandüberschuss von CHF 8,7 Mio. aus.
- Auf der Ertragsseite sind rückläufige Steuererträge zu verzeichnen.
- Die Revisionspakete 2 und 3 des kantonalen Steuergesetzes führen de facto, ohne Einfluss der Exekutive oder Legislative der Stadt Zug, zu einem vergleichbarem Steuerfuss von rund 54 %. Mit der vollständigen Einführung des 4. Revisionspaketes wird der vergleichbare Steuerfuss schlussendlich sogar tiefe 50 % betragen.
- Auf der Aufwandseite wird das negative Ergebnis hauptsächlich durch die erheblichen Beiträge von rund 74 Mio. Franken an die Zuger-Nehmergemeinden im innerkantonalen Finanzausgleich (ZFA) und der NFA-Beteiligung an den Kanton Zug verursacht. Dies entspricht übrigens einer erheblichen jährlichen pro-Kopf-Belastung der Stadtzuger Bevölkerung von rund CHF 2'900.--. Zusätzlich trägt die Stadt Zug hohe jährliche Zentrumslasten von ca. 25 Mio. Franken.
- Zudem führen das Bevölkerungswachstum und die Zunahme der Erwerbstätigen zu höheren Kosten.
- Zusätzlich kommt es bei einigen gebundenen Ausgaben zu Kostensteigerungen.
- Es wird ein hohes Investitionsvolumen von rund CHF 89 Mio. geplant.

Erklärungen für die geringeren Steuererträge:

- Die Finanzmarktkrise und der wirtschaftliche Einbruch der Jahre 2008 und 2009 wirken sich mit zeitlicher Verzögerung auf den Steuerertrag der juristischen Personen des Jahres 2011 aus.
- Die aktuelle Schwäche von US-Dollar beziehungsweise Euro bereiten einigen Unternehmen am Standort Zug Absatzprobleme. Bei den juristischen Personen fallen die kleineren Unternehmensgewinne ins Gewicht und bei den natürlichen Personen sind ausfallende oder geringere Boni ausschlaggebend für tieferes Steuersubstrat.
- Die Umsetzung des 2. und 3. Revisionspakets des kantonalen Steuergesetzes führen zu einem Steuerausfall in der Grössenordnung von rund 15 Mio. Franken. Dieser kann durch das Bevölkerungswachstum teilweise kompensiert werden.
- Bei den natürlichen Personen werden sich folgende Revisionsbestandteile mit rund CHF 10 Mio. negativ auf die Laufende Rechnung auswirken:
 - die "Mittelstandsentlastung"
 - die höheren Kinderabzüge

- der ausgeweitete Mieterabzug
- die höheren Freibeträge bei der Vermögenssteuer sowie die Anpassung bei der Milderung der wirtschaftlichen Doppelbesteuerung
- Bei den juristischen Personen kommt es im Zusammenhang mit der in der Teilrevision enthaltenen Senkung des Gewinnsteuersatzes zu einer Einbusse von Steuereinnahmen in der Höhe von CHF 5 Mio..

Hohe Aufwendungen für ZFA und NFA

- Der grösste Ausgabenposten bleibt wie im Vorjahr die Entrichtung von hohen CHF 74 Mio. in den kantonalen und nationalen Finanzausgleich (ZFA/NFA). Dies stellt inzwischen eine Mehrbelastung gegenüber 2007 von rund CHF 58 Mio. dar.

Bevölkerungswachstum und Zunahme der Beschäftigten führen zu höheren Kosten:

- Die Zahl der Einwohner j Einwohnerinnen der Stadt Zug entwickelte sich seit 2005 mit positiven 10 %, die der Beschäftigten in der Stadt Zug nahm im gleichen Zeitraum sogar um rund 15 % (auf fast 34'000) zu. Dies führt zu höheren Kosten.

Wo fallen diese an:

- Zusätzliche Abteilungen bei der Primarschule, Musikschule sowie der Heilpädagogischen Schule, da die Zuzüge auch eine wesentliche Zunahme von Schüler/Schülerinnen verursachen
- Erweiterung des Betreuungsangebotes
- Hochbau/Städtebau und Baubewilligungen
- Unterhalt von Anlagen und Plätzen
- Werkhofleistungen speziell neue Strassen und Quartiere

Dazu wird folgende Tabelle aufgezeigt:

- ZFA / NFA (seit Einführung 2008)	CHF	58,00 Mio.
- Abschreibungen infolge Investitionsvolumen	CHF	5,00 Mio.
- Pflegebeiträge Alter	CHF	2,00 Mio.
- Parkraumbewirtschaftung, neue Parkhäuser	CHF	2,00 Mio.
- Spitex	CHF	1,8 Mio.
- Kinderbetreuung (aktuell CHF 5 Mio.)	CHF	1,5 Mio.
- Primarschule	CHF	1,5 Mio.
- Oberstufe	CHF	1,0 Mio.
- Kind Jugend Familie (aktuell CHF 3.4 Mio.)	CHF	1,0 Mio.
- Werkhof, neue Quartiere / Strassen	CHF	0,8 Mio.
- Kindergarten	CHF	0,5 Mio.
- HPS	CHF	0,5 Mio.
- Stadtentwicklung	CHF	0,3 Mio.
- Kulturausgaben	CHF	0,3 Mio.
- Hochbau steigende Anzahl Projekte	CHF	0,3 Mio.
- Stadtentwässerung, hohes Investitionsvolumen	CHF	0,3 Mio.
- Baubewilligungen, hohe Bautätigkeit	<u>CHF</u>	<u>0,2 Mio.</u>
Total	<u>CHF</u>	<u>77,00 Mio.</u>

Dies mit einem Steuerfuss von 60 % (2009: 63%) sowie Ausfälle Steuerertrag infolge Finanz- und Wirtschaftskrise.

Aufgabenerweiterungen führen zu Mehraufwand

- neue Abteilungen im Bildungsbereich benötigen zusätzliches Schul- und Verbrauchsmaterial
- Unterhaltskosten neue Einheiten (Alterszentrum Frauensteinmatt / zwei neue Parkhäuser)
- Zusätzlicher Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten Eröffnung Alterszentrum Frauensteinmatt
- Betrieb der neuen Parkhäuser

Wesentliche Kostensteigerung von gebundenen Ausgaben im Bereich

- Alters- und pflegeheime
- Spitex
- Auswärtige Sonderschulen

Hohes Investitionensvolumen

Das Investitionsbudget beläuft sich auf netto CHF 89,4 Mio. Wesentliche Investitionen sind:

- Städtischer Wohnungsbau/Altersheim:
 - Roost
 - Frauensteinmatt
 - Neustadt II
- Überbauungskonzept Eissportanlagen (Tiefgarage, Ausseneisfeld)
- Casino: Gesamtsanierungskonzept
- Studienbibliothek
- Tiefgaragen Postplatz/Frauensteinmatt

Ausblick

- Die Folgen der Wirtschaftskrise sind für die Stadt Zug nicht ganz ausgestanden, diese werden sich 2011 noch auswirken.
- Die Ziele der Finanzpolitik - gesunde Gemeindefinanzen, attraktive Steuerbelastung und hoch stehendes Leistungsangebot - können, dank der vorausschauenden Finanzstrategie der Vergangenheit fortgeführt und die anspruchsvolle Zukunft kann gut vorbereitet angegangen werden.
- Mit erreichten Rechnungsüberschüssen der Vergangenheit wurden die Schulden gezielt von CHF 90 Mio. auf CHF 10 Mio. reduziert.
- Zusätzlich konnten Steuerausgleichsreserven von CHF 110 Mio. geschaffen werden. Damit ist die Stadt Zug in der Lage, den Steuerfuss mittelfristig attraktiv zu halten und allfällige Mindereinnahmen durch Reserveentnahmen auszugleichen.
- Deshalb schlägt der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat einen unveränderten Steuerfuss von 60 Prozent vor.

Zu den Anträgen der Geschäftsprüfungskommission

An der ganztägigen Sitzung vom 22. November 2010 wurden alle Kostenstellen, Kostenarten sowie Investitionen durchberaten. Diese Sitzung war intensiv und es resultierten in der Laufenden Rechnung aus Änderungsanträgen der GPK-Mitglieder oder Änderungsvorschläge des Stadtrates Reduktionen über insgesamt CHF 3'755'600.--. Der Stadtrat ist bereit, die vorgeschlagenen Änderungen der GPK-Sitzung zum Budget 2011 zu übernehmen. Er behält sich jedoch vor, bei einzelnen Kürzungen auf das ursprüngli-

che Stadtratsbudget zu bestehen, sollten heute im Rat diverse zusätzliche Änderungsanträge gestellt werden.

Urs B. Wyss, Präsident GPK: Vorerst ein Kompliment an der Stadtrat und dann ein herzliches Dankeschön an Finanzchef Hans Christen. Seine interessanten illustrierten Ausführungen haben eine gute Grundlage für die kommende Budgetdebatte gelegt. Das Kompliment an den Stadtrat ist damit begründet, dass er in mehreren verwaltungsin-ternen Spar-Runden die zum Teil allzu grossen Begehren und Begehrlichkeiten der Verwaltung auf ein knapp tragbares Mass heruntergeschraubt hat. Die Arbeit der GPK war zwar zeitaufwändig und zum Teil fast mühsam – sie ergab aber per Saldo zwei wesentliche Resultate: Erstens konnte das Defizit von CHF 8,7 Mio. auf rund CHF 4,95 Mio., also um ganze CHF 3,7 Mio. reduziert werden. Und zweitens konnten diese Einsparungen mit dem Einverständnis der Departementschefs und hernach des Gesamtstadtrates erzielt werden. Hiefür gebührt dem Stadtrat Dank. Die grössten Einsparungen tun niemandem weh! Es handelt sich um die Reduktion der sogenannten „zusätzlichen Abschreibungen“ um CHF 2 Mio. und um den mit einem Beschluss des Regierungsrates möglich gewordenen Verzicht auf CHF 0,5 Mio. für den Teuerungsausgleich. Der Rest schmerzt gelegentlich in der einen oder anderen Abteilung, dem einen oder anderen Departement, es kann aber nochmals darauf hingewiesen werden, dass die erzielten Einsparungen mit dem Einverständnis des Stadtrates erfolgt sind. Sollte wider Erwarten ein positiver Rechnungsabschluss 2011 resultieren, dann müssten – bevor die Steuer- ausgleichsreserve weiter geäufnet wird – die jetzt weg gesparten zusätzlichen Ab- schreibungen mit dem GGR-Beschluss über die Verwendung des Ertragsüberschusses nachträglich vorgenommen werden. Was an echten Einsparungen bleibt, sind also rund CHF 1,2 Mio. Die minutiöse Prüfung des Voranschlags ermöglichte innerhalb der GPK den Verzicht auf einen Rückweisungsantrag und erlaubt die speditive Beratung eines sorgfältig evaluierten Budgets. Die GPK beantragt dem GGR – in Übereinstimmung mit dem Stadtrat – den von der GPK vorgeschlagen Änderungen zuzustimmen und den Beschlussesentwurf mit der redaktionellen Änderung zu Ziff. 2, jedenfalls mit dem vom Stadtrat beantragten Steuerfuss von 60 % zu genehmigen.

Philip C. Brunner: Man lebt in interessanten Zeiten! In den letzten Jahren hat die SVP Fraktion immer wieder versucht, viel gesundem Menschenverstand in und Pragmatis- mus in die Budget-Debatte einzubringen. Noch vor einem Jahr wurde sie meistens als "Sparpartei" belächelt, wenn sie davon sprach oder engagiert mit Sparanträgen kam. So ändern sich die Zeiten und die finanzpolitischen Realitäten, von den politischen ganz zu schweigen! Vor ein paar Tagen hat der Zürcher Gemeinderat mit hauchdünner Mehrheit das Budget zur Überarbeitung an den Stadtrat zurückgewiesen. Die diskutieren im April 2011 weiter. FDP, CVP, SVP, glp und EVP arbeiten dort zum Wohl der Steuer- erzahler - und zum Wohl ihrer Stadt. Philip C. Brunner hofft, dass auch in der Stadt Zug nun eine gewisse Opposition aus bürgerlichen Kreisen gegen die SVP einer konstruktiven Zusammenarbeit weicht, wo zumindest die drei bürgerlichen Parteien in der Fi- nanzpolitik zusammen am gleichen Strick ziehen. Sparen ist eine Tugend und kein Cha- rakterfehler. Die SVP Fraktion hat festgestellt, dass das diesjährig Budget durch Stadt-

rat Hans Christen erneut sorgfältig zusammengetragen und erarbeitet wurde, und dass der Stadtrat aktiv versucht hat, doch am einen oder anderen Ort mögliche Sparmassnahmen zu treffen. Leider ist das Vorhaben, dies sei hier festgehalten, bei allem Respekt für die bisherigen Sparanstrengungen der grossen Mehrheit der Departemente. nur teilweise gelungen: Vor allem im Schuldepartement laufen die Kosten absolut aus dem Ruder - auf und davon- und dies beschäftigt die SVP-Fraktion sehr, vor allem auch deshalb, weil der heutige verantwortliche Bildungschef in Zukunft auf der Säckelmeister dieser Stadt sein wird. Wer sich gegen den allmächtigen grossen Rektor gar nicht durchsetzen kann, der wird auch mit all den anderen Begehrlichkeiten der anderen Departemente seine Mühe haben. Die SVP-Fraktion hofft das nicht und wünscht ihm gemäss dem FDP-Wahlkampfeslogan eine beharrte aber faire Hand. Die SVP-Fraktion dankt an dieser Stelle allen Mitarbeitenden der Verwaltung, welche im Rahmen ihrer Möglichkeiten vernünftig mit dem Geld der Steuerzahler umgehen wollen und möglichst kleine Ausgaben bewilligt haben. Allen anderen kündigt das SVP-Ruderboot (4, die rudern und 1 Steuermann) an, dass die Entwicklungen auch im so neuen 8-er Boot genau verfolgt werden, so weit es eben der Miliz möglich ist. Die SVP stellt in einer Analyse auch in einer Analyse fest, dass für die eigentliche Abzockerei der anderen Zuger Gemeinden beim ZFA und dem systemwidrigen NFA die Behörden nicht alleine verantwortlich gemacht werden können. Die bereits erwähnten CHF 74 Mio. sind völlig ausser Rand und Band. Es wäre schön, wenn hier gemeinsam als Stadt Widerstand angekündigt werden könnte. Allerdings: Die Klage erfolgt auf hohem Niveau. Noch immer ist die Stadt Zug in einer beneidenswerten Lage. Dies ist nicht nur das Verdienst Einzelner, sondern auch auf eine beneidenswerte wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen. Das verdankt Zug den Unternehmern, den Unternehmen und vielen Privaten. Zum Termin möchte Philip C. Brunner dem Stadtrat, den Fraktionen und dem Ratsbüro beliebt machen, doch das Budget in zwei Lesungen zu behandeln. Von den Terminen her wäre es möglich, da das Budget bereits anfangs November vorliegt. So könnte der Rat nach der Vorberatung in der GPK Ende November die 1. Lesung durchführen. Es ist unverständlich, an der letzten Sitzung im Jahr ein Budget „durchpauken“ zu müssen. Damit besteht ein gewisser Druck, dies noch unter Dach und Fach zu bringen. Das kann nicht im Sinne der Sache sein. Die Anträge der SVP-Fraktion lauten wie folgt:

1. Die SVP-Fraktion folgt der GPK mit ihren Sparanträgen in der Höhe von CHF 3,7 Mio. pauschal! Die SVP-Fraktion stellt mit Genugtuung fest, dass da hart miteinander gerungen wurde und dankt den Mitgliedern für Ihre konstruktive Arbeit, gerade aber auch Verwaltung und Stadtrat, welche für diese Aufgabe über weite Strecken, leider nicht immer, Verständnis zeigten.
2. Die SVP-Fraktion wird noch zusätzliche Anträge stellen - und zwar sowohl globale Kürzungen in den Departementen, aber auch zu einzelnen Konten, wo sie noch Sparpotential sieht.

Beim Ertrag besteht Einverständnis mit Stadtrat Hans Christen und seinem Team bezüglich der konservativen Budgetierung. Die Unwegsamkeiten der Zukunft werden möglicherweise noch einige Überraschungen bringen. Das möchte man nicht noch verstärken.

Karl Kobelt: Kann das Budget akzeptiert oder soll es an den Stadtrat zurückgewiesen werden? Dies war die Gretchenfrage, die sich die FDP-Fraktion stellte. Hier seien zunächst einige Fakten in Erinnerung gerufen: Das Budget 2011 ist auch im Zusammenhang der wirtschaftlichen Grosswetterlage zu sehen. Diese hat sich ab 2008 stark verüstert. Das Tief schlägt nun auf die Stadt Zug durch. Zwischenzeitlich hat sich die Volkswirtschaft wieder etwas erholt. Die Nachwehen der Finanzkrise sind aber noch immer zu spüren. Die systembedingten Ausgaben für ZFA (CHF 58,6 Mio.) und NFA (CHF 15,3 Mio.) fallen mit CHF 74 Mio. (das entspricht 37 Prozent der Steuereinnahmen) sehr hoch aus. Wenn die Stadt Zug allein den systemwidrigen NFA-Beitrag nicht zahlen müsste, wäre das Budget deutlich im schwarzen Bereich! Hinzu kommen die Zentrumslasten, die weitere über CHF 20 Mio. kosten. Auf der Ertragsseite schlagen im Weiteren die Revisionspakete zwei bis vier des kantonalen Steuergesetzes mit Mindererträgen von rund CHF 25 Mio. zu Buche. Der Löwenanteil der Kosten sind gebunden. Die Höhe der ungebundenen und durch den GGR beeinflussbaren Kosten bewegt sich in der Grössenordnung von CHF 25 bis 30 Mio. Soviel zu den Fakten. Sie bildeten die Grundlage für die Beurteilung der GPK. Diese hat Kürzungen in der Höhe von CHF 3,75 Mio. vorgenommen. Das ist respektabel – auch wenn in diesem Betrag zusätzliche Abschreibungen von CHF 2 Mio. enthalten sind. Der GPK spricht die FDP-Fraktion für ihre seriöse Arbeit den Dank aus. Welche Schlüsse sind nun mit Blick auf die Zukunft zu ziehen? – Das negative Ergebnis verbindet die FDP-Fraktion mit der entschiedenen Forderung an den Stadtrat, weitere Sparanstrengungen zu unternehmen. Das Personalwachstum in der Verwaltung ist auch der FDP-Fraktion ein Dorn im Auge. Einen neuerlichen Vorschlag mit einem derartigen Fehlbetrag wird in einem Jahr von der FDP-Fraktion nicht einfach hingenommen werden. Der Rat hat seinen Beitrag an die Lösung der strukturellen Probleme zu leisten. Die FDP-Fraktion wird ihren Beitrag zu gesunden Stadtfinanzen leisten und weiterhin die Vorlagen des Stadtrates auf Nutzen und Zweckmässigkeit sehr genau prüfen. Zudem werden die neu gewählten Stadtvertreterinnen und -vertreter im Kantonsrat aufgerufen, die Interessen der Stadt Zug noch dezidierter zu vertreten. Zusammengefasst meint die FDP-Fraktion: In den guten Jahren hat die Stadt Zug etwas Wohlstandspeak angelegt. Nun werden die Rationen knapper, der Gürtel muss enger geschnallt werden. Etwas Diät ist gut, doch eine Hungerkur ist nicht angesagt. In diesem Sinn beantragt die FDP-Fraktion die Annahme des Budgets 2011 mit den von der GPK vorgenommenen Kürzungen. Der Steuerfuss sei unverändert auf 60 Prozent zu belassen. Eine allfällige Entnahme eines Betrages aus der Steuerausgleichsreserve ist nicht heute zu diskutieren, sondern dann, wenn das Rechnungsergebnis vorliegt. Die Steuerausgleichsreserve ist dazu angelegt worden, um Steuerfussstabilität langfristig zu gewährleisten. Das ist der Sinn und Zweck dieses Fonds. Abschliessend noch eine Bemerkung zu den Ausführungen des Vorredners Philip C. Brunner zum Zürcher Gemeinderat: Karl Kobelt möchte die Stadtzürcher Politik nicht imitieren, das würde nämlich bedeuten, dass Zug über Jahre mit einer linken Stadtregierung Defizite generieren würde. Soweit kommt's noch!

Barbara Stäheli: Nun liegt es also vor, das Budget mit einem Defizit! Im Wissen, dass diese Situation bei einer schlechten Wirtschaftslage eintreten wird, wurden in den guten Zeiten die Steuerausgleichsreserve geschaffen, damit genau bei dieser Sachlage der Steuerfuss nicht angehoben werden muss und das Dienstleistungsangebot aufrecht erhalten werden kann. Wer erinnert sich noch an die Voten vor einem, oder zwei Jahren? Da sagte beispielsweise Martina Arnold im Juni 2008 (Zitat): "Die CVP-Fraktion ist mit den Vorschlägen des Stadtrats grundsätzlich einverstanden. Im Hinblick auf die kommende Mehrbelastung für NFA und ZFA in der Rechnung 2008 scheint es sinnvoll, nochmals CHF 30 Mio. in die Steuerausgleichsreserve einzulegen" (Zitatende). Manuel Brandenburg sagte im Juni 2009 (Zitat): „Im Übrigen wird die SVP-Fraktion die GPK-Anträge unterstützen, insbesondere den Antrag für die Erhöhung der Steuerausgleichsreserve auf CHF 20 Mio.“ (Zitatende). Da wurden nun also mit der Zustimmung aller CHF 110 Mio. in diesem Topf angehäuft, damit man in schlechteren Zeiten davon zehren kann. Und nun lautet der Tenor: Die Steuerausgleichsreserve darf nicht angetastet werden, jetzt muss gespart werden und zwar muss nicht nur gespart werden bis das Budget ausgeglichen ist, nein eine Steuersenkung muss für die SVP auch noch drin liegen. Wahrlich unglaublich! Barbara Stäheli bildet sich auch ein, über einen gesunden Menschenverstand zu verfügen, aber das versteht sie nicht. Der Voranschlag des Stadtrates budgetiert ein Defizit von CHF 8,7 Mio. Die GPK beantragt Kürzungen von CHF 3'755'600.--. Darin enthalten sind CHF 2 Mio. aus der Kürzung von Abschreibungen und CHF 500'000.-- können gespart werden, da den Angestellten im kommenden Jahr keine Teuerungszulage ausbezahlt wird. Ob das Niemandem weh tut, ist sich Barbara Stäheli nicht so ganz sicher. Wenn die Stadt die besten Angestellten will, dann ist das sicher auch über den Lohn zu haben. Der restliche Betrag von rund CHF 1,2 Mio. setzt sich aus Beträgen von CHF 5'000.-- bis CHF 100'000.-- zusammen. Den meisten Kürzungsanträgen der GPK kann die SP zustimmen, wie es auch der Stadtrat getan hat. Die zögerliche Zustimmung, oder bei einigen Konten auch die schnelle Zustimmung des Stadtrates haben teilweise irritiert. Die SP ist trotzdem überzeugt, dass der Stadtrat ein seriöses Budget vorgelegt hat, wäre es doch ein Leichtes gewesen, bei den Unterhaltsarbeiten zu sparen und die Steuereinnahmen optimistischer zu veranschlagen, und schon hätte das Budget zu weniger Diskussionen Anlass gegeben. Gerade weil der Stadtrat das nicht getan hat, dankt die SP-Fraktion dem Stadtrat und dem zuständigen Finanzsekretär für das seriös ausgearbeitete Budget.

Martin Eisenring: Die CVP-Fraktion unterstützt ebenfalls die Anträge der GPK und auch, dass die Steuerausgleichsreserve lediglich dann angetastet werden soll, wenn die Rechnung auch tatsächlich negativ ausfällt. Die CVP-Fraktion gratuliert der GPK und bedankt sich beim Stadtrat, dass es innert recht kurzer Zeit gelungen ist, den Fehlbetrag im Budget um CHF 3,7 Mio. auf CHF 4,9 Mio. zu reduzieren. Dieses schnelle Gelingen bzw. dieser Fortschritt zeigt, dass Optimierungsmöglichkeiten in diesem Budget bestehen. Es ist auch der CVP-Fraktion klar, dass die grossen Budgetposten, namentlich die Zahlungen an ZFA und NFA, nicht im Einflussbereich des GGR stehen. Er hat nur die Möglichkeit, den Stadtrat und die Kantonsratsmitglieder in diesem Rat zu bitten und aufzufordern, diesem Problem mit Nachdruck nachzugehen. Es wird seit Jahren darüber

gesprochen, passiert ist aber noch relativ wenig. Es ist daher notwendig, einmal einen Gang höher zu schalten, um Fortschritte zu erzielen und vielleicht auch einmal einen gewissen Ungehorsam an den Tag zu legen. Dieser heutige Zustand ist ungesund und schadet dem Kanton und der ganzen Bevölkerung im Kanton, denn alle wissen, dass die Stadt Zug der eigentliche Wirtschaftsmotor ist. Wenn er zu stark belastet und geschädigt wird, werden dies auch die anderen Gemeinden auf schmerzliche Weise zu spüren bekommen. Dieses Bewusstsein muss geweckt werden. Die Bürger dieser Stadt haben den berechtigten Anspruch, dass mit ihren Steuergeldern und der Steuerausgleichsreserve haushälterisch und nachsichtig umgegangen wird im Sinne einer vorsichtigen Hausfrau, die auch nicht mehr ausgibt als in der Kasse vorhanden ist. Bisher ist Zug in keinem Sturm gelandet, sondern es zeigen sich erst einige Gewitterwolken. Da darf man nicht gleich so massiv in diesen Topf greifen, dass bei einer wirklich schwierigen Situation nicht mehr die nötigen Mittel vorhanden sind. Die vergangene Finanzkrise und die anschliessende Krise der südlichen und europäischen Länder haben klar gezeigt, dass es sehr gefährlich ist, über seine Verhältnisse zu leben.

Stefan Hodel möchte nur noch einen Gedanken bezüglich der Zahlungen an NFA und ZFA hier in den Raum werfen: Jedes Jahr wird hier zweimal geklagt, wie viel an den Kanton für NFA und ZFA abgeliefert werden müsse. Was wäre, wenn die Stadt Zug diese Zahlungen nicht leisten müsste? Ohne Beitrag an den NFA könnte der Steuerfuss locker um 5 % gekürzt werden. Ohne Beitrag an den ZFA könnte der Steuerfuss um weitere 20 % gekürzt werden. Dann gäbe es einen Steuersatz von ca. 40 %. Was wäre dann? Wie viele Mieten müssten dann in der Stadt Zug bezahlt werden? Wie hoch wären die Bodenpreise dann, wie viele zusätzliche Reiche würden dann zuziehen?

Manuel Brandenburg: Die SVP-Fraktion hat zwei generelle Anträge zum Budget anzubringen. Ratspräsidentin Isabelle Reinhart wird gebeten, ob jetzt der richtige Zeitpunkt ist, diese Anträge zu stellen oder ob dies später geschehen soll.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart vermutet, dass jetzt der richtige Moment ist.

Manuel Brandenburg: Die SVP-Fraktion ist überhaupt nicht damit einverstanden, dass eine derart reiche Stadt wie Zug mit derart hohen Steuereinnahmen ein Budget mit einem Defizit vorlegt. Das ist nicht in Ordnung, insbesondere auch deshalb nicht, weil die SVP-Fraktion der Auffassung ist, es müssten auch die Steuern nochmals substantiell gesenkt werden. Die SVP-Fraktion wird bei der Festlegung des Steuerfusses einen Antrag auf Senkung auf 56 % stellen. Damit ist Zug wieder auf dem Spitzenplatz im Kanton Zug, zusammen mit der Gemeinde Walchwil. Dieses Geld muss aber irgendwo eingespart werden. Stadtrat Hans Christen hat Recht, wenn er andeutet, es reiche nicht, wenn überall seitenweise kleine Änderungsanträge beim Budget gestellt würden. Die SVP-Fraktion will dies allen ersparen und stellt zwei generelle Anträge zum Budget, mit denen wirklich substantiell Geld gespart werden kann. Im Hinblick auf die gehörten Voten muss man sich bewusst sein: Hören ist gut, handeln manchmal wichtiger. Die Anträge der SVP-Fraktion lauten:

1. Die SVP-Fraktion beantragt einen Personalstop auf das kommende Jahr
2. Die SVP-Fraktion beantragt eine Reduktion der Personalkosten um 10 % gegenüber den budgetierten CHF 84,9 Mio. bzw. eine Einsparung von CHF 8,5 Mio.

Es soll sich kein Mitglied des Stadtrates dagegen wehren und auf bestehende Verträge hinweisen, die einzuhalten sind. Verträge sind gemäss Personalreglement im Rahmen des budgetierten Betrages abgeschlossen. Wenn es notwendig sein sollte, dann ist es zwar hart, aber auch notwendig, Verträge aufzulösen. Normalerweise gibt es Kündigungsfristen, die es erlauben, dies im nächsten Jahr so einzuhalten. Der SVP-Fraktion geht es nicht darum, Mitarbeitende der Verwaltung schlecht zu machen. Alle machen ihre Arbeit gut. Es geht darum, in einer Stadt wie Zug nicht ein negatives Budget vorzulegen. Das ist aus Sicht der SVP-Fraktion schlicht nicht haltbar.

Manuel Brandenburg ersucht den Rat, diesen beiden Anträgen zuzustimmen, auch wenn dieser es natürlich nicht tun wird. Trotzdem erachtet es die SVP-Fraktion als ernsthaft wichtig, etwas seriöser und präziser mit konkreten begonnen wird, Geld zu sparen. Das wirtschaftliche Umfeld ist hart. Urs B. Wyss hat den Begriff „Kriegsereignisse“ gebraucht. Manuel Brandenburg möchte nicht den Teufel an die Wand malen. Was aber im Moment in Europa passiert, könnte durchaus ein Wetterleuchten von schlimmeren kommenden Ereignissen sein. Hier im Parlament von Zug sollte vorgesorgt und gespart werden.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Über den Steuerfuss wird im Zusammenhang mit dem Beschlussesentwurf unter Ziff. 1.1 abgestimmt. Über den Personalstop kann jetzt beschlossen werden.

Stadtrat Hans Christen: Gemeinderat Philip C. Brunner hat vom gesunden Menschenverstand gesprochen. Die Anträge von Manuel Brandenburg basieren aber eher auf einem kranken Menschenverstand. Wenn die verlangten zusätzlichen Stellen beispielsweise für das Zentrum Frauensteinmatt nicht gewährt werden, kann dieses Zentrum im nächsten Sommer nicht eröffnet werden. Das Zentrum muss von Personal betreut werden. Der Stadtrat hat es sich mit den Stellen nicht leicht gemacht. Diese Stellen wurden auch von der GPK geprüft und von ihr gutgeheissen. 10 % Reduktion der Personalkosten bedingt, dass seitens der Stadt Kündigungen ausgesprochen werden müssen. Bei der Stadt Zug haben gewisse Angestellte teilweise 3- oder 6-monatliche Kündigungsfristen. Das von Manuel Brandenburg verlangte Vorgehen wäre daher faktisch nicht möglich und auch kein gutes Zeichen. Jetzt ist einmal ein Ausgabenüberschuss budgetiert und schon folgen solche Diskussionen. Es war immer Friede, Freude, Eierkuchen, wenn ein Einnahmenüberschuss budgetiert werden konnte. Stadtrat Hans Christen hat auch immer vor der jetzigen Situation gewarnt, wurde aber immer als Jammerer dargestellt. Die Stadt Zug hat eine sehr gute und gesunde Bilanz. Diese nahezu CHF 5 Mio. des Budgetdefizits sind ein Richtwert. Ob das schlussendlich auch so eintrifft, ist heute auch noch fraglich. Solche Anträge zu stellen und die Stadt Zug in einen schlechten Ruf bezüglich Personalpolitik zu bringen, ist daneben und spricht von keiner grossen Sozialkompetenz.

Urs Bertschi: Es war bereits in der Vorphase dieser Budgetdebatte zu vernehmen, da ein solcher Antrag bereits durch die Köpfe flunkerte. Damit also die SVP-Fraktion ein paar Franken sparen kann, will sie den Mitarbeitenden der Stadt Zug, welche notabene über Gebühr, aber immer noch sehr geduldig mitunter unnütze und überflüssige Aufgaben, die ihr regelmässig von der SVP gestellt werden, erledigt, die Löhne kurzerhand um 10 % kürzen. Solches will die SVP-Fraktion tun, um den Steuerfuss der Schönwettergemeinde Walchwil erreichen zu können. Eine Schönwettergemeinde, die ihre Hänge mit Reichen und Wohlbetuchten pflastert, die keine Zentrumslasten kennt und schlicht und ergreifend über den Status einer ziemlich biederen Gemeinde nicht hinauskommt. Die Stadt Zug hat Mitarbeitende, die einen guten Job machen. Der Antrag der SVP-Fraktion ist weder seriös noch präzise, er ist bloss zynisch und aus Sicht von Urs Bertschi wirklich menschenverachtend.

Stadtpräsident Dolfi Müller: Es wurde der Vierjahresrückblick dieser Legislatur verabschiedet. Er darf sich durchaus sehen lassen. Das Matchblatt ist ausgezeichnet. Damit verbunden ist ein Dank an die Verwaltung und an den GGR, welcher der Stadtrat gerne weiter gibt. Mit solchen Anträgen, wie sie vorhin gestellt wurden, wird den Mitarbeitenden kein Dank weiter geleitet, sondern das pure Gegenteil ist der Fall. Was ist das für ein Arzt, der einem gesunden Patienten, welcher einen kleinen Schnupfen hat, mit schweren Krebsmedikamenten beikommen will? Das ungefähr ist das, was vorhin die SVP gemacht hat. Das ist mit Sicherheit nicht seriös.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Diese Broschüre werden alle GGR-Mitglieder in der Pause noch erhalten.

Karl Kobelt möchte nur einen Satz sagen: „Unser politisches Handeln soll verhältnismässig sein.“

Urs B. Wyss, Präsident GPK, hat versucht, im Zusammenhang mit der Finanzplanung einige Gedankenanstösse für die Personalpolitik der kommenden Legislaturperiode aufzuzeigen und hofft, dass sie vom Stadtrat aufgenommen und umgesetzt werden. Nun aber zur Personalplanung im Detail: Der Stadtrat genehmigt jeweils auch nach einigen internen Runden anfangs Juli jeden Jahres seine Personalplanung, welche dann als Grundlage für das Budget dient. Diese Personalplanung stellt er den Mitgliedern der GPK zu. An der ersten Sitzung nach den Sommerferien wird sie positionsweise in der GPK seriös diskutiert. Die GPK hat die Personalplanung einstimmig so genehmigt und zuhanden der Budgetsitzung verabschiedet. Daran darf für heute nicht gerüttelt werden. In diesem Sinne muss der Antrag der SVP-Fraktion abgelehnt werden.

Manuel Brandenburg weist darauf hin, dass mit dem SVP-Antrag die Personalkosten lediglich auf den Stand des Jahres 2008 zurückgehen würden. Damals betragen sie noch CHF 74,553 Mio. Budgetiert für 2011 sind nun CHF 84,878 Mio. „Hören Sie hier auf, die guten Menschen zu spielen und uns als die bösen Menschen darzustellen.“ Die SVP-Fraktion will nur dem uferlosen Umgang mit Steuergeldern für eine Aufblähung

der Verwaltung Einhalt gebieten. Bei einer genaueren Überprüfung des Bildungsdepartements ist ersichtlich, wie gross die Klassengrössen sind und was das Schulgesetz dazu sagt. Die Klassengrössen bewegen sich zurzeit bei 16 - 17 Schülern. Es gibt sogar kleinere Klassen. In bestimmten Klassen unterrichten 2 Lehrpersonen zu je 50 % - was ohnehin schon teurer ist - eine 14-köpfige Klasse. Gemäss kantonalem Recht sind Klassengrössen von 24 Schülern möglich. Mit etwas Druck seitens der Verwaltung könnten erhebliche Einsparungen realisiert werden. Diesen Druck muss das Parlament auslösen. Das kann nicht die GPK tun. Hier und heute hat der GGR die Möglichkeit, diesen Druck etwas aufzusetzen. Manuel Brandenburg ist überzeugt, dass wieder etwas grössere Klassen für die Schule gar nicht so schlecht wären. Das wäre möglicherweise pädagogisch sogar sehr wertvoll. Die SVP-Fraktion ist absolut nicht gegen die Mitarbeitenden der Verwaltung. Das weiss auch Jedermann. Wenn Manuel Brandenburg mit der Verwaltung zu tun hat, ist er immer sehr anständig, weiss er doch, dass diese Mitarbeitenden von Stadt und Kanton Zug sehr gut arbeiten. Solche Vorwürfe weist die SVP-Fraktion zurück.

Abstimmung

über den Antrag der SVP-Fraktion, den Personalaufwand gemäss Budget 2011 im Betrag von CHF 84,9 Mio. um 10 % zu kürzen:

Für den Antrag der SVP-Fraktion stimmen 5 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 33 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 5:33 Stimmen den Antrag der SVP-Fraktion für eine 10 %ige Kürzung des budgetierten Personalaufwandes abgelehnt hat.

Abstimmung

über den Antrag der SVP-Fraktion für einen Personalstopp für das Jahr 2011:

Für den Antrag der SVP-Fraktion stimmen 6 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 30 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 6:30 Stimmen den Antrag der SVP-Fraktion für einen Personalstopp für das Jahr 2011 abgelehnt hat.

Detailberatung

Bericht und Antrag des Stadtrates (S. 1 - 12)

Keine Wortmeldungen

Hauptzahlen (S. 15)

Keine Wortmeldungen

Laufende Rechnung nach Sacharten (S. 16-17)

Keine Wortmeldungen

Institutionelle Gliederung (S. 18)

Keine Wortmeldungen

1. Präsidialdepartement (S. 19)

Keine Bemerkungen

2. Finanzdepartement (S. 20)

Keine Wortmeldungen

3. Bildungsdepartement (S. 21)

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK hat ein 6. Departementsziel beschlossen, lautend: Ein überarbeitetes Kinder- und Jugendkonzept liegt zu Händen des GGR vor.

4. Baudepartement (S. 22)

Keine Wortmeldungen

5. Departement für Soziales, Umwelt und Sicherheit (SUS) (S. 23)

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK hat folgendes zusätzliches Departementsziel eingesetzt: Die Ziele gemäss Vorlage Nr. 2097 zur Sicherheit in der Stadt Zug sind umgesetzt.

Laufende Rechnung nach institutioneller Gliederung

1. Präsidialdepartement (S. 24-28)

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Der Stadtrat hat im Grundsatz die Anträge der GPK übernommen, ausser es würde nochmals Diskussionen geben.

KST 1000: Grosser Gemeinderat

Philip C. Brunner beantragt, CHF 25'000.-- für die Bildungskommission einzusetzen.

Stadtrat Hans Christen: Eine solche Budgetposition kann erst budgetiert werden, wenn hierfür eine Rechtsgrundlage, d.h. ein Beschluss des GGR vorliegt. Wenn diese Bildungskommission eingesetzt wird, können die dadurch entstandenen Ausgaben begründet werden. Erst wenn eine Rechtsgrundlage besteht, wird das betreffende Konto eröffnet.

Manuel Brandenburg: Bei der Chollerhalle ist auch schon der höhere Beitrag im Budget enthalten (CHF 230'000.--), obwohl der Beschluss des GGR noch nicht gefasst wurde. Wenn es hier geht, dann muss es also auch bei der Bildungskommission gehen. Um auch nur den Stadtrat zu erinnern, dass es diese Bildungskommission noch geben könn-

te, ist es wichtig, an diesem Antrag festzuhalten. Manuel Brandenburg ist auch überzeugt, dass dies rechtlich möglich ist.

Stadtrat Hans Christen: Das hat nichts mit Juristerei zu tun, sondern ist Praxis. Es kann jetzt nicht einfach locker vom Hocker ein Budgetbetrag aufgenommen werden, ohne dass hierfür ein rechtsgültiger Beschluss besteht. Für die Chollerhalle besteht ein Stadtratsbeschluss, aufgrund dem die Budgetierung erfolgte. Muss jetzt 10 Minuten lang wegen diesen CHF 25'000.-- diskutiert werden? Es ist überhaupt nicht notwendig. Wenn das Geld gebraucht wird, wird das Konto beim Finanzdepartement eröffnet und bei der Rechnung 2011 folgt die Begründung. So einfach geht das.

Abstimmung

über den Antrag der SVP-Fraktion, CHF 25'000.-- für die Bildungskommission ins Budget aufzunehmen:

Für den Antrag der SVP-Fraktion stimmen 8 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 30 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 8:30 Stimmen den Antrag der SVP-Fraktion abgelehnt hat.

KST 1100: Stadtrat

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt zu *Konto 31807, Beratungen und Expertisen*, eine Reduktion des budgetierten Betrages von CHF 60'000.-- um CHF 10'000.-- auf CHF 50'000.--.

KST 1200: Stadtkanzlei, Archiv, Kommunikation

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt bei *Konto 30101, Löhne hauptamtliches Personal*, dass die 0.3 Pensenerweiterung nur für 2 Jahre gilt.

Zu *Konto 31813, Stadtentwicklung*, beantragt die GPK eine Kürzung von CHF 133'000.-- um CHF 63'000.-- auf CHF 70'000.--.

KST 1300: Zentrale Dienste

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt bei *Konto 31001, Drucksachen Fachliteratur*, eine Kürzung um CHF 5'000.-- von CHF 168'500.-- auf CHF 163'500.--.

KST 1400: Rechtsdienst

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK erwartet bei *Konto 43100, Gebühren*, nach der Totalrevision des Verwaltungsgebührengesetzes Mehreinnahmen von CHF 79'500.--; Ertrag neu: CHF 599'500.--.

KST 1500: Personaldienst

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Unter dieser KST beantragt die GPK folgende Kürzungen:

- *Konto 30101, Löhne hauptamtliches Personal*, Reduktion um CHF 250'000.-- (Kein Teuerungszuschlag, Summe aller Kostenstellen)
- *Konto 30201, Löhne Lehrpersonal*, Reduktion um CHF 250'000.-- (kein Teuerungszuschlag, Summe aller Kostenstellen).
- *Konto 30300, Sozialversicherungsbeiträge*, Reduktion um CHF 70'000.-- (Sozialleistungen auf Teuerung).

KST 1600: Kultur

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt bei *Konto 31817, Freier Kulturkredit*, eine Reduktion um CHF 5'000.-- auf 15'000.--. Zudem ist *Konto 36510.15, Chollerhalle*, mit einem Stern zu versehen.

Philip C. Brunner beantragt namens der SVP-Fraktion, bei *Konto 36510.08, Gewürzmühle*, den Budgetbetrag von CHF 10'000.-- zu streichen. Hier wird ein neues Kulturfeld eröffnet, was dazu führt, dass in ein paar Jahren ein wesentlich grösserer Betrag zu leisten ist. Bei *Konto 36510.15, Chollerhalle*, bereitet es der SVP-Fraktion Mühe, dass dieser Betrag bereits im Budget enthalten ist. Dieser sollte mit einem Stern versehen werden.

Ratspräsidentin Isabelle verweist darauf, dass die GPK bereits den Antrag gestellt hat, *Konto 36510.15, Chollerhalle*, mit einem Stern zu versehen.

Abstimmung

über den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion, bei *Konto 36510.08, Gewürzmühle*, den Budgetbetrag von CHF 10'000.-- zu streichen:

Für den Antrag der SVP-Fraktion stimmen 14 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 20 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 14:20 Stimmen den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat.

Manuel Brandenburg spricht zu *Konto 36598, Beiträge an Institutionen und Vereine*, und beantragt eine Kürzung um CHF 50'000.-- von CHF 130'000.-- auf CHF 80'000.--.

Martin Spillmann: Seit 10 Jahren ist ein Fonds für die Steuerausgleichsreserve geäufnet worden. Martin Spillmann hat jedes Mal zugestimmt, damit für die Zeit nach den sieben fetten Jahren etwas auf die Seite gelegt ist. Das heisst nicht, dass man jetzt normal weiterfahren muss. Die GPK hat mit Verstand und in Absprache eine Reduktion dieses Budgets vorgenommen. Ein Teil wird eingespart und ein Teil wird aus den Rückstellungen entnommen. So würde Jedermann zu Hause auch haushalten. Wer während den

guten Jahren einen Batzen auf die Seite gelegt hat, wird in schwereren Zeiten das Skilager des Sohnes auch nicht streichen. Es wird irgendwo etwas gespart, gewisse Dinge werden aber trotzdem gemacht. In diesem Sinne ersucht Martin Spillmann, dieser Profilierungsneurose der Kollegen aus der SVP nicht zuzustimmen.

Stadtrat Hans Christen: Wenn Manuel Brandenburg eine Kürzung von CHF 130'000.-- auf CHF 80'000.-- beantragt, müsste er den Antrag vollkommen stellen. Es müsste nämlich gleichzeitig auf die gleiche Kürzung bei Konto 48000, Entnahme aus Rückstellungen, vorgenommen werden. Ob es richtig ist, die Vereine zu bestrafen, welche sehr viel für die Zuger Gesellschaft machen, ist sehr fraglich.

Manuel Brandenburg lässt sich gerne belehren, denn Buchhaltung ist wirklich nicht seine Stärke, und beantragt, auch bei *Konto 48000, Entnahme aus Rückstellungen*, eine Kürzung von CHF 50'000.-- vorzunehmen. Es geht Manuel Brandenburg nicht nur um Vereine, sondern auch um Institutionen, was ein sehr weiter Begriff ist. Stadtrat Hans Christen soll nicht den Eindruck erwecken, dass die böse SVP den Vereinen in Zug und dem Vereinsleben etwas wegnehmen will. Das ist nicht der Fall, denn dem Stadtrat soll etwas weggenommen werden, damit er weniger verteilen kann.

Stadtpräsident Dolfi Müller nennt als Beispiel vier Vereine, die aus diesem Konto bedient werden, nämlich Jodelclub, Volkstheater, Blasmusik und Männerchor. Zug hat eine vielfältige Kultur, für die der Stadtrat auch einsteht. Stadtpräsident Dolfi Müller möchte selbstverständlich auch nicht beim Jodelclub eine Kürzung vornehmen.

Abstimmung

über den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion, Konto 36598 um CHF 30'000.-- auf CHF 80'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion stimmen 5 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 33 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 5:33 Stimmen den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat.

KST 1700: Einwohnerdienste

Philip C. Brunner spricht zu *Konto 30102, Löhne Nebenämter/Aushilfen*, und beantragt eine Kürzung um CHF 38'000.-- von CHF 40'000.-- auf CHF 2'000.--. Wenn neue Software eingeführt werden soll, handelt es sich um ein Gesamtprojekt. Dass hierfür externe Hilfe nötig ist, wird nicht bestritten. Dafür sind aber nicht Aushilfen im Betrag von CHF 40'000.-- zu budgetieren.

Stadtrat Hans Christen zu *Konto 30102, Löhne Nebenämter/Aushilfen*: Bei der Softwareeinführung handelt es sich um ein kantonales Projekt. Alle Gemeinden erhalten eine neue Software und müssen ihren Anteil an den Kanton bezahlen. Auch wenn die-

se Position bis auf Null gestrichen würde, muss die Rechnung des Kantons trotzdem bezahlt werden.

Abstimmung

über den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion, Konto 30102, Löhne Nebenämter/Aushilfen, von CHF 40'000.-- um CHF 38'000.-- auf CHF 2'000.-- zu kürzen:
Für den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion stimmen 4 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 34 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 4:34 Stimmen den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat.

Stefan Hodel schlägt vor, bei den weiteren Abstimmungen auf die Ermittlung des Gegenmehrts zu verzichten. Wenn das mit den SVP-Anträgen so weitergeht, kann dadurch gut und gerne eine halbe Stunde Zeit eingespart werden.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit diesem Vorschlag stillschweigend einverstanden ist.

2. Finanzdepartement (S. 29 - 39)

KST 2000: Departementssekretariat

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt, *Konto 31898, Dienstleistungen Dritter*, um CHF 30'000.-- auf CHF 30'000.-- zu kürzen.

Manuel Brandenburg beantragt namens der SVP-Fraktion, *Konto 31898, Dienstleistungen Dritter*, in *Sozialinspektor*, umzubenennen. Dieser hier im Rat gefällte Beschluss darf auch so klar und präzise im Budget genannt werden.

Stadtrat Hans Christen: *Konto 31898, Dienstleistungen Dritter*, betrifft nicht nur den Sozialinspektor. Die Betitelung des Kontos 31898 ist zudem im Kontenrahmen so vorgegeben und kann daher nicht expressis verbis umbenannt werden. Über dieses Konto können auch andere Kosten verbucht werden. Um dem Antrag von Manuel Brandenburg gerecht zu werden, müsste ein neues Konto eröffnet werden. Das könnte aber nicht hier im Rahmen der Budgetverhandlung, sondern müsste direkt auf dem Finanzdepartement veranlasst werden.

Manuel Brandenburg ist damit einverstanden, dass ein separates Konto geschaffen wird.

Abstimmung

über den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion für die Schaffung eines separaten Kontos mit der Bezeichnung Sozialinspektor:

Für den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion stimmen 9 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 19 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 9:19 Stimmen den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat.

KST 2100: Finanzamt

Keine Bemerkungen

KST 2110: Zinsen

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt, *Konto 32900, Steuerskonti, Vergütungszinsen*, um CHF 150'000.-- von CHF 1'600'000.-- auf CHF 1'450'000.-- zu kürzen.

KST 2120: Abschreibungen

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt, *Konto 33200, Zusätzliche Abschreibungen*, um CHF 2 Mio. von CHF 3 Mio. auf CHF 1 Mio. zu kürzen.

Philip C. Brunner zu *Konto 33200, Zusätzliche Abschreibungen*: Der Antrag der GPK ist etwas Kosmetik. Philip C. Brunner beantragt daher namens der SVP-Fraktion, auch die noch verbleibende CHF 1 Mio. ebenfalls noch zu streichen, sodass es keine zusätzlichen Abschreibungen mehr gibt. Auch wenn die SVP-Fraktion sich im Klaren ist, dass es sich hier nicht um eigentliche Sparmassnahmen handelt, würden sie zumindest mithelfen, die Kosmetik dieses Budgets zu verbessern.

Abstimmung

über den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion, *Konto 33200, Zusätzliche Abschreibungen*, die nach dem GPK-Antrag verbleibende CHF 1 Mio. ebenfalls noch zu streichen:

Für den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion stimmen 3 Jastimmen.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 3 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehr, den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat.

KST 2130: Steuern

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt, *Konto 31807, Beratungen und Expertisen*, von CHF 18'000.-- um CHF 8'000.-- auf CHF 10'000.-- zu kürzen. Zugleich beantragt sie, *Konto 40006, Nach- und Strafsteuern*, um CHF 100'000.-- auf CHF 400'000.-- zu erhöhen.

KST 2200: Immobilien allgemein

Philip C. Brunner zu *Konto 31807, Beratungen und Expertisen*: Die Erhöhung des diesjährigen Budgets gegenüber dem Jahr 2010 beträgt ganze CHF 50'000.--. Philip C. Brunner beantragt namens der SVP-Fraktion eine Kürzung von CHF 50'000.-- auf CHF 100'000.--. Es braucht keine zusätzlichen Analysen von Verwaltungs- und Finanzvermögen. Einiges liegt bereits vor.

Abstimmung

über den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion, *Konto 31807, Beratungen und Expertisen*, um CHF 50'000.-- auf CHF 100'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion stimmen 4 Jastimmen.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 4 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehr, den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat.

KST 2210: Liegenschaften Finanzvermögen

Keine Bemerkungen

KST 2220: Liegenschaften Verwaltungsvermögen

Keine Bemerkungen

KST 2230: Städtischer Wohnungsbau

Keine Bemerkungen

KST 2250: Schulanlagen

Keine Bemerkungen

KST 2260: Liegenschaften SZA

Keine Bemerkungen

KST 2300: Sportamt

Keine Bemerkungen

KST 2400: Informatik

Keine Bemerkungen

KST 2500: Betriebsamt

Keine Bemerkungen

KST 2600: Übriger Aufwand

Keine Bemerkungen

KST 2800: Stadtentwicklung/Stadtmarketing

Martina Arnold bezieht sich auf *Konto 36523.08, Weihnachtsbeleuchtung*: Jedes Jahr werden Kosten von mehr als CHF 250'000.-- verursacht. Die Bahnhofstrasse in der Stadt Zürich hat eine neue Weihnachtsbeleuchtung für CHF 2,5 Mio. erhalten. Die Kosten werden vollumfänglich zu Lasten von Sponsoren, welche an der Bahnhofstrasse eingemietet sind, bezahlt. Hat der Stadtrat in Zug die Geschäfte ebenfalls schon um eine Beteiligung angefragt?

Stadtrat Hans Christen: Dieser Gang nach Canossa hat der Stadtrat schon zweimal gemacht. Es war aber kein Franken erhältlich. Das war sowohl bei der Anschaffung wie auch bezüglich der Folgekosten der Fall. Die Gewerbetreibenden sind der Meinung, dies sei mit ihren Steuern abgegolten.

KST 2810: Sport

Keine Bemerkungen

KST 2820: Kinder- und Jugendbetreuung

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt, *Konto 36520.12, Verein Zuger Jugendtreffpunkte*, um CHF 196'000.-- von CHF 1'012'000.-- auf CHF 816'000.-- zu streichen.

Manuel Brandenburg spricht zu *Konto 36520.10, Subventionierte Kindertagesstätten*: Im Budget 2011 ist eine Erhöhung von CHF 2,5079 Mio. auf CHF 3'018 Mio. zu erwarten. Gegenüber der Rechnung 2009 ist das sogar eine Erhöhung von ganzen CHF 1 Mio. 500'000.--. Als Begründung wird das neue Finanzierungsmodell sowie der Einkauf von zusätzlichen Betreuungsplätzen angeführt. Sollte es einen GGR-Beschluss geben, der es hier verwehren würde, diese Position markant zu kürzen, wäre er bei der Begründung mit Sicherheit angegeben. Manuel Brandenburg beantragt daher namens der SVP-Fraktion, diese Position auf die Basis von 2009, also von CHF 3,018 auf CHF 2,17 Mio. zu kürzen. Es geht bei diesen subventionierten Kindertagesstätten um die Betreuung durch Nicht-Eltern.

Stadtrat Ivo Romer: Das Konto betrifft das Bildungsdepartement, obwohl es als Beitrags-Kostenstelle immer noch beim Finanzdepartement geführt wird. Das neue Finanzierungsmodell geht weg von der Kostendachfinanzierung hin zum Platzeinkauf. Das Angebot ist nicht nur teurer geworden, sondern es werden auch deutlich mehr Plätze angeboten. Es liegt nun am GGR, darüber zu entscheiden, ob das Angebot der Stadt gut tut oder nicht.

Abstimmung

über den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion, *Konto 36520.10, Subventionierte Kindertagesstätten*, um CHF 845'000.-- auf CHF 2,173 Mio. zu kürzen:
Für den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion stimmen 5 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 5 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehrs, den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Zu *Konto 36598, Beiträge an Institutionen und Vereine*, stellt die GPK fest, dass die Begründung „RadioIndustrie“ falsch ist.

Philip C. Brunner beantragt namens der SVP-Fraktion, *Konto 36520.04, Spielplätze*, den budgetierten Betrag von CHF 64'000.-- um CHF 36'000.-- auf CHF 100'000.-- zu erhöhen, sodass die Massnahmen bei den Spielplätzen vorangetrieben werden können.

Abstimmung

über den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion, *Konto 36520.04, Spielplätze*, von CHF 64'000.-- um CHF 36'000.-- auf CHF 100'000.-- zu erhöhen:
Für den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion stimmen 10 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 22 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 10:22 Stimmen den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat.

Manuel Brandenburg beantragt namens der SVP-Fraktion, bei *Konto 36520.17, Jugendarbeit*, den gesamten Budgetbetrag von CHF 52'000.-- zu streichen. Das ist schlicht unnötig.

Abstimmung

über den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion, *Konto 36520.17, Jugendarbeit*, von CHF 52'000.-- auf Null zu kürzen:
Für den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion stimmen 4 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 4 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehrs, den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat.

KST 2830: Gesundheit und Suchtprävention

Philip C. Brunner beantragt namens der SVP-Fraktion, *Konto 36520.23, Familienhilfe Kanton Zug*, um CHF 32100.-- von CHF 67'900.-- auf CHF 100'000.-- zu erhöhen.

Stadtrat Andreas Bossard: Bei dieser Position handelt es sich um die Übernahme einer Defizitgarantie. Der entsprechende Betrag wurde nicht abgeholt. Es ist auch später für zusätzliche Investitionen ein Betrag gesprochen worden. Es ist durchaus möglich, dass vielleicht wieder mehr benötigt wird. Zurzeit ist aber die Erhöhung auf CHF 100'000.-- nicht notwendig.

Abstimmung

über den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion, *Konto 36520.23, Familienhilfe Kanton Zug*, um CHF 32100.-- von CHF 67'900.-- auf CHF 100'000.-- zu erhöhen:
Für den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion stimmen 5 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 5 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehr, den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat.

KST 2840: Soziale Institutionen

Manuel Brandenburg: *Konto 36520.22, Soziale Integration*, beinhaltet gegenüber der Rechnung 2009 eine Erhöhung von CHF 95'000.-- auf CHF 134'500.--. Manuel Brandenburg beantragt namens der SVP-Fraktion die Reduktion auf Null. Das ist nicht nötig und die SVP-Fraktion kann sich vorstellen, wer bedient wird mit den Geldern dieser Art Integration. Das wollen die SVP-Fraktion und ihre Wähler nicht.

Abstimmung

über den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion, *Konto 36520.22, Soziale Integration*, um CHF 134'500.-- auf Null zu reduzieren:
Für den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion stimmen 5 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 5 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehr, den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat.

KST 2850: Öffentlicher Verkehr

Keine Bemerkungen

KST 2860: Energie und Umwelt

Keine Bemerkungen

KST 2870: Hilfeleistungen

Keine Bemerkungen

3 Bildungsdepartement (S. 40 - 49)

Philip C. Brunner stellt namens der SVP-Fraktion global über das ganze Bildungsdepartement einen Antrag, möchte diesen aber vorgängig wie folgt begründen: Die Bildung wies per 1.1.2008 ein Budget von rund CHF 47 Mio. aus. Gegenüber dem Budget 2011 bedeutet das, dass innert vier Jahren die Kosten im Bildungsdepartement um ganze CH 10 Mio. ansteigen werden, wenn der Voranschlag 2011 so verabschiedet wird. Die SVP-Fraktion beantragt eine globale Kürzung von 5 % von CHF 57'589 Mio. bzw. CHF 2,88 Mio. auf CHF 54,71 Mio. Diese Zahl liegt immer noch höher als das Budget 2010 mit CHF 53,439 Mio. Warum stellt die SVP-Fraktion einen globalen Antrag? Im Bildungsdepartement ist es relativ schwierig, Kürzungen vorzunehmen, da gewisse Automatismen sich gegenseitig hoch schaukeln. Für Personen, die sich nicht professionell mit dem Bildungsdepartement beschäftigen, ist es praktisch unmöglich, an der richtigen Stelle anzusetzen. Dies möchte die SVP-Fraktion dem zuständigen Stadtrat überlassen. Die Zahl des Ertrages soll unverändert belassen werden, weil auch die SVP-Fraktion davon ausgeht, dass es sich hier um eine realistische Einschätzung handelt.

Abstimmung

über den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion, das gesamte Budget 2011 des Bildungsdepartementes von CHF 57,589 Mio. um 5 % bzw. CHF 2,88 Mio. auf CHF 54,71 zu kürzen:

Für den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion stimmen 6 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 6 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehrts, den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat.

KST 3000. Departementssekretariat

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK stellt zu dieser Kostenstelle folgende zwei Anträge:

- *Konto 31001, Drucksachen, Fachliteratur*, sei um CHF 25'000.-- auf CHF 30'000.-- zu kürzen.
- *Konto 36598, Beiträge an Institutionen und Vereine*, sei um CHF 10'000.-- auf CHF 50'000.-- zu kürzen.

KST 3050: Rektorat

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt *Konto 31806, Projekte*, um CHF 3'700.-- auf CHF 50'000.-- zu reduzieren.

KST 3060: Schulinformatik

Keine Bemerkungen

KST 3100: Kindergarten

GPk: Konto 30201 Löhne hauptamtliches Personal/Lehrkräfte richtige Begründung: Erhöhung der Pensen um 2 Stellen

KST 3200: Primarschule

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPk stellt hiezu folgende vier Anträge:

- *Konto 31002, Schulmaterial*, sei von CHF 392'700.-- um CHF 20'700.-- auf CHF 372'000.-- zu kürzen.
- *Konto 31005, Mediothek*, sei von CHF 28'000.-- um CHF 10'000.-- auf CHF 18'000.-- zu kürzen.
- *Konto 31702, Veranstaltungen*, sei von CHF 112'800.-- um CHF 12'800.-- auf CHF 100'000.-- zu kürzen.
- *Konto 46100, Kantonsbeitrag*, sei von CHF 5'768'000.-- um CHF 9'000.-- auf CHF 5'759'000.-- anzupassen.

KST 3300: Tagesschule

Keine Bemerkungen

KST 3400: Kooperative Oberstufe

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPk beantragt, bei *Konto 46100, Kantonsbeitrag*, eine Anpassung von CHF 3'052'600.-- um CHF 65'900.-- auf CHF 3'118'500.-- vorzunehmen.

KST 3520: Psychomotorik

Keine Bemerkungen

KST 3600: Heilpädagogische Schule

Keine Bemerkungen

KST 3700: Freizeitangebote

Keine Bemerkungen

KST 3800: Kind Jugend Familie

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPk beantragt, *Konto 31806, Projekte*, von CHF 190'000.-- um CHF 50'000.-- auf CHF 140'000.-- zu kürzen.

KST 3850: Musikschule

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPk beantragt, *Konto 31001, Drucksachen, Fachliteratur*, von CHF 30'000.-- um CHF 10'000.-- auf CHF 20'000.-- zu kürzen.

KST 3900: Stadt- und Kantonsbibliothek

Keine Bemerkungen

4 Baudepartement

KST 4000: Departementssekretariat

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt, *Konto 31001, Drucksachen, Fachliteratur*, von CHF 25'000.-- um CHF 10'000.-- auf CHF 15'000.-- zu kürzen.

KST 4100: Stadtplanung

Keine Bemerkungen

KST 4200: Hochbau/Städtebau

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK stellt hiezu folgende zwei Anträge:

- *Konto 31807, Beratungen und Expertisen*, sei von CHF 40'000.-- um CHF 30'000.-- auf CHF 10'000.-- zu kürzen.
- *Konto 31847, Öffentlichkeitsarbeit*, sei von CHF 20'000.-- um CHF 10'000.-- auf CHF 10'000.-- zu kürzen.

KST 4300: Baubewilligungen

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt, *Konto 30101, Löhne hauptamtliches Personal*, von CHF 948'000.-- um CHF 20'000.-- auf CHF 928'000.-- zu kürzen.

KST 4400: Verkehrsplanung, Strassen

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt, *Konto 31402, Unterhalt Tiefbauten*, von CHF 3'050'000.-- um CHF 100'000.-- auf CHF 2'950'000.-- zu kürzen.

KST 4500: Anlagen, Plätze, Gewässer

Keine Bemerkungen

KST 4600: Werkhof

Keine Bemerkungen

KST 4800: Stadtentwässerung

Keine Bemerkungen

KST 4900: Fernheizung

Keine Bemerkungen

5 Departement Soziales, Umwelt und Sicherheit (SUS)

Manuel Brandenburg beantragt namens der SVP-Fraktion, den gesamten Aufwand von CHF 26'228'000.-- um CHF 3'101'000.-- auf CHF 23'127'700.-- zu kürzen. Natürlich gibt es teilweise GGR-Beschlüsse. Trotzdem kann diese Kürzung vorgenommen werden, da

auch bei Positionen gespart werden kann, die nicht auf einem GGR-Beschluss beruhen. Es sollte versucht werden, der Vergrößerung des staatlichen Sozialwesens, wie es in den letzten 20 bis 30 Jahren stattgefunden hat und immer noch stattfindet, entgegen zu wirken. Mit der Errichtung von Hochschulen wird aus dem Sozialwesen eine Wissenschaft gemacht. Früher nahm diese Aufgabe ein kaufmännisch gut ausgebildeter Mitarbeiter auf der Gemeindeverwaltung wahr. Heute wird hierfür ein Apparat erstellt. Es gibt eine Hochschule für Sozialarbeit. Alles wird akademisiert. Man will den Leute so glauben machen, dass sie das brauchen und das etwas Wichtiges ist. Das alles trägt nicht zur Verbesserung der Situation derer bei, denen geholfen werden muss. Auch die SVP ist der Ansicht, dass man hilft, wo Not am Mann ist. Man hilft aber nicht, indem der ganze Apparat ausgebaut und so sehr verteuert wird, dass diese Leute beginnen, Arbeit zu suchen. Plötzlich hat man als Sozialangestellter das Gefühl, dass Jemand Hilfe braucht. Wenn die Person es nicht selber merkt, dann wird es ihm gezeigt. Diesen schlechten und ungunen Entwicklungen kann nur entgegen getreten werden, indem das Parlament das Geld gestrichen wird. Der GGR tut dabei noch etwas Gutes.

Stadtrat Andreas Bossard: Die Erhöhung des Budgets beträgt CHF 1,1 Mio. und nicht mehr als CHF 3 Mio., wie Manuel Brandenburg festgestellt hat. In dieser Erhöhung sind verschiedene Positionen enthalten. So haben z.B. die Parkhäuser nichts mit dem Sozialen zu tun. Der Apparat wird absolut nicht ausgebaut. Mit Arbeitsprojekten sollen die Leute zum Arbeiten bewegt werden. Beim Sozialbereich an sich ist zudem eher ein Rückgang festzustellen.

Abstimmung

über den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion, den Departementsaufwand global von CHF 26'228'000.-- um CHF 3'101'000.-- auf die Basis von Budget 2010 von CHF 23'127'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion stimmen 3 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 3 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehr, den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat.

KST 5000: Departementssekretariat

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt, *Konto 31806, Projekte*, von CHF 144'500.-- um CHF 40'000.-- auf CHF 104'500.-- zu kürzen.

KST 5100: Sozialamt

Keine Bemerkungen

KST 5200: Vormundschaftsamt

Keine Bemerkungen

KST 5300: Fachstelle Alter und Gesundheit

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt, *Konto 31001, Drucksachen, Fachliteratur*, von CHF 50'000.-- um CHF 25'000.-- auf CHF 25'000.-- zu kürzen.

KST 5400: Umwelt und Energie

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt, *Konto 31807, Beratungen und Expertisen*, von CHF 60'000.-- um CHF 55'000.-- auf CHF 5'000.-- zu kürzen.

KST 5500: Polizeiamt

Keine Bemerkungen

KST 5600: Parkraumbewirtschaftung

Keine Bemerkungen

KST 5700: Verkehr

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK stellt hierzu folgende drei Anträge:

- *Konto 31302, Signalisation*, sei von CHF 312'000.-- um CHF 32'000.-- auf CHF 280'000.-- zu kürzen.
- *Konto 31401, Unterhalt Hochbauten*, sei von CHF 70'000.-- um CHF 10'000.-- auf CHF 60'000.-- zu kürzen.
- *Konto 31810, Studien und Planungen*, sei von CHF 58'000.-- um CHF 8'000.-- auf CHF 50'000.-- zu kürzen.

KST 5800: Feuerwehr

Keine Bemerkungen

KST 5850: Feuerschau

Keine Bemerkungen

Investitionsrechnung (S. 65 - 72)

1. Präsidialdepartement

Keine Bemerkungen

2. Finanzdepartement

Keine Bemerkungen

3. Bildungsdepartement

Keine Bemerkungen

4. Baudepartement

Stadträtin Andrea Sidler beantragt namens des Stadtrates, *Konto 50100, Objekt Nr. 876, Schmidgasse; Umgestaltung Begegnungszone*, den Stern zu streichen. In Zug sind in den letzten Jahren diverse Strassen analog dem geplanten Ausbau der Schmidgasse saniert und gleichzeitig umgestaltet worden. Einige Beispiele: Rigi-/Gartenstrasse (CHF 1 Mio.), Umbau Metallstrasse Abschnitt Industriestrasse bis City Hotel Garden, Raingässli Abschnitt Neugasse bis Seestrasse. Die Schmidgasse wird analog der Rigi-/Gartenstrasse ausgebaut und anschliessend eine Begegnungszone umsignalisiert. Von den CHF 490'000.-- sind mindestens 75 % der Kosten Aufwendungen für die Sanierung der bestehenden Strasse (neuer Koffer, neuer Belag, neue Strassenentwässerung), was grundsätzlich als gebunden taxiert werden kann. Wieso der Stern ins Budget aufgenommen wurde weiss Stadträtin Andrea Sidler nicht. Geplant war eigentlich die Sanierung bereits im 2010. Die Nachbarschaft wurde angeschrieben, die Submissionen sind getätigt. Baustart wäre Ende Februar/Anfang März 2011. Mit einem Stern würde das Projekt zeitlich hinausgeschoben.

Cornelia Stocker erkundigt sich, ob die oberirdischen Parkplätze belassen bleiben.

Stadtrat Andreas Bossard bestätigt, dass die Parkplätze in der gleichen Anzahl belassen bleiben.

Manfred Pircher erkundigt sich, ob aufgrund der überhitzten Bauwirtschaft das Projekt nicht hinausgeschoben werden kann. Wenn sich die Konjunktur etwas verschlechtert hat, sind diese Arbeiten auch zu anderen Preisen erhältlich. Die Sanierung ist im heutigen Zeitpunkt nicht notwendig. Manfred Pircher sieht daher hier etwas Sparpotenzial. Der Stadtrat will immer alles und schnell renovieren (z.B. Aabachstrasse). Manfred Pircher beantragt, das Projekt zurückzustellen, bis die Konjunktur wieder etwas flächer ist.

Stadträtin Andrea Sidler: Die GPK beantragt einen „Stern“ bei Konto 50100, Objekt 846, Aabachstrasse. Die Umgestaltung der Aabachstrasse ist Teil der Nordstrasse. Hiezu kommt mit Sicherheit eine Vorlage. Die Schmidgasse ist eine Sanierung. Gegen eine Zurückstellung um ein Jahr wehrt sich Stadträtin Andrea Sidler nicht, ersucht aber den GGR, den Stern zu streichen.

Abstimmung

über den Antrag des Stadtrates, den Stern bei *Objekt 876, Schmidgasse*, zu streichen:
Für den Antrag des Stadtrates stimmen 23 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 10 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 23:10 Stimmen den Antrag des Stadtrates gutgeheissen hat.

Abstimmung

über den Antrag von Manfred Pircher, das Projekt aus dem Voranschlag 2011 zu streichen und zurückzustellen:

Für den Antrag von Manfred Pircher stimmen 15 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 16 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 15:16 Stimmen den Antrag von Manfred Pircher abgelehnt hat.

5. Departement SUS

Keine Bemerkungen

Beratung des Beschlussesentwurfes (Seite 13 der Vorlage)

Zu Titel und Ingress wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

Ziff. 1.1:

Philip C. Brunner beantragt namens der SVP-Fraktion, den Steuerfuss von 60 % auf 56 % zu senken. Die Einnahmen der Natürlichen Personen sind mit CHF 108,15 Mio. budgetiert. 1 % entspricht CHF 1,8 Mio. 4 % Reduktion würden eine Einsparung von CHF 7,2 Mio. bedeuten. Das neue Budget würde dann ca. CHF 101 Mio. bei den Natürlichen Personen betragen. Die CHF 82,2 Mio. bei den Juristischen Personen bleiben dadurch unverändert. Aus bürgerlicher Sicht wird die Stadt gezwungen, mit ihren Mitteln noch aushälterischer umzugehen und auf alles Überflüssige zu verzichten. Bereits vor den Wahlen wurde eine Steuerfussreduktion der CVP-Fraktion vom Rat abgelehnt. Gerne hofft nun die SVP-Fraktion auf die Unterstützung der CVP-Fraktion.

Hugo Halter: Selbstverständlich kann die CVP-Fraktion diesem gut gemeinten Antrag nicht folgen. Es soll seriös budgetiert und ein seriöser Finanzplan vorliegen. Dann kann frühestens bei der Rechnungsablage im Frühling 2011 über solche Positionen für die nächste Periode diskutiert werden.

Stadtrat Hans Christen findet den Antrag der SVP-Fraktion nicht sehr gut. Gleichzeitig beauftragt Martin Eisenring die Kantonsräte, sich beim Kanton einzusetzen, um den NFA/ZFA zu reduzieren. Das beisst sich. Wenn dieser Antrag der SVP-Fraktion hier beschlossen wird, wird sich Stadtrat Hans Christen im Kantonsrat sicher nicht für ein solches Anliegen einsetzen können. Anfänglich wurde der Vergleich mit Walchwil genannt. Walchwil hat überhaupt keine Funktionen, sondern nur Steuereinnahmen. Walchwil wurde sogar ein Altersheim geschenkt. Die Stadt Zug baut zurzeit für über CHF 60 Mio. ein Alterszentrum. Ein Steuerfuss von 60 % ist seriös budgetiert und stellt

für die Steuerzahlenden eine verlässliche Grösse dar. Mit dem in der Stadt Zug vorhandenen Angebot und der Infrastruktur darf dieser Steuerfuss als sehr gut bezeichnet werden. Bei einem Steuereinkommen von ca. CHF 100'000.-- würde das CHF 2 - 300.-- ausmachen. Nächstes Jahr ist eine weitere Steuergesetzrevision geplant. Der Steuerzahler interessiert sich zudem nicht dafür, wie hoch die Gemeinde- bzw. die Kantonssteuer ist, sondern ihn interessiert der Gesamtbetrag auf der Rechnung. Stadtrat Hans Christen ersucht daher die anwesenden GGR-Mitglieder eindringlich, den Steuersatz bei 60 % zu belassen. Alles andere ist nicht seriös.

Manfred Pircher bezieht sich auf die Aussage von Stadtrat Hans Christen, wonach Walchwil keine Funktionen habe. Mit dieser Aussage kann im Kantonsrat natürlich kein Krieg gewonnen werden, wenn ZFA und NFA behandelt werden.

Abstimmung

über den Antrag des Stadtrates für einen Steuerfuss von 60% gegenüber dem Antrag der SVP-Fraktion für einen Steuerfuss von 56 %:

Für den Antrag des Stadtrates stimmen 33 Ratsmitglieder, für den Antrag der SVP-Fraktion stimmen 5 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 33:5 Stimmen den Antrag des Stadtrates bzw. einen Steuerfuss von 60 % gutgeheissen hat. Ziff. 1.1 ist so beschlossen.

Zu Ziff. 1.2 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

Ziff. 2:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der Stadtrat den Antrag der GPK übernimmt. Er lautet: Das für das Jahr 2011 aufgestellte Budget wird in der aus der Beratung des Grossen Gemeinderats hervorgegangenen Fassung genehmigt. Ziff. 2 ist so beschlossen.

Zu Ziff. 3 bis 5 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung:

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 34:4 Stimmen dem Antrag des Stadtrates zu.

B e s c h l u s s des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1539
betreffend Budget 2011

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2120 vom 26. Oktober 2010:

1. Die Steuern für das Jahr 2011 werden wie folgt festgesetzt:
 - 1.1 Die Einkommens- und Vermögenssteuern für natürliche Personen sowie die Reingewinn- und Kapitalsteuer für juristische Personen mit 60 % auf der Basis der kantonalen Einheitsansätze.
 - 1.2 Die Hundesteuer mit CHF 100.--. Für Wachhunde auf Bauernhöfen sowie für Rettungs-, Militär-, Blinden-, Therapie- und auf Schweiss geprüfte Hunde kann die Hundesteuer auf Gesuch hin erlassen werden.
2. Das für das Jahr 2011 aufgestellte Budget wird in der aus der Beratung des Grossen Gemeinderats hervorgegangenen Fassung genehmigt.
3. Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses treten auf den 1. Januar 2011 in Kraft. Bezüglich Ziffer 1 dieses Beschlusses bleibt das fakultative Referendum gemäss § 8 der Gemeindeordnung vorbehalten.
4. Dieser Beschluss wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
5. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

7. Chollerhalle: Betriebsbeitrag 2011 bis 2013; Festsetzung

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2122

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2122.1

Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt ist und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

Detailberatung

Urs B. Wyss, Präsident GPK, verweist auf den schriftlichen Bericht. Die GPK befindet sich in einer leichten Abänderungsphase gegenüber dem Stadtrat, indem sie nicht die von ihm beantragten CHF 230'000.--, sondern die runden CHF 200'000.-- jährlich für die kommenden drei Jahre bewilligen möchte. Mit grosser Genugtuung und Freude hat Urs B. Wyss aus der Zeitung entnommen, dass im Ennetsee ein kritisches Forum in Cham einen Vorstoss lanciert hat, welcher die Gemeinde Cham auch zu Gemeindebeiträgen verpflichten sollte. Das ist eine flotte Haltung und wird verdankt. Möchte doch Ähnliches auch in anderen Gemeinden passieren. Denn das ist die Krux: Hier ist nun ausnahmsweise einmal nicht der Stadtrat in der Rolle desjenigen, der als Bittsteller zu den Gemeinden gehen muss, sondern es ist die IG Kultur als Trägerin der Chollerhalle. Sie hat diese Aufgabe schlicht und einfach zu wenig erfüllt, nicht genügend wahrgenommen. Die unternehmerischen Aufgaben umfassen unter anderem auch ein sauberes Controlling. Auch diese Aufgabe wurde von der IG Kultur zu wenig wahrgenommen. Deshalb beantragt die GPK einen auf CHF 200'000.-- gekürzten Betrag. Das mag es nach ihrem Dafürhalten leiden, mehr nicht.

Hugo Halter: Die CVP-Fraktion diskutierte dieses Geschäft frühzeitig, sehr intensiv und im Rahmen der Fraktionssitzung auch mit Herrn Balmer, dem Vereinspräsidenten. Positiv und erwähnenswert sind hier die beachtlichen Bemühungen und das zum Teil ehrenamtliche Engagement verschiedener verantwortlicher Personen. Ebenso positiv sind die Bemühungen im Rahmen der Erfolgrechnung, die per 31.12.2010 - gemäss Vorhersage und Information anlässlich der Fraktionssitzung - nicht zu dramatisch aussehen. Wahrscheinlich will niemand, dass die Chollerhalle "untergeht". Gefragt sind aber optimiertere Zusammenarbeitsformen. Auch hier scheinen mehr oder weniger konkrete Ideen vorhanden zu sein. Gerade aus diesen Überlegungen, aber auch mit Blick auf den Hinweis des GPK-Präsidenten, aber auch als Fingerzeig an die verschiedenen Kulturrichtungen, an den Stadtrat und besonders mit Blick auf das Budget 2011 muss und will man konsequent und transparent sein. Aus diesem Grund sagt die CVP Fraktion Ja zur

Kultur und zur Chollerhalle. Sie unterstützt deshalb den Antrag der GPK, die nachvollziehbar und logisch begründet eine Erhöhung um CHF 40'000.-- auf neu CHF 200'000.-- vorschlägt.

Marcel Uhr: Die FDP-Fraktion kann zum grössten Teil der Argumentation der GPK folgen. In der Fraktionssitzung wurde aber intensiv über die Höhe des Beitrages diskutiert und dies vor allem auch im Hinblick auf das Budget 2011. Rote Zahlen soll man bekämpfen, bevor sie dunkelrot werden, und hier muss der Rat auch bei den gebundenen Ausgaben genauer hinschauen. Marcel Uhr verweist diesbezüglich auch auf das Votum von Barbara Hotz, welche dies bereits ausführlich beleuchtet hat. Entsprechend ist es für die Fraktion FDP angezeigt, den ersten Schritt zu tun und konkret hier bei der Chollerhalle anzusetzen. Die Fraktionsmehrheit beantragt, einen jährlich wiederkehrenden Beitrag von CHF 180'000.-- befristet bis 2013 zu bewilligen. Eine Erhöhung um CHF 20'000.- muss genügen. Dies vor allem auch im Hinblick darauf, dass die Chollerhalle eine quasi kantonale Einrichtung ist, viele Beiträge von anderen Gemeinden vermisst werden die FDP-Fraktion sich mit einem Budget mit roten Zahlen ausser Stande sieht, hier einen Löwenanteil an die Finanzierung beizusteuern. Die FDP-Fraktion wird auch die weitere Entwicklung der Chollerhalle sehr genau beobachten und entsprechende Massnahmen vorbehalten, wenn das vorgestellte Konzept nicht funktioniert. Die Mehrheit der FDP-Fraktion beantragt somit, den jährlich wiederkehrenden Beitrag an die IG Kultur als Trägerin der Chollerhalle auf CHF 180'000.-- befristet bis 2013 zu erhöhen.

Astrid Estermann war vom Votum von Urs B. Wyss bezüglich des Vorstosses der Alternativen-Fraktion Cham sehr erfreut. Das hört man selten von einem CVP-Mitglied und erst noch GPK-Präsidenten. Die Fraktion Alternative-CSP hat die Vorlage ebenfalls eingehend diskutiert und steht hinter dem Angebot der Chollerhalle. Sie sieht, dass deren Leistung sinnvoll ist im ganzen Kulturpaket, welches die Stadt Zug zu bieten hat, und zwar von der Industrie 45 für eher 12- bis 20-jährige Jugendliche, der Galvanik für die 18- bis 25-Jährigen, dem Casino für die eher etablierte Kultur, dem Burgbach-Theater für eher Nischen sowie die Chollerhalle für das Publikum für die 30- bis 45-Jährigen. Die Fraktion Alternative-CSP unterstützt den Antrag des Stadtrates für einen Beitrag von CHF 230'000.--. Zum Bericht des GPK-Präsidenten kann sich Astrid Estermann eine Bemerkung nicht ganz verkneifen. Sie fand es etwas komisch, dass darüber frohlockt wurde, dass der Kanton vergessen hatte, seine Erhöhung mit derjenigen der Stadt Zug zu verbinden. Bisher wurde schliesslich jeweils darüber gemotzt, dass der Kanton seine Beiträge immer mit denjenigen der Stadt in Verbindung setzte. Jetzt unterlässt das der Kanton einmal, und nun wird frohlockt. Das ist etwas schade, auch wenn man trotzdem natürlich entscheiden kann, den Betrag bei CHF 200'000.-- zu belassen. Die Vorlage war sehr gut dokumentiert. Etwas komisch war aber, dass die Löhne mit Namensnennung veröffentlicht werden. In Zukunft darf das nicht mehr geschehen. Lohntransparenz in Ehren, aber das geht zu weit. Die Angaben zu den Besucherzahlen waren zwar interessant, aber Internetbestellungen werden vermutlich eher durch auswärtige Personen erfolgen. Es ist gut vorstellbar, dass die restlichen 2/3 eher aus dem Kanton Zug als von

weiter her stammen. Die Optimierung und Zusammenarbeit, welche zwischen Chollerhalle und Galvanik angestrebt wird, begrüsst auch die Fraktion Alternative-CSP und ersucht, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen.

Urs Bertschi: Der jüngste Spross der Zuger Kultur-Szene hat offenbar auch nach 5 Jahren noch nicht sicher laufen gelernt. Dies obwohl die Chollerhalle die Zuger Kulturbühne vor rund 5 Jahren vielleicht etwas zu euphorisch betrat und die neue Einrichtung nicht zuletzt auch von den bürgerlichen Parteien mit viel Vorschusslorbeeren bedacht worden war. Das hoch gelobte, auf viel privatem Unternehmergeist basierende Kulturmodell, welches bei jeder Gelegenheit gar als Vorzeigemodell gegenüber der Galvanik und ähnlichen städtischen Einrichtungen gepredigt wurde, scheint heute nicht mehr ohne Makel dazustehen. Dieser Eindruck entsteht zumindest, wenn man den Bericht der bürgerlich dominierten GPK liest. Bei näherem Hinsehen kommt aber auch die SP-Fraktion nicht umhin, Kritik an der Geschäftsführung und der künstlerischen Leitung zu üben. Es ist den Verantwortlichen bis heute offenbar nicht gelungen, den idealen Kulturcocktail zu mixen, der der Chollerhalle entspricht, der ein treues Zielpublikum anzusprechen bzw. anzuziehen vermag. Wer heute aber ausschliesslich den künstlerischen Leiter ins Visier nehmen will, der verkennt, dass es auch noch eine Geschäftsleitung gab und gibt, die für den ganzen Betrieb die Oberleitung und dem entsprechend eben auch die Gesamtverantwortung innehatte und künftig innehaben wird. Immerhin lässt sich vernehmen, dass die Zeiten der IG Kultur als Trägerschaft nun aber vorbei sein sollen. Mit einer neuen Organisation sollen der Chollerhalle neuer Geist und neue Aktivitäten eingehaucht werden. Insbesondere soll auch die Zusammenarbeit mit der Galvanik intensiviert und auch nach Synergien gesucht werden. Diesen Ansatz begrüsst die SP-Fraktion. Denn a la longue muss die Chollerhalle wohl oder übel die unternehmerische Verantwortung für ihren Kulturbetrieb übernehmen können und übernehmen müssen. Ob dazu allein der Hinweis auf die zwar löbliche Unterstützung der lokalen Kulturszene mit ungedecktem Mehraufwand von rund CHF 78'000 zur Rechtfertigung eines grundsätzlich ungenügenden Kostendeckungsgrades und wohl auch unbefriedigender Besucherzahlen genügt, wagt die SP-Fraktion ernsthaft zu bezweifeln. Dies bedeutet für die SP-Fraktion jedoch nicht, dass man heute das Kind mit dem Bade ausschütten sollte. Vielmehr verdient die Chollerhalle als wichtiges und auch förderungswürdiges Standbein der Zuger Kulturszene eine zweite Chance. Insofern will die SP-Fraktion die letzten 5 Jahre quasi als Probezeit verstanden wissen, wo man erste Gehversuche unternahm, wo man noch nicht recht wusste, wo man hin will. Dies alles soll sich ja nun ändern, weshalb die SP-Fraktion den Antrag des Stadtrats grösstenteils unterstützt, die Chollerhalle mit einem neuen Rahmenkredit von CHF 230'000.-- auszustatten. Der Gegenantrag der GPK zeugt von Kleingeist und Kleinlichkeit und will vor dem Hintergrund der unbestritten übermässigen ZFA-Belastung einmal mehr die Falschen bestrafen. Bereits beim Verein ZIT hat die SP-Fraktion - zwar vergeblich - für eine Aufstockung des Unterstützungsbeitrags plädiert. Die SP-Fraktion tut dies heute einmal mehr, heute allerdings unter etwas anderen Vorzeichen, indem auch sie von der Chollerhalle eine klar professionellere Aufgabenerfüllung verlangt. Denn die rosarot gefärbten Prognosen im stadträtlichen Bericht, wonach das Jahr 2010 und insbesondere

die Besucherzahlen stetig ansteigen würden, erachtet die SP-Fraktion als zu wenig aussagekräftig, um hier für das künftige Wohlergehen der Chollerhalle etwas ableiten zu können. Zudem sei deutlich darauf hingewiesen, dass die Personennennungen im stadträtlichen Bericht bzw. in der Beilage 6 bei der SP-Fraktion zu einigermaßen grossen Irritationen geführt haben. Wie kommen solche Dokumente in eine stadträtliche Vorlage und vermögen sämtliche Kontrollhürden zu nehmen, ohne dass hier je jemand auf die klare Verletzung des Datenschutzes hingewiesen hätte. Zusammenfassend hält Urs Bertschi fest, dass die SP-Fraktion grösstmehrheitlich grundsätzlich der Kultur das Wort redet und damit auch den Rahmenkredit an die Trägerschaft der Chollerhalle für den Betrieb der Halle auf CHF 230'000.-- zu erhöhen bereit ist. Dies nicht zuletzt deshalb, weil auch der Kanton bedingungslos denselben Betrag gesprochen hat und auch andere Gemeinden eine Unterstützung für die Chollerhalle zugesagt haben. Der bald neu auferstehende Kultur-Cluster Galvanik/Chollerhalle verdient diese Unterstützung.

Philip C. Brunner möchte zuerst eine Offenlegung vornehmen: Philip C. Brunner hat als Privatperson bzw. mit seinem Unternehmen die Chollerhalle in den letzten drei Jahren unterstützt. Es wurde mit der Chollerhalle ein Vertrag abgeschlossen. Ebenfalls ist Philip C. Brunner Mitglied der Gönnervereinigung. Die GPK hatte mit dieser Situation kein Problem, sodass Philip C. Brunner hier frei sprechen kann. Zu Beilage 6 teilt auch die SVP-Fraktion die gleiche Meinung wie die Fraktionen der SP und Alternativen-CSP. Philip C. Brunner hat dem Stadtschreiber und dem Stadtpräsidenten nach Erhalt der Unterlagen sofort mit einem Mail darauf aufmerksam gemacht. Zu diesem Zeitpunkt waren die Unterlagen noch nicht im Internet aufgeschaltet. Davon wurde aber abgesehen. Es hätte ganz andere Unterlagen gebraucht. So hätten von der Choller AG als Besitzerin und Vermieterin der Halle Unterlagen vorgelegt werden müssen. Diese Meinung stiess in der GPK auf Unverständnis. Es wurde darauf verwiesen, dass es sich hier um Investoren handle, die ihre Rendite erwirtschaften müssen. Wenn Philip C. Brunner irgendwo investiert, geht er ein Risiko ein. Offenbar war man wirklich etwas naiv. Personen mit grosser Begeisterung haben sich hier eingesetzt, was grundsätzlich gut ist. Wenn Philip C. Brunner für seine Oldtimersammlung irgendwo eine Halle bauen will und für die Besichtigung dieser Kulturobjekte Eintrittsgeld verlangt, zudem noch von der Stadt einen à fonds-perdu-Beitrag von CHF 300'000.-- und vom Kanton zusätzlich noch grosszügig Geld erhält, sich aber nach dem erfolgten Start Schwierigkeiten zeigen, nun die Stadt erstmals CHF 120'000.-- bezahlt, wenn es dann immer noch nicht läuft, den Betrag auf CHF 160'000.-- erhöht, der Kanton in wilder Not aus dem Sporttoto-Fonds Gelder leistet, usw. usw. So geht das nicht! Da muss jemand das Risiko übernehmen. Die SVP-Fraktion lehnt alle Beiträge ab, sowohl die vom Stadtrat beantragten CHF 230'000.-- als auch die von der GPK beantragten CHF 200'000.--. Die SVP-Fraktion hat absolut kein Verbarmen und ist überhaupt nicht der Meinung des Stadtrates, dass es hier einen Cluster braucht und Koordinatoren zwischen Chollerhalle und Galvanik angestellt werden sollten. Es ist ganz klar: ein bisschen mehr Kommerz, eine gute Unternehmensführung und dann geht es relativ schnell mit den Zahlen nach oben. Die SVP-Fraktion beantragt also, keinen Beitrag zu sprechen. Da anzunehmen ist, dass die SVP-Fraktion mit diesem Antrag im Rat nicht auf grosse Unterstützung stossen wird, unter-

stützt sie im zweiten Gang die tiefste sonst noch zur Diskussion stehende Zahl, damit hier wenigstens etwas gespart werden kann. Wenn die Linken in Cham von den CHF 18 Mio. NFA-Beitrag etwas wieder in die Stadt Zug zurückgeben, ist das ja wunderbar, aber grundsätzlich fliessen ja damit wieder städtische Mittel zurück.

Stadtpräsident Dolfi Müller: Dass die Namen in die Beilage aufgeführt wurden, war ein klarer Fehler, wofür Stadtpräsident Dolfi Müller die Verantwortung übernimmt. Er entschuldigt sich dafür, das sollte nicht passieren. Philip C. Brunner hat etwas Gutes gesagt, wenn er für eine Firma sprechen würde, die auf dem privaten Markt tätig ist. Die Chollerhalle hat nur dann Anspruch auf Beiträge der öffentlichen Hand, wenn sie in die Nische geht bzw. Personen und junge Künstler auftreten lässt, welche aus der Region stammen. Daher erfolgt eine Rückkehr zum früheren Konzept. Es trifft zu, dass während vier Monaten ein eigentlicher Höhenflug stattfand. Man wollte irgendwie aus den immer leichten Minuszahlen herauskommen. Es erfolgte aber eine Bruchlandung. Das Controlling hat aber die Situation wieder voll im Griff. Jetzt wird mit der neuen Strategie und dem 3-Säulen-Prinzip in die Konsolidierungsphase gestartet. Die Vermietung der Lokale an jüngere Künstler, was ein grosses Bedürfnis ist, kann nicht zum Marktpreis erfolgen. Auch hierfür gibt es die zusätzlichen Gelder. Im Zusammenhang mit den Gemeindebeiträgen ist auf das berühmte Vierer-Kleeblatt (Burg, Kunsthaus, Galvanik und Chollerhalle) verwiesen. Die Gemeindepräsidenten haben sie ganz klar als unterstützungswürdig eingestuft. Es braucht also nicht mal Vorstösse, wie sie nun in Cham erfolgten. Die Gemeinden sind hier in der Pflicht. Natürlich kann der Kanton Gelder aus dem Lotteriefonds zur Verfügung stellen. Der Kanton hat aber bei der Galvanik nachgezogen. Es ist sehr positiv, wenn der Rat den Stadtrat beim Thema Finanzausgleich unterstützt. Das hat er nun getan, indem er den Steuerfuss bei 60 % belassen hat. Es kann aber nicht sein, dass irgendwelche Personen bestraft werden, weil die Stadt Zug mit dem Finanzausgleich noch nicht die richtige Lösung hat. Der Adressat ist hierfür einzig der Regierungsrat. Es können dafür weder Radio, noch Chollerhalle noch der Sport bestraft werden.

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Zu Titel und Ingress wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen:

Ziff. 1:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart wird nun über die vier zur Diskussion stehenden Anträge eine Variantenabstimmung durchführen. Das absolute Mehr liegt bei 20 Stimmen.

1. Abstimmung

- Der Antrag des Stadtrates für CHF 230'000.-- erhält 13 Stimmen.
- Der Antrag der GPK für CHF 200'000.-- erhält 10 Stimmen

- Der Antrag der FDP-Fraktion für CHF 180'000.-- erhält 8 Stimmen
- Der Antrag der SVP-Fraktion für keinen Beitrag erhält 6 Stimmen.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass nun die beiden Anträge der FDP- und SVP-Fraktion, die am wenigsten Stimmen erhalten haben, einander in einer Negativ-Abstimmung gegenüber gestellt werden.

Negativ-Abstimmung

- Der Antrag der FDP-Fraktion für CHF 180'000.-- erhält 20 Stimmen
- Der Antrag der SVP-Fraktion für keinen Beitrag erhält 16 Stimmen.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 20 Stimmen beschlossen hat, den Antrag der FDP-Fraktion für CHF 180'000.-- nicht weiter zu verfolgen. Der Antrag der SVP-Fraktion erhält 16 Stimmen und bleibt somit in der Entscheidung.

2. Abstimmung

- Der Antrag des Stadtrates für CHF 230'000.-- erhält 14 Stimmen
- Der Antrag der GPK für CHF 200'000.-- erhält 15 Stimmen
- Der Antrag der SVP-Fraktion für keinen Beitrag erhält 8 Stimmen.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass die Anträge des Stadtrates und der SVP-Fraktion am wenigsten Stimmen erhalten haben und somit in einer Negativ-Abstimmung einander gegenüber gestellt werden.

Negativ-Abstimmung

- Der Antrag des Stadtrates für CHF 230'000.-- erhält 21 Stimmen
- Der Antrag der SVP-Fraktion für keinen Beitrag erhält 16 Stimmen.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der Antrag des Stadtrates in der Negativ-Abstimmung 21 Stimmen erhält und somit aus der Entscheidung fällt. Der Antrag der SVP-Fraktion wird nun noch in einer 3. Abstimmung dem Antrag der GPK gegenüber gestellt.

3. Abstimmung

Für den Antrag der GPK für CHF 200'000.-- stimmen 28 Ratsmitglieder. Damit ist das absolute Mehr erreicht. Über den SVP-Antrag muss daher nicht mehr abgestimmt werden.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der Antrag der GPK mit 28 Stimmen gutgeheissen ist. Ziff. 1 gilt somit gemäss Antrag der GPK als beschlossen.

Zu Ziff. 2 - 5 erfolgen keine Wortmeldungen.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung:

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 33:5 Stimmen dem Antrag des Stadtrates zu.

Manuel Brandenburg beantragt das Behördenreferendum.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass für das Behördenreferendum die Stimmen von mindestens 14 Ratsmitgliedern erforderlich sind.

Abstimmung

über den Antrag von Manuel Brandenburg für die Ergreifung des Behördenreferendums:

Für das Behördenreferendum stimmen 6 Ratsmitglieder.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass mit 6 Jastimmen das notwendige Quorum von 14 Jastimmen nicht erreicht und somit das Behördenreferendum nicht zustande gekommen ist.

B e s c h l u s s des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1540
betreffend Chollerhalle: Betriebsbeitrag 2011 bis 2013; Festsetzung

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2122 vom 26. Oktober 2010

1. Der jährliche Beitrag an die Trägerschaft der Chollerhalle für den Betrieb der Chollerhalle wird von CHF 160'000.-- um CHF 40'000.-- erhöht und neu auf CHF 200'000.-- festgesetzt. Der Betrag wird jeweils in den Voranschlag der Laufenden Rechnung, Konto 36510.15/1600, Chollerhalle, aufgenommen.
2. Der Beitrag wird befristet auf den Zeitraum 2011 bis 2013 und muss dannzumal neu verhandelt werden.
3. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum gemäss § 8 der Gemeindeordnung der Stadt Zug. Er tritt sofort in Kraft.
4. Er wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
5. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

8. Verein RadioIndustrie: Jährlich wiederkehrender Beitrag 2011 - 2013: Kreditbegehren

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2115

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2115.1

Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt wird und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

Detailberatung

Vroni Straub: Der Verein RadioIndustrie verdient die Unterstützung des Rates. Wer hat den Jahresbericht 2009 gelesen? Aus dieser Lektüre, aber auch aus der stadträtlichen Vorlage geht klar hervor, RadioIndustrie ist mehr als nur ein Medium. RadioIndustrie ist bei weitem nicht nur eine Konsumationsmaschine, sondern ein Ausbildungsradio. RadioIndustrie vereint mehrere Aspekte in sich, es bildet einerseits, informiert und unterhält. Über 80 Jugendliche sind in der Zwischenzeit in irgendeiner Form bei RadioIndustrie involviert und die derzeitigen Anfragen für Praktika übersteigen die personellen Ressourcen bei weitem. Für ihre Weiterentwicklung benötigt der Verein RadioIndustrie nun zusätzliche Gelder. Ehrenamtliche Sendermacher und Sendermacherinnen, Moderatoren und Moderatorinnen verursachen einen grösseren Arbeitsaufwand, es braucht eine professionelle Programmleitung. Verschiedene Schulen oder ähnliche Institutionen fragen RadioIndustrie für Projekte an, diese Herausforderungen benötigen Ressourcen. Wahrlich, hier wird etwas Gutes unterstützt. Dies zeigt auch dieses Zitat, gelesen in einem Zwischenbericht der Kantonsschule zum Radioprojekt: „Dieses Projekt wurde vorerst einmal als Pilotprojekt gestartet. Die Begeisterung von allen Beteiligten ist aber so gross, dass bereits jetzt schon über weitere Möglichkeiten diskutiert wird. Wir Lehrpersonen aus dem Fachbereich Medienunterricht schätzen diese Zusammenarbeit und die Möglichkeiten des Senders Radio Industrie sehr und danken ganz herzlich für dieses grossartige Angebot und für die professionelle Unterstützung der Radioleute. Charlie Lutz, Fachlehrperson für Medienunterricht.“ Live in den Aether! Radio ist unbestritten ein sehr innovatives Medium mit dem die Kinder und auch die jungen Erwachsenen sehr gerne arbeiten. Es ist ein Sprachrohr, ihnen wird durch das Radio eine Stimme gegeben. Sie lernen ihre Interessen zu formulieren und können sie der Öffentlichkeit zugänglich machen, auch wenn gar nicht so viele zuhörenBeim Verein RadioIndustrie können technische und inhaltliche Medienkompetenzen erworben werden und wer weiss, vielleicht wird eines Tages sogar das eine oder andere Talent entdeckt!

Philip C. Brunner: Das war alles sehr nett und hat sich alles sehr gut angehört. Philip C. Brunner gönnt es jedem, der Radio machen will. Aber bitte nicht auf Staatskosten. Es ist nicht Aufgabe dieser Stadt, Radio zu machen. Es gibt jetzt schon ein Problem, nämlich „SRG“. Auch hier macht der Staat mit, der Staat informiert. Auch da findet ein Missbrauch statt, gewisse Kreise haben Zugang, andere werden ausgeladen. Philip C. Brunner glaubt nicht, dass sich die Stadt Zug hier noch einsetzen muss. Wie aus den Unterlagen ersichtlich ist, haben auch diverse private Finanz- und Sponsoringpartner, Göhner-Stiftung, Risi AG usw. das unterstützt. Die SVP-Fraktion ist nicht grundsätzlich gegen diese Aktivität, sieht aber nicht ein, dass sich die Stadt hier noch etwas aufhalsen soll im Betrag von CHF 60'000.-- jährlich. Die SVP-Fraktion lehnt das Ansinnen des Stadtrates ab. Die SVP-Fraktion unterstützt an sich den GPK-Bericht, ist aber sehr erstaunt, dass die GPK mit diesen absolut richtigen Argumenten schlussendlich mit 4:3 Stimmen das Eintreten auf die Vorlage und deren Zustimmung empfiehlt. Die SVP-Fraktion kann zwar diese Argumente durchaus auch nachvollziehen, kommt aber zum Schluss, dass dieses Ansinnen abzulehnen ist.

Cornelia Stocker: Der Artikel der Neuen Zuger Zeitung veranschaulicht es recht deutlich, dass der Verein RadioIndustrie bei der Stadt eigentlich an der falschen Adresse ist und an den falschen Bittsteller gelangt ist. Vroni Straub hat es gesagt: RadioIndustrie macht Ausbildungsradio. Bildung ausserhalb der obligatorischen Volksschule - und es geht hier nicht um die 10- bis 13-Jährigen - ist ganz klar eine kantonale Aufgabe. Hier geht es um ein Ausbildungs- und Freizeitangebot, welches in erster Linie von Kantischülern beansprucht wird. Grundsätzlich findet auch die FDP-Fraktion die Idee eine gute Sache, ist aber der einhelligen Auffassung, dass der Aufgabenteilung Stadt - Kanton Rechnung getragen werden muss. Wird diesem Begehren heute stattgegeben, werden die Bemühungen für eine gerechte Aufteilung der Zentrumslasten noch mehr negiert oder gar belächelt. Es handelt sich hier unter dem Titel der Bildung und Ausbildung um eine klassische kantonale Aufgabe. Die FDP-Fraktion sagt Ja zu RadioIndustrie, aber Nein zur Finanzierung. Da es natürlich nicht ganz egal ist, wie der Kanton seine Steuergelder einsetzt, möchte Cornelia Stocker aber nicht verhehlen, dass einige der FDP-Fraktionsmitglieder die Hörerzahlen im Verhältnis zu den geforderten öffentlichen Gelder als sehr bescheiden einstufen.

Karin Hägi: 2007 als Jubiläumsprogramm gestartet, wird RadioIndustrie heute von ganzen Schulklassen und einzelnen Jugendlichen als Übungsplatz für das Medium Radio genutzt. Erste Erfahrungen als Journalist und Redakteurin können so gemacht werden. Dass da eine möglichst grosse Anzahl Radiohörende nicht das Hauptziel ist, liegt aus der Hand. Die SP-Fraktion erachtet es auch als viel wichtiger, dass das selbsternannte Ausbildungsradio diesem Aspekt gerecht wird. Die grosse Nachfrage von verschiedenen Schulen und dem Brückenangebot geben diesem Aspekt Recht. Die erhebliche Anzahl ehrenamtlicher Stunden zeigt auch den grossen Einsatz aller involvierten Personen. Mit den Beitrag der Stadt Zug wird die qualitativ gute Betreuung von PraktikantInnen und die interne Aus- und Weiterbildung für die kommenden drei Jahre ermöglicht. Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag des Stadtrates zu.

Martin Eisenring: Grundsätzlich findet die CVP-Fraktion die Idee des RadioIndustrie sehr gut und hat auch das grosse Engagement für dieses Projekt gespürt. Allerdings ist ein Teil der CVP-Fraktion klar der Meinung dass die Ausgaben im Rahmen von Radioindustrie abgelehnt werden müssen. Der Betrieb eines Radiosenders ist nicht eine kommunale Aufgabe. Wie in der vorangehenden Budgetdebatte festgehalten wurde, ist man gezwungen, gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern Rechenschaft abzulegen und Aufgaben, die nicht zwingend notwendig sind, zu streichen. Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass es sich bei den Ausgaben im Rahmen für Radioindustrie nicht um eine zwingend notwendige Aufgabe handelt, sondern um Nice to have oder Ausbildung, was nicht auf die kommunale Rechnung gehört. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass es sich bei Radioindustrie um ein Jubiläumsprojekt für 25 Jahre i 45 handelte. Es darf nun nicht jede Jubiläumsausgabe stillschweigend zu einer langfristigen Verpflichtung für die Stadt Zug wird. Es sei auch daran erinnert, dass die Stadt Zug eine Vielzahl von kulturellen und sportlichen Vereinen beheimatet, die sich ebenfalls sehr engagiert für eine kreative Freizeitgestaltung einsetzen, aber nie mit solch grossen Beiträgen rechnen können, wie hier jetzt von RadioIndustrie gefordert werden (z.B. Pfadfinder und viele andere Vereine). Die CVP Fraktion hat es sich mit ihrer Entscheidung betreffend Radio Industrie nicht leicht getan, da die Sympathien für RadioIndustrie eindeutig auch vorhanden sind. Sie anerkennt auch den Wert der Ausbildung, den Radioindustrie vermittelt. Begrüsst wird auch, dass RadioIndustrie beim Sportfonds und verschiedenen anderen Institutionen Mittel generierte. Die CVP-Fraktion sieht das als Zeichen ihres Engagements, geht aber auch davon aus, dass RadioIndustrie diese schwierige Situation, allenfalls von der Stadt keinen Beitrag zu erhalten, meistern und in anderem etwas bescheidenerem Rahmen auf dem Äther bleiben kann. Gerade auch im Hinblick auf die Zitate in den Zeitungen wäre es hilfreich, mit der Kantonsschule bzw. dem Kanton das Gespräch zu suchen. Es kann nicht sein, dass die Kantonsschule profitiert, jedoch die Kosten dafür nicht übernimmt. Viel Geld fliesst von der Stadtkasse an den Kanton und an die andern Gemeinden. Die Stadt Zug muss nun irgendwann auch einmal darauf schauen, dass sie sich nicht immer mehr aufbürgt. Martin Eisenring ersucht daher, dem Beitragsgesuch nicht nachzukommen und keine Zahlung zu leisten.

Martina Arnold möchte in ihrem allerletzten Votum noch ein gutes Wort einlegen für das Weiterbestehen des jungen Vereins RadioIndustrie und den Rat bitten, dem Antrag des Stadtrates und der GPK-Mehrheit zu folgen. Alle haben die ausführlich dokumentierte Vorlage samt reichhaltigen informativen Beilagen über das weitere Vereiskonzept erhalten und hoffentlich auch gelesen! Zudem bestand ja dreimal die Gelegenheit, die Räumlichkeiten der RadioIndustrie zu besichtigen und sich vor Ort vom Geschäftsführer Markus Elmiger und dessen Mitarbeiter über die verschiedenen Vereinstätigkeiten informieren zu lassen. Leider sind dieser Einladung nicht viele GGR-Mitglieder gefolgt, schade! Persönlich war Martina Arnold von diesem Besuch beeindruckt. Nicht nur vom renovierten Produktionsraum, der Schnittplätze für bis zu acht Personen anbietet, sondern vor allem vom grossen Engagement und freiwilligen Einsatz der Leiter, Redaktoren und Praktikantenbetreuer und von der Begeisterung und vom Lerneifer der Prak-

tikanten und Sendemachern. Dieser Verein bietet Jugendlichen von 16-26 Jahren eine sinnvolle ausserschulische Tätigkeit. Das Interesse an diesem Radiomachen ist stetig am Steigen. Immer mehr Schulen (Kanti, Brückenangebot, Sekundarschule und PHZ) melden sich bei RadioIndustrie. Es ist zu hoffen, dass der Verein bald Leistungsvereinbarungen mit den betroffenen Schulen abschliesst und diese einen finanziellen Beitrag an den Verein leisten. Eigentlich ist es doch erfreulich, dass die heutige Generation an einem Jugendradiomachen interessiert ist. Allgemein wird das Medium Radio von den neueren Medien Fernsehen, Computer und Internet zusehends verdrängt. Also darf man den jungen Radiosender nach der erfolgreichen Aufbauarbeit nicht sterben lassen. Martina Arnold appelliert an ihre Ratskolleginnen und -kollegen, sich vor Weihnachten etwas grosszügig zu zeigen und den vorgesehenen städtischen Beitrag zu sprechen. Der Verein RadioIndustrie ist darauf angewiesen.

Simone Gschwind möchte zur Rettung von RadioIndustrie etwas beitragen und stellt den folgenden Eventualantrag: Falls der Antrag des Stadtrates abgelehnt wird, sollte wenigstens für ein Jahr genügend Geld gesprochen werden, damit genug Zeit bleibt, um den Übergang zu planen und genügend Sponsoren zu finden.

Stadtrat Ivo Romer nimmt zu den verschiedenen Voten kurz Stellung:

- Zu Gemeinderat Philip C. Brunner: Der Vergleich mit dem Schweizer Fernsehen und Radio DRS kann wirklich nicht Ernst gemeint zu sein. Das ist wirklich nicht geeignet, um als ernsthafte Kritik im Rahmen der Willensbildung hier anzumerken.
- Zu Gemeinderätin Cornelia Stocker: Die Zentrumslastendiskussionen werden auch in Zukunft stattfinden. Trotzdem soll das auch unter diesem Aspekt betrachtet werden. Der Hinweis, wer für die Bildung zuständig ist, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Es stellt sich aber auch die Frage, wie man mit solchen Themen auch zukünftig umgeht.
- Zu Gemeinderätin Karin Hägi: Auch Stadtrat Ivo Romer plädiert dahin, das Radio weniger als Ausbildungsort als Medienerfahrungsort und für die Jugendlichen als attraktives Angebot zu sehen. Daher kann es auch nur so unterstützt werden.
- Zur CVP-Fraktion, welche offenbar hin- und hergerissen scheint: Zusätzliche Bescheidenheit in dieser Höhe aufzuerlegen, ist etwas gesucht. Entweder sagt man Ja oder Nein zum ganzen Projekt.
- Zu Gemeinderätin Martina Arnold: Stadtrat Ivo Romer ist sehr froh, dass deren letztes Votum zu diesem Thema war und nicht zur Weihnachtsbeleuchtung.
- Zu Gemeinderätin Simone Gschwind: Ob der Eventualantrag der gewünschte Rettungsanker darstellt, wird sich in der anschliessenden Ausmarchung zeigen, sicher ist es nicht.

Grundsätzlich wird festgehalten, dass aus dem Jubiläumsprojekt 25 Jahre i45 ein nun festes Angebot gestaltet werden soll. Das ist aus Sicht des Stadtrats keine Geldverschwendung. Mit der Beitragskürzung an den VZJT wurde die i45 als Gesamort mit ihren attraktiven Angeboten bereits genug abgestraft, obwohl Kanton und andere Gemeinden Verursacher der Misere sind. CHF 15'000.-- mehr zulasten der Stadtkasse ist

nach Meinung des Stadtrates mehr als nur vertretbar. Aus solchen Pionierarbeiten sind oft schon heute nicht mehr weg zu denkende Institutionen geworden. In diesem Sinne bittet Stadtrat Ivo Romer um Unterstützung des Beitrages.

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK hat, ohne einen Antrag zu stellen, den Titel abgeändert und verwendet an der Stelle von „Kreditbegehren“ die Bezeichnung „Rahmenkredit“ und stützt sich dabei auf das Finanzhaushaltgesetz § 28, Abs. 2.

Stadtrat Ivo Romer bestätigt, dass diese Formulierung vom Stadtrat übernommen wird.

Titel (gemäss GPK-Vorschlag) und Ingress sowie zu Ziff. 1 - 3 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung:

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 18:18 Stimmen, durch Stichentscheid der Ratspräsidentin, dem Antrag des Stadtrates zu.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass damit der Eventualantrag von Simone Gschwind nicht mehr zur Abstimmung gelangt und erledigt ist.

Beschluss des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1541

betreffend Verein RadioIndustrie: Jährlich wiederkehrender Beitrag 2011 - 2013; Rahmenkredit

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2115 vom 21. September 2010:

1. Dem Verein RadioIndustrie wird ein jährlich wiederkehrender Beitrag von CHF 60'000.00 für die Jahre 2011 - 2013 bewilligt.
2. Dieser Beschluss tritt sofort in Kraft. Er wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

9. Motion der Fraktionen SVP, CVP und FDP vom 4. Februar 2010 betreffend Einführung einer ständigen parlamentarischen Bildungskommission

Es liegt vor:

Bericht und Antrag des Büros des Grossen Gemeinderats Nr. 2126

Judith Müller, Sprecherin des Büros GGR: Das Büro des Grossen Gemeinderates der Stadt Zug erstattet hiermit Bericht und Antrag zur Motion der Fraktionen SVP, CVP und FDP betreffend Einführung einer ständigen parlamentarischen Bildungskommission. Das GGR-Büro hat sich in seinen Sitzungen im Jahr 2010 mehrfach mit dieser Motion befasst. Im Hinblick auf die kommende Legislatur 2011-2014 kann dem Rat nun Bericht und Antrag zur Motion vorgelegt werden. Die Einsetzung und die Ausgestaltung einer parlamentarischen Bildungskommission hat das Büro sehr kontrovers und intensiv diskutiert, es wurden beim Bildungschef und seinem Departement Stellungnahmen eingeholt und die rechtlichen Grundlagen und Vorgaben geprüft. Der vom Büro heute vorgelegte Vorschlag entspricht einem Kompromiss und ist nur mit einer knappen Mehrheit der Stimmen zustande gekommen. Die Meinungen im Büro reichten von „Motion abschreiben und keine Bildungskommission einsetzen“ bis „Motion genau so umsetzen wie von den Fraktionen verlangt“. Es gibt für beide Positionen gute Gründe dafür wie dagegen. Das Büro hat deshalb eine Art Kompromiss für Sie ausgearbeitet. Nun zu den Überlegungen, die zu unserem Kompromiss geführt haben: Hinter der Motion hat wohl vorrangig die Absicht gesteckt, die heute bestehende Schulkommission durch eine parlamentarische Bildungskommission zu ersetzen. Die gesetzlichen Vorgaben des Kantons lassen dies allerdings nicht zu! Der Kanton schreibt in seinem Schulgesetz vor, dass der Gemeinderat (in diesem Fall der Stadtrat) als oberste Schulbehörde der Gemeinde die Steuerung und Aufsicht der Schule wahrnimmt (strategische Führung). Der Schulpräsident überwacht den Vollzug der Gesetze, der Beschlüsse der kantonalen Schulbehörden und des Gemeinderates (Stadtrates). Nebst weiteren Aufgaben und Befugnissen leitet er die Sitzungen der Schulkommission und handelt in dringenden Fällen für die Schulkommission. Fakt ist auch, dass der Kanton mit seinem kantonalen Schulgesetz den Gemeinden auf dem Gebiet der Volksschulbildung keine Rechtsetzungsbefugnisse mehr einräumt. Der Gestaltungsspielraum der Gemeinden im Volksschulbereich ist eng begrenzt. Für die Einsetzung einer Bildungskommission spricht aber, dass bezüglich Bildungs-, Erziehungs- und Schulpolitik ein grosses Informationsbedürfnis des GGR besteht und dass es durchaus wünschenswert ist, wenn sich Stadtrat und GGR bezüglich bildungs- und erziehungspolitischer Fragen regelmässig in einer parlamentarischen Kommission auseinandersetzen und austauschen. So existiert vor allem im Bereich familien- und schulergänzende Betreuung ein Feld in welchem die Gemeinden noch Gestaltungsspielraum haben. Auch im Bereich der Schulraumplanung auf städtischem Gebiet und bei der Schulhausplanung hat der GGR ein Interesse frühzeitig von Planungen zu erfahren und sich einzubringen. So wird im „Schlepptau“ der Planungen von grossen Überbauungen (wie den Herti-Etappen, Feldhof etc.) zwar sehr gerne über Parkplätze, Velounterstände, Umgebungsgestaltung, Wegrechte, Anbin-

derung an die öffentlichen Verkehrsmittel, neue Haltestellen usw. gesprochen, aber doch recht wenig über die Bereitstellung der Infrastrukturen für Kinder und Jugendliche. Ich meine damit z.B. Schulhausinfrastruktur, Kindergärten, Kinderkrippen, Räume für Tagesstrukturen, Sport, Musik, Spielplätze usw. Hier wäre durchaus ein Aufgabenbereich für eine Bildungskommission zu sehen. Judith Müller möchte allerdings auch nicht verschweigen, dass der Aufgabenbereich einer solchen parlamentarischen Bildungskommission sich sehr stark, wenn nicht sogar weitgehend mit den Aufgaben der bereits bestehenden ständigen Kommissionen GPK und BPK überschneiden würde. Und es würde letztlich wenig Sinn machen und nur mehr Zeit und Geld kosten, wenn ein und dieselbe Vorlage nach Einführung der Bildungskommission in drei parlamentarischen Kommissionen die Vorberatung durchlaufen müsste und dann noch das Parlament. Eine parlamentarische Bildungskommission kann letztlich nur dann eigenständige Bedeutung erlangen, wenn ihr die Vorlagen im Zusammenhang mit den Themen Bildung, Erziehung, Schule, Betreuung etc. auch tatsächlich überlassen würden. Aus all diesen Gründen schlägt das Büro GGR vor, für die kommende Legislatur 2011-2014 eine nicht ständige, auf die nächste Legislatur befristete „Spezialkommission Bildung“ mit 7 Mitgliedern einzusetzen. In dieser Zeit wird sich zeigen, ob eine solche Kommission genügend Geschäfte mit Bildungshintergrund behandeln kann und ob eine effiziente Behandlung der Geschäfte mit einer dritten Kommission (nebst GPK und BPK) gewährleistet ist. Bewährt sich die Bildungskommission nicht, läuft der Auftrag automatisch per Ende 2014 aus oder das Parlament beantragt die Auflösung schon während der Legislatur. Sollte die Bildungskommission aber einen echten Gewinn darstellen, wird es ein Leichtes sein, das Parlament zu überzeugen die entsprechenden 2 bis 3 Paragraphen für eine ständige Kommission in die GSO einzufügen. Judith Müller ersucht den GGR, in diesem Sinne den Anträgen des GGR-Büros zuzustimmen.

Manfred Pircher: Die SVP übernimmt den Antrag des Büros GGR nicht. Die Argumente des Büros sind fadenscheinig. Es kann nicht sein, dass nur der Stadtrat Rechtsbefugnisse hat und die Legislative nicht. Die Mitglieder der Legislative sind Vertreter der Steuerzahler und wollen mitbestimmen können. Der Stadtrat sagt nun, es gibt ja eine BPK und eine GPK. Das ist richtig, jedoch diese Bildungskommission muss sich mit der Schulraumplanung, der sich krakenhaft vermehrenden staatlichen Kinderversorgung und anderen wichtigen strategischen Fragen der Schule auseinandersetzen, so dass es nicht wieder zu diesen Feuerwehrübungen wie Anschaffung von Schulcontainern kommt. Die Bildungskommission ist für die SVP daher ein absolutes Muss, und zwar als feste Kommission. Dafür nimmt die SVP auch die Druckkosten für eine neue GSO in Kauf, sie macht dann Sparvorschläge bei der Budgetdebatte, um diese Druckkosten wieder zu kompensieren.

Barbara Stäheli: In diesem Rat wurden schon mehrmals Diskussionen zur Abschaffung einer Kommission geführt. Hauptsächliche Gründe: Kommissionen kosten Geld, bringen nichts und verlangsamen den politischen Prozess. Heute wird über die Schaffung einer neuen Kommission debattiert, der städtischen Bildungskommission. Sie wird Geld kosten, keine Kompetenzen haben und den politischen Prozess verlangsamen. In seinem

Bericht und Antrag führt das Büro des GGR auf klare und deutliche Weise aus, dass sich für eine städtische Bildungskommission zu wenig bis gar keine Inhalte ergeben, welche eine Einsetzung rechtfertigen. 2004 wurde eine Motion mit ähnlichen Begehren eingereicht, jetzt im Jahre 2010 von der anderen politischen Seite wieder. Was sind die Gründe, welche Ziele verfolgt man mit der Einführung einer Bildungskommission. Entweder ist die Motivation im Wunsch nach aktiver Mitbestimmung, Mitgestaltung und/oder im Begehren nach mehr Information zu suchen. Aktives Mitbestimmen, verändern, Anpassungen vornehmen aus Unzufriedenheit oder Interesse sind sehr legitime Gründe. Der Weg über eine städtische Bildungskommission führt aber nicht zu diesem Ziel. Dazu müssen Sie sich in den Regierungs-, Kantons- oder Bildungsrat wählen lassen, dort sind die Kompetenzen angesiedelt. Auf Gemeindeebene übernimmt die Schulkommission einen Teil der strategischen Ausrichtung. Die gesetzlichen Bestimmungen dazu sind klar und können von uns nicht verändert werden. Bildung ist ein zentrales Element für die Gesellschaft, notabene auch ein grosser Budgetposten. Seit der Schulzeit der meisten Anwesenden hat sich in der Schule viel verändert und diese Veränderungen werden von einigen in Frage gestellt und lösen Fragen aus. Hier ist die Schule gefordert aktiv zu kommunizieren, nicht nur mit den Eltern, sondern auch mit den politischen Behörden, welche die Gelder sprechen. Aus Sicht der SP würden regelmässige Informationsveranstaltungen für den ganzen GGR das Informationsvakuum breiter füllen und sind einer nicht ständigen Bildungskommission vorzuziehen. Die SP unterstützt den Antrag des Büro des GGR, die Motion nicht erheblich zu erklären und lehnt zudem den Antrag des Büros ab.

Hugo Halter: Vater des Gedankens war nicht primär die Abschaffung der Schulkommission. Wenn man in der Begründung unter Ziff. 1 liest, ist das bereits entsprechend geschrieben. Ebenfalls ist die CVP-Fraktion nicht einverstanden, dass die Einflussnahme gering oder gar nicht vorhanden sein wird. Es gibt sehr viele entsprechende Felder, für die sehr wohl die Kommune zuständig ist. Obwohl die CVP-Fraktion lieber eine ständige Kommission gesehen hätte, sind die Argumente im vorliegenden Antrag nachvollziehbar. Offenbar müssten zuerst auf kantonaler Ebene die rechtlichen Voraussetzungen dazu geschaffen werden. Ebenfalls ist es mit der geltenden Rechtslage auch nicht möglich, die Aufgaben der Schulkommission einer parlamentarischen Bildungskommission zu übertragen. Trotzdem könnten durch diese Kommission verschiedene Aufgaben, die als "Leitlinien" im Bericht erwähnt wurden, wahrgenommen werden. Bezüglich der Aufgaben teilt die CVP-Fraktion die Auffassung der SP-Fraktion nicht. Nicht ganz einig ist die CVP-Fraktion mit der Aussage, dass anhand der im Bericht aufgezeigten Beispiele praktisch nur negative Geschäftsverzögerungen entstehen sollen. Ein Nutzen wäre sicher auch eine gewisse Unabhängigkeit und auch eine Entlastung z.B. der GPK, die oftmals Geschäfte beraten muss, die inhaltlich nicht klar zugewiesen werden konnten. Weiter würde der staatlichen Aufgabe "Bildung" mehr Gewicht und Verantwortung im Sinne der politischen Ausrichtung gegeben. Mit einer Zustimmung zum vorliegenden Antrag könnten zudem und vorerst ohne weitere rechtliche Anpassungen, wertvolle Erfahrungen gesammelt und eine politische Beurteilung nach Ablauf der Legislatur sachlich vorgenommen werden. Auch aus Gründen einer zeitlichen Beschrän-

kung auf eine Legislatur erscheint dieser Antrag als umsetzungswürdig. Dass zudem im Bericht der GPK zum Budget 2011 die Problematik, bzw. Notwendigkeit explizit erwähnt wurde, stärkte diesen Entscheid. Aus all diesen Gründen unterstützt die CVP Fraktion - grossmehrheitlich - den vorliegenden Antrages zur Einführung einer nicht ständigen parlamentarischen Bildungskommission mit 7 Mitgliedern für die neue Legislatur 2011-14.

Stefan Moos: Es mag auf den ersten Blick erstaunen: Die FDP lehnt als Mitmotionärin die Einführung einer nicht ständigen oder ständigen Bildungskommission ab. Auf den zweiten Blick gibt es eine einfache Erklärung. Als die FDP-Fraktion im Februar zusammen mit der CVP und der SVP die Motion einreichte, ging sie davon aus, damit die Schulkommission ersetzen zu können. Schon damals war der FDP-Fraktion die Rolle der Schulkommission etwas suspekt und deren Aufgaben und Kompetenzen unklar. Da nun scheinbar die Schulkommission nicht abgeschafft werden kann, macht für die FDP-Fraktion eine Bildungskommission keinen Sinn mehr. Es würden, wenn auch parlamentarische, zusätzliche Stellenprozente geschaffen. Welche Kommission hat welche Aufgaben? Es wird, wie schon von den Vorrednerinnen und Vorrednern u hören war, eher komplizierter als einfacher. Was kann denn eine Bildungskommission überhaupt bewirken? Es heisst ja immer wieder, es sei fast alles vom Kanton vorgeschrieben, wie z.B., dass die Schulkommission nicht durch eine Bildungskommission ersetzt werden kann. Nebst einem relativ bescheidenen Gewinn muss relativ viel Aufwand betrieben werden. Daher lehnt die FDP-Fraktion eine Bildungskommission ab.

Patrick Steinle: Nachdem die Fraktion Alternative vor rund sechs Jahren den gleichen Vorstoss eingereicht hatte - die Ausgangslage ist noch ungefähr die gleiche wie damals - muss gesagt werden: Hut ab vor der FDP. Sie hat fast deutlich schneller gelernt als die Alternativen, wobei aber diese zum selben Schluss gekommen ist. Mit einer Bildungskommission, welche die Schulkommission nicht ersetzt, werden zusätzliche Doppelspurigkeiten, Abstimmungsschwierigkeiten, Kompetenzstreitereien mit den bestehenden Kommissionen geschaffen. Die Alternativen-CSP sind aber ganz stark der Meinung, dass dieses Anliegen eigentlich berechtigt ist, dass sich dieser Rat vermehrt mit Schulthemen beschäftigt und dass er sich in den letzten Jahren zu wenig darum gekümmert hat. Das kann man aber auch in den bestehenden Kommissionen tun. Eine GPK sollte beispielsweise jährlich sich einmal die Schulraumplanung vornehmen und klären, wie die Schülerzahlen ausschauen und was bezüglich Schulräume geplant ist. In einer Stadt, die zurzeit relativ stark am Wachsen ist, müsste man gezielt ein oder zwei Sitzungen jährlich oder zweijährlich mit dem Schulamt zusammen dazu reservieren. Das gilt auch für die Schulgänzende Betreuung. Da muss sich auch die GPK mit den entsprechenden Gebührenmodellen wieder einmal auseinandersetzen. Auch die Räume dazu müssen rechtzeitig bereitgestellt werden. Die Fraktion Alternative-CSP ist optimistisch, dass dies auch die bestehenden Kommissionen ausführen können. Daher ist eine Fraktionsmehrheit gegen die Einführung einer Bildungskommission, sei sie ständig oder auf vier Jahre befristet.

Manuel Brandenburg: Die Ausführungen von Judith Müller überzeugen die SVP-Fraktion ebenfalls. Sie kann daher, obwohl sie ein Festhalten an der Motion begrüsst hätte, eine ständige Kommission zu schaffen, auch mit einer nicht ständigen Kommission durchaus leben. Die SVP-Fraktion wird aber trotzdem für Erheblicherklärung stimmen und allenfalls bei einer Variantenabstimmung dem Antrag von Judith Müller zu folgen. Wenn die FDP-Fraktion mitteilt, sie sei im Februar davon ausgegangen, dass mit der neuen Bildungskommission die Schulkommission ersetzt werden könne und sie daher unterzeichnet habe, stimmt das nicht. Das ist geflunkert. Das muss richtig gestellt werden. In der Begründung lautet nämlich der erste Satz (Zitat): „Die von Gesetzes wegen vorgeschriebene Schulkommission wird von der Exekutive ernannt, dient dem Vollzug des Schulgesetzes und berät den Stadtrat. Ein entsprechendes Organ der Legislative, welches sich mit den Fragen des Schul-, Erziehungs- und Bildungswesens auseinandersetzt, fehlt.“ (Zitatende). Die SVP-Fraktion hält an der Einführung einer ständigen Kommission fest. Es gibt genug wichtige Fragen, z.B. die ganze Frage der Schulraumplanung, des Ausbaus der Kinderbetreuung usw. Das ist genug wichtig, um neben der städtischen Schulkommission, welches eine Kommission des Stadtrates ist, auch noch eine parlamentarische Kommission einzusetzen.

Urs B. Wyss ist zum letzten Mal eine Minderheit innerhalb der CVP-Fraktion und ist der Auffassung, die Motion sei erheblich zu erklären. Nur mit der Erheblicherklärung und der Änderung der §§ 12 und 15 der GSO eine echte ständige Bildungskommission eingerichtet werden kann. Der Zwitter, der vom Büro vorgeschlagen wird, zwar eine ständige Kommission so zu benennen. Bei genauer Lektüre von § 15, wonach nur geschäftsbezogenen Spezialkommissionen eingesetzt werden, zeigt sich aber, dass dies nicht geht. Da ist sogar die hervorragende Juristin Judith Müller einem Trugschluss zum Opfer gefallen. Wenn man eine ständige Bildungskommission will - und es sprechen ganz viele Gründe dafür - dann nur mit Erheblicherklärung der Motion. Unter anderem spricht für eine Erheblicherklärung bzw. die Bildung einer Bildungskommission die Oberaufsicht, welche beim Parlament liegt. Im Zusammenhang mit der Schulraumplanung, Personalplanung usw. hat Urs B. Wyss als Präsident der GPK in den letzten zwei Jahren gemacht, dass diesbezüglich die GPK überfordert ist. Es hat zwar einmal eine Spezialsitzung mit dem Departementschef und dem Rektor stattgefunden. Das bringt aber zu wenig, denn es braucht mehr Einsicht in die Entwicklungen von Schülerzahlen, Personalstellenentwicklungen etc. Das kann eine ständige Bildungskommission unabhängig von Geschäften in aller Ruhe mit einer Anlaufzeit von einem ganzen Jahr in Angriff nehmen. Patrick Steinle hat seinerzeit die praktisch gleich lautende Motion eingereicht. Mit der Erheblicherklärung der Motion, welche seinerzeit von ihm eingebracht wurde, möchte Urs B. Wyss ihm heute ein Geschenk machen. Gelegentlich ist es bedauerlicherweise so, dass ein Vorschlag, der aus der falschen Ecke kommt, zum Vornherein keine Chance hat. Es lohnt sich gelegentlich auch Vorschläge aus anderen Ecken sehr genau zu prüfen. Urs B. Wyss ist nun sechs Jahre später klüger geworden. Bei den Jüngeren sollte der Groschen noch etwas schneller fallen. In diesem Sinne beantragt Urs B. Wyss die Erheblicherklärung.

Franz Akermann: Der Bericht u Antrag des Büros enthält eine saubere Auflistung/Analyse über Funktionen und Befugnisse bestehender Kommissionen.(Schulkommission, BPK und GPK) und stellt unter Ziffer 4 fest, dass alles gut geregelt ist, eine geplante Bildungskommission keine Befugnisse hätte und lediglich dem Informationsbedürfnis des GGR dienen würde. So weit so gut Wenn das Büro daraus die Notwendigkeit der Bildung einer politisch zusammengesetzten Spezialkommission Bildung ableitet und beantragt, ist das nicht folgerichtig. Zwischenzeitlich hat das die FDP-Fraktion auch gemerkt. Das scheint wirklich ein schwacher Rettungsversuch einer untauglichen Motion der bürgerlichen Allianz zu werden. Noch eine Anmerkung: Bildung ist ein zu wichtiges und gleichzeitig zu fragiles Gebilde, um es parteipolitischem Hickhack auszusetzen. Die SVP gab heute Nachmittag gute Beispiele, wie das rauskommen könnte. Franz Akermann appelliert, die Bildung den Fachleuten zu überlassen und ihnen das nötige Vertrauen zu schenken. Eine nicht ständige Spezialkommission Bildung ist somit klar abzulehnen. Hingegen scheint es zweckmässig, - damit kommt Franz Akermann auf das Informationsbedürfnis zurück - wenn das Bildungsdepartement im Bedarfsfall (z. B. im Vorfeld komplexer und/oder Elternrelevanter Geschäfte wie Krippenplätze, Tagesstrukturen) Informationsveranstaltungen für den GGR oder die interessierte Öffentlichkeit durchführt. Das wurde doch dieses Jahr - allerdings nur bei geringer GGR-Beteiligung - vom Bildungsdepartement auch schon durchgeführt. Dazu braucht es keinen Antrag, der Stadtrat wird dies in eigenem Interesse sicher tun. Wie sieht das der scheidende Bildungschef? Franz Akermann lehnt eine nicht ständige Bildungskommission ab. Im Bedarfsfall werden besser Infoveranstaltung für ganzen GGR oder die Öffentlichkeit durchgeführt - dies als Empfehlung an den Stadtrat.

Manfred Pircher: Die Motionäre haben sich schon Gedanken gemacht, warum diese Motion eingereicht wurde. Die Bildung und Planung der Schulhäuser in der Stadt Zug ist zu wichtig, als dass sie den Nichtsahnenden überlassen werden kann.

Stadtrat Ivo Romer: Franz Akermann liegt mit seiner Annahme falsch, denn die Schulkommission ist politisch zusammengesetzt und besteht nicht aus Fachleuten. Diese Kommission setzt sich aber mit den Bildungsthemen extrem und detailliert auseinander. Andererseits geht es aber auch darum, hier eine politische Würdigung vorzunehmen. So gesehen ist die Forderung nach einer Bildungskommission für die Legislative verständlich, ja geradezu legitim. Die Forderung seitens der SVP-Fraktion nach einem effizienten Verwaltungsbetrieb steht aber dieser Forderung etwas diametral entgegen. Stadtrat Ivo Romer wagt zu behaupten, dass die Modulbaute Herti heute noch nicht stehen würde - und dies von den mit dem Parlamentsbetrieb verbundenen Abläufen her. Die Kompetenzregelung ist klar. Eine ständige Bildungskommission ist nur dann sinnvoll, wenn sie inhaltlich die Schulkommission als parlamentarische Kommission etablieren kann. Dem stehen diverse Artikel des Kantonalen Schulgesetzes entgegen. Leider! Es wäre aber gut auf die Stadt Zug anpassbar. Es fragt sich aber, ob dazu der kantonale gestalterische Wille vorhanden ist. Bei der Erheblicherklärung muss daher genau dies mit auf den Weg genommen werden. Sonst hat die Stadt Zug keinen Nutzen. Stadtrat Ivo Romer wagt zu behaupten, dass es nicht effizient ist, wenn sich

schlussendlich zwei Kommissionen mit den gleichen Themen auseinandersetzen. Ein engerer Austausch zwischen GGR und Schulkommission ist ein erster hilfreicher Schritt für mehr Einbezug der Legislative. Zuhanden der CVP-Fraktion sei bestätigt, dass sich der Kanton bewegen muss. Der Nutzen ist aber heute nach wie vor nicht ausgewiesen. Die GPK muss zwingend sämtliche Geschäfte mit finanziellen Folgen und Auswirkungen behandeln, unabhängig davon, aus welchem Departement es stammt und welche thematischen Hintergründe es hat. Sämtliche inhaltlichen Allianzen zwischen FDP und Alternative-CSP sind schön. Politische Effizienz ist der richtige Ansatz. Informationsveranstaltungen wurden vom Bildungsdepartement im Verlauf des letzten Jahres vermehrt aktiv organisiert. Das trägt sicher dazu bei, dass hier im Rat mehr Informationen und Wissen vorhanden sind, bis vielleicht eines Tages die integrierte Schulkommission in diesem Parlament revetiert werden kann. Die GGR-Mitglieder müssen sich dann wohl oder übel auch in Scharen an den Veranstaltungen blicken lassen. Es ist dem GGR in seiner Unabhängigkeit unbenommen, selbst Kommissionen zu bestimmen, falls der Rat von diesem Nutzen, so wie er jetzt ausgewiesen ist, überzeugt ist.

Abstimmung

über den Antrag der Motionäre für Erheblicherklärung gegenüber dem Antrag für Nicht-Erheblicherklärung:

Für Erheblicherklärung stimmen 13 Ratsmitglieder, für Nicht-Erheblicherklärung stimmen 24 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 24:13 Stimmen die Motion nicht erheblich erklärt hat.

Abstimmung

über den Antrag des Büros GGR für eine Spezialkommission gegenüber dem Antrag, keine Kommission einzusetzen:

Für den Antrag des Büros GGR stimmen 11 Ratsmitglieder, dagegen bzw. für keine Kommission stimmen 24 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 11:24 Stimmen den Antrag des Büros GGR für eine Kommission abgelehnt hat. Die **Motion zur Einführung einer ständigen parlamentarischen Bildungskommission kann daher als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden.**

10. Sammelvorlage: Abschreibung von Vorstössen

Aus zeitlichen Gründen wird diese Vorlage auf die nächste ordentliche GGR-Sitzung vom 25. Januar 2011 verschoben.

11. Mitteilungen

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Heute wurden zwei Broschüren ausgeteilt. Es handelt sich dabei um den Rückblick des Stadtrates auf die Legislaturperiode und das Magazin der Schweizerischen Energiestiftung SES.

Die konstituierende Sitzung des GGR findet statt:

Dienstag, 11. Januar 2011, 16.00 Uhr

Anschliessend erfolgt die Vereidigung in der Oswalds-Kirche.

Am 20. Januar 2011 findet im Burgbachsaal der Strategieentwicklungs-Workshop statt. Die Mitglieder des GGR und des Verwaltungskaders werden dort wie vor vier Jahren Inputs für die Legislaturziele des Stadtrates erarbeiten.

Mit der heutigen letzten Sitzung geht die 12. Legislaturperiode von 2007 bis 2010 zu Ende. Das heisst auch, dass der GGR heute letztmals in dieser Konstellation getagt hat. Somit sind nun Verabschiedungen vorzunehmen.

Folgende Mitglieder des GGR werden aus dem Parlament austreten:

Seit 2007 im Amt treten nach einer Legislatur aus:

- Akermann Franz
- Sauter Sabine, Mitglied der BPK

Nach zwei Legislaturen, also seit 2003 in diesem Rat, verlassen den GGR:

- Gschwind Simone, als Stimmzählerin Mitglied des Büros (Sie ist gut vernetzt durch ihren Einsitz in Fachgruppen und Kommissionen ausserhalb des Rates, was uns allen sehr zu Gute kam)
- Kistler Huber Nicole
- Müller Judith, als Stimmzählerin Mitglied des Büros (sie war uns eine wertvolle juristische Stütze)
- Steinle Patrick

Drei Legislaturen waren die beiden derzeitigen Kommissionspräsidenten dabei, nämlich seit 1999:

- Spillmann Martin, BPK-Präsident während 10 Jahren
- Wyss Urs B., derzeitiger GPK-Präsident

Und seit sage und schreibe 4 Legislaturen verabschiedet sich ein langgedientes und hochverehrtes Damentrio. Es sind dies:

- Arnold Martina, Mitglied der BPK
- Landtwing Alice
- Stocker Cornelia, Mitglied der GPK

„Sie alle haben sich ganz dem Allgemeinwohl dieser Stadt und deren Bewohnerinnen und Bewohner verpflichtet. Sie haben einen grossen Teil Ihrer Freizeit in den Dienst unserer Stadt gestellt und sich damit verdient gemacht. Jeder und jede von Ihnen hat sich naturgemäss, nämlich entsprechend seinen Fähigkeiten und Talenten eingebracht und engagiert. Sicher hat jeder von Ihnen nach kurzer Zeit ernüchternd feststellen müssen, dass die politischen Mühlen langsam, wenn doch stetig mahlen; schnell ist der erste Elan verpufft und Durchhaltewillen, Aufeinander-Zugehen, Wagnis, Mut und Hartnäckigkeit sind gefragt. Dass die politischen Meinungen oft weit auseinanderliegen, macht die Debatte interessanter und fordert heraus. Und oftmals geben die kleinen Kredite und emotional geladenen Themen mehr Zündstoff für lange Diskussionen. Doch über das Ziel herrscht Einigkeit – immerhin – und so lässt sich hie und da auch über die Parteigrenzen hinaus im Dienste der Sache ein Kompromiss finden. Ein sicher prägendes Geschäft war in dieser Hinsicht die Ortsplanungsrevision. Für Ihren geleisteten Beitrag und Ihren vielfältigen Einsatz für unsere Stadt gebührt Ihnen mein herzlicher Dank.“ Ratspräsidentin Isabelle Reinhart wünscht den Zurücktretenden auf ihrem weiteren Lebensweg alles Gute und Erfolg in weiteren Aufgaben, die nun vielleicht warten. Und natürlich hofft sie auf ein Wiedersehen.

Verabschiedung von Stadtratsvizepräsident Hans Christen

Urs B. Wyss hält die Laudatio zu Ehren des zurücktretenden Stadtrates Hans Christen: “Vor 16 Jahren, anno 1994 wurde Hans Christen, zusammen mit Christoph Luchsinger und Toni Gügler in den Stadtrat gewählt, nachdem er vorher 7 Jahre dem GGR angehört hatte. Dem Polizeidikasterium, wie es damals noch hiess, stand Hans Christen während 9 Jahren vor. Die Informatik wurde seinem Dikasterium angehängt – weil er das einzige Mitglied des Stadtrates mit Computer-Kenntnissen war. Auch der Friedhof gehörte zu seinen Domänen, und seiner Entwicklung und Verschönerung hat er grösste Aufmerksamkeit geschenkt – von der neuen Abdankungshalle über die neuen Gräberanlagen bis zur Baumbepflanzung (Scheinzypressen) – und man darf mit Fug und Recht behaupten, dass sich unser Friedhof heute viel schöner präsentiert als 1995. Die Feuerwehr hatte in Hans Christen einen wohlgesinnten politischen Vorgesetzten, war er doch selber während langen Jahren Aktiver im 1. Löschzug. Das Strandbad am Chamer Fussweg – inkl. Holzkunstwerke von Kawamata – wurde unter der Federführung von Hans Christen erneuert und ausgebaut – ein sehr gut gelungenes Werk. Solange die Stadtpolizei der Stadt gehörte, war ihm diese personalmässig grösste Abteilung mit ihren vielfältigen Aufgaben eine eigentliche Herzensangelegenheit. Die unfreundliche Übernahme durch die Kantons-Polizei war ihm von allem Anfang an ein Dorn im Auge – und noch heute empfindet er die Einschmelzung seines Korps in die Zuger Polizei als politischen Fehler, und auch der GGR hat sich – wie erst diesen Sommer – noch mit den Folgen zu beschäftigen. Die gegen Chnusperli, wie wir den damaligen kantonalen Justiz- und Polizeidirektor nannten, verlorene Auseinandersetzung hat er nie ganz verwunden. Hans Christen erlebte also nicht nur Erfolge, sondern auch Niederlagen. Eine der schmerzlichsten war die Nichtnominierung als Kandidat für das Stadtpräsidium

durch seine Partei – wohl das klassischste Eigentor, das eine Nominationsversammlung je produziert hat, vergleichbar mit demjenigen bei der Nominationsversammlung einer andern Partei im letzten Sommer. Denn objektive Gründe und auch eine nüchterne Beurteilung der Wahlchancen sprachen eigentlich zu Gunsten von Hans Christen. Aber – und hier lernen wir den Menschen Hans Christen etwas näher kennen, nicht klagen und verzagen, sondern vorwärts schauen, die gestellten Aufgaben anpacken und mit aller gebotenen Seriosität lösen; das waren die Triebkräfte, war die innere Motivation von Hans Christen. Eine echte Kämpfernote war er und ist es in all seinen 16 Jahren als Mitglied der städtischen Exekutive geblieben, im Stadtratskollegium, in Kommissionen – nicht zuletzt auch in der GPK, und im GGR. Gelegentlich polternd – ich erinnere mich an eine in der GPK andiskutierte Interpellation zu den Kosten der Einweihung des neuen Eisstadions, wo er die GPK und nicht zuletzt den Präsidenten derselben in die Knie zwang – wurde dieses harte Kämpfen für die von ihm als richtig beurteilten Projekte, Massnahmen und Beurteilungen von vielen zartbeseiteten Leuten als Holzhammer-Politik empfunden. Dabei ging es ihm immer nur um die Sache, nicht um Prestige oder Beliebtheit. Und dieses hartnäckige Einstehen für die „gute Sache“ hat denn auch einige schöne Erfolge gebracht – denken wir nicht zuletzt an die bis vor Bundesgericht erfochtene Übernahme des städtischen Lehrpersonals in die städtische Pensionskasse. Und damit sind wir beim Finanzdepartement, welches dem ehemaligen kaufmännischen Leiter der Kantonsschule von Berufs wegen auf den Leib geschnitten war. In den sieben Jahren, die Hans Christen städtischer Finanzchef war, konnte er immer ein positives Rechnungsergebnis präsentieren. Im Stadtrat und in der Verwaltung galt er als gestrenger Kassenwart, der die internen Abspeckungs-runden zwecks Vorlage eines vernünftigen Budgets mit aller Konsequenz durchzog. Dabei sei nicht vergessen, dass er immer ein offenes Ohr für berechtigte Anliegen aller Art, auch seitens sogenannt kleiner Leute hatte, etwa im Fall der Kleintierzüchter (eine Angelegenheit, die ich von ganz nah mitverfolgen durfte), wo er es unbürokratisch fertig brachte, dass der Stall des Fröschenmattgehöftes mit sehr wenig Geld einem nützlichen und schön gestalteten neuen Verwendungszweck zugeführt werden konnte. Als Vorsitzender des Steuerungs-ausschusses für das neue Eisstadion führte er – zusammen mit der heute ebenfalls zu verabschiedenden Stadträtin und Bauchefin Andrea Sidler Weiss, mit der er eine gute Zusammenarbeit pflegte – erfolgreich all die komplexen Verhandlungen mit den Verantwortlichen der Generalunternehmung und konnte uns zu guter Letzt noch eine innovative, sowohl energie-freundliche als auch finanziell interessante Wärmenutzung bis hinüber zur Überbauung des Bossardareals präsentieren. Dem Sport ganz allgemein widmete er grosses Engagement, wenn man nur kurz die zwei Kunstrasen-Fussballplätze, an die Herti-Nord-Zwischenlösung für die Oberwiler Rebels, an die Armbrustschützen, an die Bocciavereine – die er recht eigentlich zur Zusammenarbeit zwang, und nicht zuletzt an die Lancierung des GESAK erwähnt. Nur ein Wort zur kürzlichen Polemik in den Medien mit den Verantwortlichen von Zug 94: Eines galt für Hans Christen immer: „Pacta sunt servanda“ – Abmachungen müssen eingehalten werden! Die Stadt Zug sagt Hans Christen Danke für all seine Leistungen und für seinen Einsatz für eine gedeihliche Entwicklung unserer Stadt. Noch ist nicht aller Tage Abend. Wir dürfen weiterhin auf sein Engagement im Zuger Kantonsrat zählen, wo er sich mit aller

Kraft für die Anliegen der Stadt einsetzen wird. Wenn mir die Ehre zugefallen ist, die Arbeit und die Verdienste von Stadtrat Hans Christen in aller Kürze zu würdigen, so habe ich diese Aufgabe gerne übernommen, denn dem lieben und guten Freund – über hundertdreizehn Meinungsverschiedenheiten hinweg – gehört heute, an der letzten Sitzung des GGR, an welcher der zu Verabschiedende teilnimmt, auch mein ganz persönlicher und herzlich empfundenes Dankeschön für lange Jahre konstruktiver Zusammenarbeit.“

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass ein Fotograf im Kantonsratssaal anwesend ist und Aufnahmen von der heutigen letzten Ratssitzung machen möchte.

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird und somit sich der GGR stillschweigend damit einverstanden erklärt, dass Fotos in diesem Saal gemacht werden.

Stadtrat Hans Christen: „Ich bedanke mich bei Gemeinderat U.B. Wyss recht herzlich für seine wohlwollende Laudatio. Es war überraschend für mich, dass seine Abschiedsworte für meine Person so positiv ausgefallen sind. Er hat es ja auch immer geliebt und zelebriert, die Stadträte zu massregeln und sogar mit der "Kiste" zu drohen. Nun Spass bei Seite, U.B. Wyss und ich haben schon viele politische Geschäfte mit einander erfolgreich durchgeboxt. Kennen wir uns doch schon seit bald 30 Jahren. Wir konnten auch, nachdem wir uns verbal bekämpft hatten, anschliessend zusammen ein Glas Wein oder ein Bier trinken. Die letzten 16 Jahre als Stadtrat waren für mich interessant, lehrreich und arbeitsintensiv. Bei vielen Projekten durfte ich mitentscheiden und mitarbeiten. Die ersten Jahre im Sicherheitsdepartement, als ich dort anfang hiess es noch Sicherheitsabteilung. Mir waren die Stadtpolizei, die FFZ, die Einwohnerkontrolle, das Zivilstandsamt, das Erbteilungsamt und Sie wundern sich, die Informatikabteilung unterstellt. Da ich seinerzeit der einzige Stadtrat war, der mit dem PC und seinen Programmen richtig umgehen konnte, hatte man mir die Führung der Informatikabteilung anvertraut. Der GGR hatte dies anscheinend nicht ganz verstanden und rief eine sogenannte Informatikkommission ins Leben. Diese Kommission war aber bald ohne Arbeit, und sie wurde wieder beerdigt. Das war ein weiser Entscheid, denn die meisten Kommissionsmitglieder waren EDV-mässig auch nicht auf der Höhe mit ihren Informatikkenntnissen. Als die Stadtpolizei dann per 1. Januar 2002 nach einer unfreundlichen Übernahme in die neue Zuger Polizei integriert wurde, machte sich der Stadtrat an eine Departementsreform. Ab 1. Januar 2005 wurde ich Chef des Finanzdepartementes, dem neben der Finanzabteilung auch die Immobilienabteilung, das Grundstückgewinnsteueramt, das Betreibungsamt, das Sportamt und immer noch die Informatikabteilung angehört, dies obwohl sich die Anwenderkenntnisse der Stadträte rapide verbessert hatten. Ich muss auch sagen, dass die Anwenderprogramme in der Zwischenzeit benutzerfreundlicher wurden. Die Arbeit als Stadtrat hat mir Spass gemacht und ich habe dabei

viel gelernt. In beiden Departementen durfte ich auf engagierte, kompetente und gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zählen, mit denen ich die anfallenden Geschäfte erledigen konnte. Nur mit einer solchen Basis kann man ein Departement erfolgreich führen. Meine Mitarbeitenden waren auch immer mit mir dabei, wenn ich neue Ideen entwickelte. Ich konnte meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern immer vertrauen und wurde fast nie enttäuscht. Ausreisser wird es immer geben und das ist nicht zu verhindern. Ich danke an dieser Stelle allen meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den beiden Departementen, denen ich vorstehen durfte. Ich werde diese sehr gute Zusammenarbeit immer in bester Erinnerung haben. An dieser Stelle danke ich auch allen anderen städtischen Angestellten und allen Lehrerinnen und Lehrern für ihren tagtäglichen Einsatz für die Bevölkerung unserer Stadt Zug. Wenn ich heute durch unsere schöne Stadt spaziere und mich umsehe, so stelle ich befriedigend fest, dass in den letzten 16 Jahren sehr viel verändert und sehr viel Neues realisiert wurde. Weitere Neuerungen stehen an und ich hoffe, dass der neu zusammengesetzte Grosse Gemeinderat und Stadtrat diese Aufgaben zum Wohle für unsere Zugerinnen und Zuger anpacken wird. Ich danke Ihnen meine Damen und Herren Gemeinderäte für die Zusammenarbeit, die nicht immer einfach war, recht herzlich. Wir haben zusammen in den letzten 16 Jahren sehr viel erreicht. Ich danke meiner Kollegin und meinen Kollegen im Stadtrat und dem Stadtschreiber. Recht herzlich danke ich Frau Ruth Schorno, den stillen Geistern der Stadtkanzlei und unserem Weibel Michel Duvaud für die grosse Arbeit. Ihnen allen und Ihren Familien wünsche ich frohe Festtage und ein gesundes Neues Jahr. Adieu, man sieht sich!“

Verabschiedung von Stadträtin Andrea Sidler Weiss

Philip C. Brunner hält die Laudatio zu Ehren von Stadträtin Andrea Sidler Weiss:

„Nun - ich wurde von der Ratspräsidentin und dem Vizepräsidenten gebeten, ein paar Worte zu unserer abtretenden Stadträtin zu sagen. Diese Bitte ehrt mich, auch wenn ich gestehen muss, dass ich mit Frau Stadtrat Sidler-Weiss, oder wie es sich eingebürgert hat mit „Stadträtin Andrea Sidler Weiss“ als nachgerutshtes GGR-Mitglied relativ spät persönlich überhaupt zu tun bekommen habe – selbst nie in der BPK war - ich sie also praktisch nur aus dem Rat kenne – vielleicht ist diese gewisse Distanz auch ein Grund dass ich Vieles ganz einfach nicht weiss, nicht wissen muss und auch nicht mehr wissen will und deshalb als befähigt betrachtet wurde, die grossen Linien der Zeit von Andi, wie sie von ihren Freunden genannt wird, klarer zu sehen und hier aufzuzeigen. Frau Andrea Sidler-Weiss wurde bei den Stadtratswahlen im Oktober 2006 mit 1822 Stimmen auf der Stadtratsliste der CVP in den Zuger Stadtrat gewählt und übernahm dort zur Verblüffung der Öffentlichkeit und der Lokalpolitik das Baudepartement, mit dem Werkhof und seinen vielen Mitarbeitern ein eigentlicher Grossbetrieb. Diese ständige „Grossbaustelle“, und ich meine das durchaus im konstruktiven Sinne, wird sie nun nach 4 Jahren an ihren Nachfolger im Amt übergeben. Der Zuger Zeitung vom letzten Samstag entnehme ich, dass in Ihrem Büro, welches ich persönlich nie betreten habe, das Zitat hängt „Wer sagt, er mache keine Fehler, lügt“. Hier ist nicht der Moment und nicht der Ort über Fehler und Lügen zu erzählen, Fehler aufzuzählen oder Fehler, Miss-

verständnisse und Lügen genüsslich zu braten, denn wie bereits in der Bibel gesagt wird: „Wer ohne Fehler ist, werfe den ersten Stein“ und ich füge demütig an, selbst was heute ein Fehler ist, darüber wäre ja morgen noch genauer zu diskutieren. Das hat die Geschichte – der Rückblick – immer wieder gezeigt. Nein - heute ist der Tag, der Moment, Danke zu sagen: Die Stadt Zug, die Einwohner dieser Stadt, der Grosse Gemeinderat, (und vermutlich sogar der Stadtrat, für den ich nicht wirklich reden kann), haben einige Gründe, Ihnen Danke zu sagen: Zuerst einmal - Danke für das grosse persönliche kraftvolle Engagement im Bauamt. Unsere Stadt ist momentan in einer wichtigen Wachstums- und Planungsphase, sowohl die Stadt wie auch Private Eigentümer sind heftig am Bauen, und das bedingt ganz automatisch, dass im Bauamt Einiges zusammenkommt. Das ist Knochenarbeit, das braucht Konzentration, das braucht Nerven und es braucht viel Kraft, manchmal auch Unpopuläres zu tun. Danke für den steten Willen, zur eigenen Meinung zu stehen und dafür zu kämpfen. Es gab hier in diesem Saal einige Gelegenheiten zu sehen, wie Sie für ihre Leute, für die Stadt und zu Ihrer Meinung gestanden sind. Das ist in einer Zeit, in der Mut fehlt, gerade in der Politik nicht selbstverständlich! Und dazu gehört dann natürlich auch für seine Meinung zu kämpfen. Das mag für die anderen nicht immer angenehm sein – aber die Bürger haben nicht einen Stadtrat als Wohlfühloase gewählt. Danke für Ihre Zusammenarbeit mit Ihren Mitarbeitern, welche sie im erwähnten Artikel als „das High-Light“ bezeichnet haben. Danke aber auch im Namen von zahlreichen kleineren KMU-Firmen in der Stadt Zug, für welche Sie sich immer wieder stark gemacht haben. Auch hier offenbart sich ein Charakterzug – für die Kleineren zu schauen- der Sie ehrt. Vermutlich wäre es oft einfacher und vielleicht sogar kostengünstiger gewesen, die Grossen zu berücksichtigen. Ich weiss aus dem Gewerbe genau, Sie haben sich dort viele Freunde gemacht. Danke aber auch für das grosse Engagement bis zum Schluss! Nach dem 3. Oktober weiterzumachen, sich selbst zu motivieren, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, das alles verdient ein Danke und ein Bravo! Danke aber auch – und ich sage das als Mann für die Mutter, die ihre Familie organisiert hat und bewiesen hat, was eine Frau leisten kann und ihren Mann stellt! Ich gebe es zu – ich bewundere solche Frauen ohne Wenn und Aber. Danke auch für die Hartnäckigkeit, sich in der Ortsplanungsrevision hier auch Unangenehmes anhören zu lassen und sich durchgesetzt zu haben. Zu Ihrem Erfolg hat das Stimmvolk zugestimmt.

Danke für Einiges, das Sie, wenn auch mit anderen und im Team, erreicht haben:

- Die goldige Brosche am Alpenquai (eröffnet)
- Das Eisstadion Bossard-Arena. (eröffnet)
- Casino-Umbau jetzt kürzlich
- Garstige Umbauverhältnisse in der Galvanik
- Planung Neustadt 2-Alterswohnungen
- Frauensteinmatt

Danke auch für Ihr Streben nach Unabhängigkeit. Die Stadträtin hat es selber mehrfach betont, gerade auch in ihrem Wahlkampf auf der AUL, die Aktive Unabhängige Liste, Platz 1! Andere hätten sich in die Situation gefügt, negativ ausgedrückt gekuscht und sich verbogen – nicht so die Stadträtin: Sie hatte den Mut, die Begeisterung und den politischen Wahnsinn, alleine gegen alle anzutreten, weil sie anderer Meinung war.

Glauben Sie mir, gerade als Mitglied der SVP weiss ich (vermutlich besser als andere), was das heisst, gegen alle anzutreten, gegen den Mainstream, von den eigenen Freunden, und vielleicht von der eigenen Familie nicht mehr verstanden zu werden. Deshalb ist es irgendwie auch schade, dass Sie gehen, nicht nur wir werden Sie vermissen, sondern auch verschiedene Bürger, denen Sie geholfen haben. Und es ist auch schön, dass Sie Ihrem Nachfolger in sein Amt helfen wollen. Wir – der Grosse Gemeinderat der schönen Stadt Zug – unserer wunderbaren Heimat – dankt Ihnen für Alles – ich habe es versucht, hier noch etwas verständlicher zu präzisieren, was ich meine, und hoffe doch, dass wenigstens die Stadträtin mich verstanden hat. Ich wünsche Ihnen, liebe Andi Sidler-Weiss alles Gute, gute Gesundheit, Gottes Segen Ihnen, Ihrer Familie und Ihren Engsten.“

Stadträtin Andrea Sidler: „Ich danke vielmals für die Worte. Meine Abschiedsrede und der Abschied von meinem Departement durfte ich am Freitag feiern. Da hatte ich eine lange Rede vorbereitet, weil es mir auch nicht so leicht fiel. Ich dachte, es würde mir leichter fallen. Es ist so: wir haben vier teilweise strenge Jahre miteinander erlebt. Es ist nicht so einfach, vom Parlament in den Stadtrat, und damit den Hut zu wechseln, anzukommen im neuen Amt, sich staatsmännisch zu geben. Mal klappt es besser, mal weniger. Nichts desto trotz habt Ihr es alle erkannt: ich habe mich mit viel Herzblut für die Stadt Zug eingesetzt. Natürlich werde ich euch immer und überall wieder sehen und hoffentlich auch ein paar Worte austauschen können. Bei ein paar Geschäften, die mein Nachfolger übernehmen wird, werde ich bei der Diskussion in diesem Rat ab und an einmal zuhören. Ich danke für die Unterstützung, die trotz allem immer wieder der Sachpolitik gegeben wurde. Es ist das A und O, während den nächsten vier Jahren vermehrt Sachpolitik zu betreiben. Es geht um die Sache und nicht um die Person, welche sie vorträgt. In der Regel haben unsere Fachleute in den Departementen die Knochenarbeit geleistet. Jeder Stadtrat für sich kann natürlich ebenfalls seinen Einfluss geltend machen. Nicht zuletzt im Gremium - die fünf Männer und ich - wurde jede Vorlage durchberaten. Es ist nicht so, dass Vorlagen nur aus dem Fachdepartement kommen und vom Gesamtstadtrat durchgewunken werden. Ich habe im Stadtrat eine spannende Zeit und vier lehrreiche Jahre erlebt. Dabei konnte ich viele gute Leute kennen lernen. Tolle Mitarbeiter werde ich zurücklassen. Die Nähe ist aber vorhanden, dass man sich ab und zu austauschen kann. Ich bin überzeugt, dass André Wicki seine Sache gut machen wird. Er wird ein tolles und motiviertes Team übernehmen. Die Übergabe wird so vorbereitet, dass er immer weiss, dass man nicht aus der Welt ist, wenn er vom Stadtrat oder der Alt-Stadträtin noch einen Typ bekommen möchte. Ich gehe mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Alles hat immer auch etwas Positives. Was die Zukunft bringen wird, weiss Keiner von uns. Was gewesen ist, daran erinnern wir uns Alle bestens. Ich möchte aber trotzdem diese gute Zeit nie missen. Den Scheidenden aus dem Parlament wünsche ich alles Gute im zukünftigen Aufgabenbereich. Ich habe heute mit Interesse die Debatte bezüglich der Bildungskommission mitverfolgt. Vroni Straub, du kannst froh sein, dass sie nicht zustande kam. Jede Partei - auch die SVP - hat in der Schulkommission ihre Vertreter. Wieso werden sie nicht ab und an zu den Frakti-

onssitzungen eingeladen. Euch Allen alles Gute, euch und euren Familien schöne Weihnachten und einen guten Rutsch ins 2011.“

Verabschiedung von Ratspräsidentin Isabelle Reinhart

Ratsvizepräsident Jürg Messmer hält die Laudatio zu Ehren der abtretenden Ratspräsidentin:

„Zwei Jahre sind vergangen
In denen du ohne Rast
Mit Zuversicht und Bangen
Darauf gehoffet hast
Dass die Voten präzise, schlicht
Und kurz gehalten werden
Leider waren es einige nicht
Die werden wohl nie aussterben.

Doch du hast ohne zu verzagen
Das Zepter in der Hand gehalten
Hast, wenn andere schon in Hypnos Armen lagen
Gewusst den GGR zu verwalten.
Bekamst von allen Seiten Lob
Entlang dem halben Zugersee
keine Partei sich davon enthob
Nicht einmal die SVP.

Nun weiss ich aus sicheren Quellen
Dass Gartenarbeit und Kochen
Das Herstellen des Individuellen
dir halfen durch die Sitzungswochen.
Darum schenken wir dir nun
Pflanzensamen und Feigenbaum
Du wirst wissen was damit zu tun
Anleitung brauchst du da wohl kaum.
Am wichtigsten jedoch
Scheint mir der Lorbeerbaum
Mit diesem kannst du noch und noch
Die Früchte deiner Arbeit schau.
Und wenn du einmal Muse hast
Ernte sie in ruhigen Momenten
Denn nun liegt die ganze Last
Auf dem neuen Präsidenten.

Da zurzeit aber Demeter
Trauert um Persephone

Und das Aussenthermometer
Zeugt von weissem weichem Schnee
Legen wir einen Gutschein bei
Für ein Essen nur zu zweit
Das Datum steht natürlich frei
Wir hoffen ihr genießt die Zeit.

Nun wünsche ich dir alles Gute
Und weiterhin politischen Spass
Mir ist ein bisschen weh zu Mute
Später erhebe ich auf dich das Glas.
Hab Dank für die Gelassenheit
Die ruhige Art und deine Intuition
Das Feingefühl zur rechten Zeit
Die Disziplin und die Kooperation.

Liebe Isabelle, ich danke dir ganz herzlich im Namen des GGR und des Stadtrates, aber auch persönlich für die sehr angenehme Zeit während der letzten zwei Jahre. Die Zusammenarbeit war toll. Heute ist mir aufgefallen, dass du, Isabelle deine erste Sitzung als Ratspräsidentin mit dem Stichentscheid bezüglich Sozialinspektor startetest. Heute hast du deine letzte Sitzung ebenfalls wieder mit einem Stichentscheid beendet.“

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: „Mein erster Dank geht damit an Jürg Messmer: Ich danke dir für die wohlwollenden Worte in Gedichtform. Du bist in vielfältiger Weise talentiert, das habe ich immer wieder spüren können in deiner Zeit als Vizepräsident. Als Vizepräsident hast du mich, als ich echt in Not war, bestens vertreten. Es war für mich beruhigend zu wissen, dass ich getrost das Bett weiterhüten konnte. Dennoch wäre ich gerne eine kleine Maus gewesen, dann hätte ich mich nämlich ins Regierungsgebäude begeben und hätte vor der Tür dem Lautsprecher gelauscht und keiner hätte es gemerkt. Aber trotz meinem Fieber konnte ich mich nicht verwandeln, ich konnte nur davon träumen. Mein zweiter Dank geht an mein Team für die Belange der Ratssitzungen: An Weibel Michel Duvaud, den Mann, der alles uneigennützig im Griff hat und trotz oder vielleicht gerade wegen der dienenden Funktion einen ehrenvollen Job innehat. An die stille Protokollführerin Ruth Schorno, die dank ihrer langjährigen Erfahrung durchaus in der Lage wäre, diesen Rat zu führen. An Fränzi Zürcher und Dominique Sélébam in der Stadtkanzlei, zwei wunderbare Damen, deren Augen immer leuchten und in deren Büro ich mich willkommen gefühlt habe. An den Rechtskonsulenten Beat Moos, der kompetent und beratend unsere Arbeit im Büro mitgetragen hat. Hin und wieder war er von Nöten, wenn ein Ratsmitglied wiederum die Grenzen der GSO auszuloten versuchte. Und es ist mir ein grosses Bedürfnis, unserem Stadtschreiber Turi Cantieni zu danken, der bescheiden seine Arbeit verrichtet: Er legt ein grosses Pensum an den Tag (und sogar an die Nacht) und engagiert sich selbstlos für diese Stadt und diesen Rat. Er war mir immer eine grosse Stütze. Selbst wenn wir uns vor den Ratssitzungen nicht gross austauschen mussten, so hat mir alleine seine Präsenz schon gut

getan. Manche unter Ihnen erinnern sich sicherlich, dass er ein geeignetes Sujet fürs Handytelefon war. Ich sage bewusst war, denn seit ich Präsidentin dieses Rates bin, ist er nie mehr eingekickt. Über die Gründe dafür lässt sich freilich nur spekulieren. Mein dritter Dank geht an mein Team im Büro: Meine Gspänli Simone Gschwind, Judith Müller und Jürg Messmer, sowie Turi Cantieni. Wir hatten in dieser Legislatur ausserordentlich viel Arbeit. Neben der Organisation von Ausflügen, Besichtigungen und Anlässen beschäftigten wir uns mit Anstellungs- und Entlohnungsfragen, mit der Planung der GGR-Vorlagen und der Traktandenliste, dem papierlosen Ratsbetrieb, mit der Form der Jungbürgerfeier, mit der Einführung des Extranet, mit Fragen rund um die Kommissionsberichte und anderen Protokollen, mit der Motionsfähigkeit, mit der Ortsplanungsrevision, mit verschiedenen Beschwerden und Vernehmlassungen, mit der Anpassung der GSO und schliesslich deren Teilrevision; wir beschäftigten uns mit der Gültigkeit zweier Volksinitiativen: „Hochhausstandorte mit Vernunft“, „Für den Schutz des Hasenbüels“, weiter bescherte uns die „Fallschirminitiative“ viel Arbeit mit Medienorientierungen und dem Verfassen der Abstimmungsbroschüre und schliesslich haben wir uns lange mit dem Verfassen des Bericht und Antrags zur Motion betreffend der Einführung einer ständigen Bildungskommission befasst. Sie sehen, das war ein ganzer Schübel Arbeit! In diesem Sinne danke ich auch der Verwaltung und Turi, die uns immer wieder kompetent beraten haben. Nebenbei sei erwähnt, dass wir gut zusammengearbeitet haben – auch wenn wir öfters um Entscheidungen ringen mussten. Besonders froh waren wir darüber, im Büro eine rechtskundige Stimmzählerin zu haben. Wie Sie sich sicher erinnern, hat sie öfters die Aufgabe übernommen, das Büro im Rat zu vertreten. Ich habe Judith nicht nur wegen ihrer Fachkompetenz sehr geschätzt, sondern auch als Mensch schlechthin. Ich danke Ihnen allen für Ihre offene, transparente Kommunikation, für Ihr Engagement und für den guten Geist, den Sie in unsere Sitzungen hineingetragen haben. Damit komme ich zu meinem vierten Dank, dieser geht an Sie, liebe Ratsmitglieder: Mit der Wahl meiner Person ins Präsidium haben Sie mir Ihr grösstes Vertrauen geschenkt. Sie haben mir mit dieser Charge die Chance geboten mich einer grossen Herausforderung zu stellen und dabei aus mir herauszuwachsen. Ich durfte in dieser spannenden Zeit neues dazulernen. Ich habe die Ratssitzungen gerne geleitet und mich je länger je lieber auf Ihre spontanen Anträge eingelassen. Sie sind in gewisser Weise die Würze zwischen den langatmigen Diskussionen. Dennoch will ich Ihnen nicht raten, sich ab heute nur noch auf die Eingabe von möglichst vielen und originellen Anträgen zu spezialisieren! So war es selbstverständlich nicht gemeint. Ratspräsidentin zu sein heisst auch, an vielen Anlässen geladener Gast zu sein. Ich kann Ihnen versichern, dass mir dieser Part ein besonderes Vergnügen war. Bereichernd waren die vielen Kontakte und wertvollen Begegnungen. Freundschaften haben sich daraus entwickelt. Ich möchte diese Zeit nicht missen, im Gegenteil, sie wird mir fehlen. Ich bin Ihnen dankbar, dass ich dies alles erleben durfte. Und es war mir eine besondere Ehre, den Rat nach aussen zu vertreten. Sie haben mir Ihr Vertrauen geschenkt, ich habe die Chance gepackt, und Sie sind mir in diesen zwei Jahren mit Respekt und Anerkennung begegnet. Das hat gut getan. Meinen fünften Dank richte ich an die Exekutive: Lieber Stadtpräsident, liebe Frau Stadträtin, liebe Herren Stadträte, ich glaube, wir können auf eine sehr fruchtbare Zusammenarbeit zurückblicken. Zwischen uns hat immer ein

angenehmes Klima geherrscht und wir lebten einen wohlwollenden, ja freundschaftlichen Umgang. Bei den verschiedensten Anlässen, an denen wir gemeinsam Gast waren, durfte ich Ihre abwechslungsreichen Reden verfolgen und habe immer wieder gestaunt, welch grosses Engagement Sie ausserhalb Ihrer offiziellen Arbeitszeit erbringen. Dafür gebührt Ihnen ein herzliches Vergelt's-Gott. Zu guter Letzt geht ein Dankeschön an meine Familie, die meine Aktivitäten eifrig mitverfolgt hat, mich in schwierigen Situationen unterstützt und beraten hat, an meinem Leben ausser Haus Anteil genommen hat, mich nicht zu Hause angebunden hat, sondern mir die Freiheit geschenkt hat. Wir freuen uns alle darauf, wieder mehr Zeit gemeinsam verbringen zu können. Aber ich weiss nun, dass sie das Leben auch gut ohne mich meistern und mich entlasten, wenn es erforderlich ist. Für diese Erfahrung bin ich dankbar.“

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Auf vielfachen Wunsch, den ich hier gerne unterstütze, verabschieden wir heute noch unsere beiden abtretenden Kommissionspräsidenten.

Verabschiedung der beiden Kommissionspräsidenten Urs B. Wyss und Martin Spillmann:

Urs E. Meier hält die Laudatio für Martin Spillmann, langjähriger Präsident der BPK.

„Henusode - denn goh'sch jetz halt.

Es wird jo nid din letschte - vo villne z'mindescht als das empfundne - Fählentscheid gsi sii.

Lieber Martin, seit der gestrigen BPK-Sitzung und der Würdigung deiner Leistung während der vergangenen 10 Jahre weiss nun auch du, was damit gemeint ist, wenn dich nicht wenige vermissen werden. Was die Worte des aufrichtigen Lobes und Dankes im Kartentext wie auch die eher launigen vermitteln, hätte ich - um ein Wort von dir zu verwenden - nicht besser sagen können. So will ich's denn hier auch gar nicht erst versuchen. Ein paar Gedanken aber doch noch: Dein Wirken war - insbesondere wenn wir die Ortsplanungs-Revision betrachten - im wahrsten Sinne des Wortes nachhaltig. Du hast das Schiff durch teils heftige, sich zuwiderlaufende Wogen geleitet. Vielleicht lag's auch an der Person des Kapitäns, dass ernsthafte Piratenangriffe ausgeblieben sind. Nachhaltig - durchaus auch mit einem zweiten L im Sinne von Nachhall. Unsterblich - zumindest für eine gewisse Zeit - wird man dann, wenn die Nachfolgenden sich fragen, wie der das denn nun wohl gemacht hätte. Wo viel Licht ist und Lob, da wird - Sie ahnen es - auch Schatten sein. Hin und wieder hat der ehemals bunte Martin Spillmann wohlthuend unbekümmert durchgeschimmert - nicht nur beim anschliessenden Bier. Die Fraktionswalze hat es dann aber wieder gerichtet, und so war im GGR dann jeweils nicht mehr viel zu spüren davon. Überhaupt - wir sind bereits wieder beim Licht - das anschliessende Bier, oder die wunderbaren BPK-Essen oder der Wein, dem bekanntlich die Wahrheit innewohnt. Bei diesen Gelegenheiten wurden die Nägel mit den richtigen Köpfen geschmiedet. Nur schade, dass sie anschliessend kaum je eingeschlagen worden sind. Wie es dir gelang, mit Martinas legendären nur noch ganz kleinen Fragen vor allem aber auch mit langen Reden, unerwarteten Einwänden und kurzem Gepolter umzugehen, verdient Anerkennung. Deine äussere Ruhe war kaum immer das Abbild dei-

nes Innern. Deshalb ist doch gut, wenn wenigstens du selber sicher bist, dass dein Entscheid der richtige war.

Wir wünschen dir, auch beruflich, und deinen lieben von Herzen alles Gute.“

Cornelia Stocker hält die Laudatio für Urs B. Wyss, Präsident der GPK:

„Lieber U.B, deine Freizeit hast du während Jahrzehnten der Milizpolitik gewidmet. Wer macht dir das nach? Nur Päpste oder die Königin von England sind länger auf dem Thron Ihr Amt verrichten sie kaum so gewissenhaft, wie du es getan hast. Vorbildlich, ohne Affären, Skandale und Peinlichkeiten bist du gradlinig durch deine politische Karriere gekommen. Angefangen hat deine eindrückliche politische Laufbahn 1987 als Kantonsrat. Auch dort wurdest du schnell zum finanziellen Gewissen des Rates auserkoren und zum Stawiko-Präsidenten gekürt. Eine Rolle, die du mit Leib und Seele ausgeübt hast. Wer Geld ausgeben wollte, kam nicht an dir vorbei. Eine weise Feststellung wie wir heute alle wissen, nur darum geht es unserem Kanton wahrscheinlich so gut.

Du warst schon damals der finanzielle Platzhirsch. Du warst und bist ein Ur-CVPLer, gespiesen und angetrieben von einem urliberalen Geist und Gedankengut. Du bist stets deiner politischen Linie gefolgt, Abweichler waren jeweils nur die Anderen, und der Fundamentaldemokrat warst nur du. Bei den Ständeratswahlen 1994 wollte deine Partei modern sein und setzte auf eine Frauenkandidatur. Der 1. Wahlgang wurde für die damals noch starke und konservative CVP zum totalen Debakel. Für den 2. Wahlgang wurde zwar das Pferd gewechselt, doch das bürgerlich konservative Lager sah in der Person von Peter Bieri wenig Erfolgchancen. Ihnen und deinen Freunden und Kollegen aus dem rechtbürgerlichen Umfeld klar, jetzt kann nur einer noch die Kohlen aus dem Feuer holen, nämlich UB. Sonst kommt es nicht gut. Sie machten dich über Nacht zum wilden Ständeratskandidaten und stellten das Komitee auf die Beine. Selbst in meinem liberalen Elternhaus - der Freisinnige Kandidat war ja bereits wiedergewählt - gab der Vater die Devise raus, jetzt UB wählen, ansonsten müssten wir noch vom Kanton Zug weg zügeln. Der Erfolg dieser Aktion war dir leider vergönnt, sonst wärest du wahrscheinlich heute Bundesrat. Als deine Partei verzweifelt GGR-Kandidaten suchte, warst du - deiner Bescheidenheit folgend - dir nicht zu schade, nach der Kantonsratskarriere auch für den GGR- ein eigentliches Anfängeramt - zu kandidieren. Dein reich gefüllter politischer Rucksack war auch für unseren Rat sehr wertvoll. Auf deinem Steckenpferd, der Finanzpolitik, konntest du dich noch einmal so richtig austoben. Deine GPK-Berichte enthielten nicht nur blumige Worte, auch stachelige Kaktusse waren durchaus an der Tagesordnung - meist mehr als zu Recht. Du warst unser wandelndes Gewissen und unser Archiv. Mancher einer hier in diesem Saal konnte viel von dir lernen, nur wollten nicht immer alle... UB du warst in allen den Jahren einen verlässlicher, hochgeschätzter Kollege. Wenn du den Stadtrat hin und wieder tadeln musstest, dann war es meist nötig. Als ultimo Ratio wolltest du ihn hin und wieder in die Kiste schicken. Du warst aber schnell wieder versöhnlich auf den Boden der Realität zurück und hast gemerkt, dass wir nicht in einer Bananenrepublik sind im goldigen Zug. UB, solche Anekdoten werden hier inskünftig vermisst werden. Haben wir dich doch lange bestürmt, endlich einen PC anzuschaffen, damit wir uns mit dir der Einfachheit halber elektronisch austauschen können. Wäre hätte gedacht, dass du im Herbst deines Lebens deine

helle Freude am Computer findest. Dein rasanter Aufstieg als Newcomer in den Dot.com Himmel und damit verbunden zum CVP-Webmaster innert so extrem kurzer Zeit ist zu vergleichen, als ob Dolfi Müller morgen Schwingerkönig wird. Mittlerweile gehören die meisten von uns zu deinen auserwählten Mail-Adressaten. Neuerdings kommen deine Mails nicht nur publizistisch bunt daher, sondern auch optisch, ja sogar zehnfabrig. Was kann man doch nicht alles mit einem einst so verdamnten Ding ... Traditionen und mit Moderne gepaart haben dich durch deine ganze politische Laufbahn begleitet. Deine Tugenden waren aber auch Hartnäckigkeit und Ausdauer. Die Ausdauer ging soweit, dass deine jüngeren Ratskollegen nach dem GGR-Weihnachtsessen die Milch nach Mitternacht abgaben. Du zogest mit einem nicht genannt sein wollenden Alt-Regierungsrat weiter. Ihr hielt durch bis Tagesanbruch und haben euch lediglich gefragt - why not? - wir müssen ja nicht mehr zur Arbeit. UB du wirst diesem Rat fehlen. Wir wünschen dir alle von Herzen alles Gute und hoffen, dass du noch ganz lange am politischen Geschehen Anteil nimmst und wir auch in Zukunft ab und zu einen treffenden Leserbrief von dir lesen können.“

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: „Ich komme zum Schlusswort: und zitiere aus meiner Antrittsrede zum Stichwort Kollegialität: 4. Kollegialität: Eine weitere wichtige Voraussetzung für eine gute Arbeit im Rat ist das Gefühl der Zusammengehörigkeit. In mehrfacher Hinsicht ist ja auch der GGR eine Kollegialbehörde. Ein stärkeres kollegiales Bewusstsein erreichen wir einerseits durch den respektvollen Umgang miteinander. Und andererseits unterstützen einige traditionelle Anlässe unter dem Jahr sowie diverse Veranstaltungen nach einzelnen Ratssitzungen dieses kollegiale Bewusstsein. Bekanntlich sind Freundschaft, Geselligkeit und Begegnungen jene Dinge, die das Leben reicher machen, und die darüber hinaus Beziehungen und Wertschätzung schaffen. Jeder Einzelne in diesem Rat besitzt Talente, die er in einem Klima der Wertschätzung einbringen kann, soll und bis zu einem gewissen Grad sogar muss. Erst diese Vielfalt an Qualitäten zeichnet ein gutes Kollegium aus. Haben Sie immer ein offenes Ohr füreinander und seien Sie bereit, aufeinander zuzugehen. Seien Sie mutig und engagiert! (Zitat Ende)

Ich bin stolz auf diesen Rat. Wir waren eine Zufallsgemeinschaft, doch wir haben einander akzeptiert, haben einen wohlwollenden Umgang gepflegt, sind aufeinander zugegangen und haben einander wertgeschätzt. Wir haben es zusammen geschafft, mit Anstand und Respekt miteinander umzugehen, sachlich zu debattieren, Weitsicht walten zu lassen, engagiert zu politisieren und verantwortungsvoll unser Amt auszuüben.“

Nun lade ich Sie herzlich ein ins Foyer des Rathauses, wo wir bei einem Apéro das Jahr und insbesondere die letzten vier Jahre ausklingen lassen werden.

Ich wünsche Ihnen allen nachhaltige Rats-Freundschaften, eine besinnliche Adventszeit, sowie erholsame und gesegnete Weihnachtstage, damit Sie gesund und mit Elan wieder ins Neue Jahr starten. Ich wünsche Ihnen Freude und Erfolg auf Ihrem zukünftigen Weg. Damit schliesse ich die heutige Sitzung und somit die 12. Legislaturperiode.“

Für das Protokoll:

Arthur Cantieni, Stadtschreiber